

elan

D 2835 E

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

6 Frankfurt/M. 1 Mai 5/70 1,— DM

elan-Redakteur:

**Mit dem Jeep
durch Vietnam**

ARCHIV

Willy und Willi in Kassel:

**elan-
Anerkennungs-
zeitung**



Mit Exklusiv-Beitrag
von
Prof. Albert Norden (SED)

HERAUSGEBER

Pfarrer Willi Heintzeler / Bernhard Jendrejewski / Rolf Jürgen Priemer / Karl Hubert Reichel / Karl Heinz Schröder / Pastor Horst Stuckmann / Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

GESTALTUNG

Jerken Diederich

REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreisverlags GmbH,
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

DORTMUNDER BÜRO

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,— einschl. Mehrwertsteuer / Jahresabonnement DM 13,— einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt /
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 2032 90

Druck:
Hosch GmbH.,
Frankfurt/M.



Agitpropwurm Willi in Bayern

Zeichnung: H. G. Gölzenleuchte

Beitrag zum Lenin-Jahr

Wladimir Iljitsch Lenin, Kopf der russischen Revolution, ist 26 Jahre nach seinem Tod von der Russisch-Orthodoxen Kirche außerhalb Rußlands (ROCOR) mit dem Bann belegt und aus der Kirche ausgestoßen worden. Die posthume Exkommunikation des russischen Revolutionärs wurde zu Ostern in den vier russisch-orthodoxen Kirchen von Jerusalem in Gottesdiensten formell besiegelt.

WAZ, 31. 3. 1970

Natur

Die Armee ist naturgemäß nicht demokratisch.

Brigadegeneral Karl-Herm. Friedrich, im Bundesverteidigungsministerium für allgemeine Wehrfragen zuständig: laut Frankfurter Rundschau vom 23. 3. 70 stimmte Friedrich auch der Ansicht zu, „wonach der Auftrag der Bundeswehr nicht in erster Linie in der Erhaltung des Friedens liege.“

Entspannung

Die amerikanischen Truppen in Europa sind von entscheidender Bedeutung für eine erfolgreiche Fortsetzung unserer Entspannungspolitik gegenüber dem Osten.

Peter Corterier (SPD-MdB)

Spesen

Vom 12. bis 14. Juni 1970 findet in Brüssel ein Gespräch mit den Vertretern der Jugend aus fast allen europäischen Ländern statt. Anlaß sind die neuen Bestrebungen zur endgültigen Bildung eines Europäischen Jugendwerks. Spesen entstehen den Teilnehmern nur auf dem privaten Sektor, alles andere wird bezahlt.

„Junge Solidarität“ Zeitschrift der Solidaritätsjugend, März 1970



Ungeziefer- bekämpfung

Kommunisten sind Mikroben, die wir bekämpfen müssen.

Van Thieu, US-Angestellter Saigon

Kapitalismus adé?

Die von Ludwig Erhard erfundene „Soziale Marktwirtschaft“ wird momentan stark abgebaut.

„Linke“ Erkenntnis von „Konkrete

Kurswechsel

Ihr Vertrauen war Leichtsinns.
Ihr Verlangen war Sünde.
Ihr Verbrechen war Liebe:
„Die Nonne von Monza“

Jetzt endlich aus dem Geheimarchiv des Vatikans freigegeben

Filmanzeige zu dem gleichnamigen Film, Westfälische Rundschau

Sicherheit

Ein NPD-Mann kann nichts an dem Feind verraten . . .

Hauptmann von Samson, Köln-Ossendorf, nachdem ein Genosse Soldat (DKP-Mitglied) als „Sicherheitsrisiko“ versetzt wurde, zu der Frage, als was ein NPD-Mitglied angesehen werde.

Alte Melodie

Wir haben uns da die Wehrdörfer angesehen, und da habe ich an Hitlers Reichsbauernführer Darrle gedacht . . . Blut und Boden, wer Sie so wollen . . . Rassengemeinschaft, Bodenverbundenheit . . .

Wiking-Jugendführer W. Nahr nach einer Israel-Reise.

Teamwork

Ein Busen bebt selten allein!

Aus der Anzeige eines Dortmund der Revue-Cabarets, Ruhrnachrichten, 4. 4. 1970

Lieber Leser,



Es vergeht kaum eine öffentliche Diskussion der Jugend mit Abgeordneten der SPD und anderen MdBs, die den Gewerkschaften nahe stehen wollen, in der nicht von den Parlamentariern versichert wird, daß sie für die baldige Novellierung des am 1.9.1969 gegen den Protest der Arbeiterjugend und ihrer Organisationen in Kraft getretenen Berufsbildungsgesetzes eintreten. Bekanntlich hat das Berufsbildungsgesetz nicht die Forderung nach einer Berufsausbildung als öffentliche Aufgabe verwirklicht, sondern die Vorherrschaft der Unternehmer zementiert. Es schafft nicht die Voraussetzung für die Berufsausbildung der Zukunft unter Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Organisationen, sondern für eine Bildung, orientiert an der Ertragsplanung der Unternehmer.

Es versteht sich, daß gegen dieses Gesetz nach wie vor die Lehrlinge und Jungarbeiter Sturm laufen. Deshalb die beruhigenden Worte der Abgeordneten. Wer jedoch ihren Versprechungen einmal nachgeht, kommt zu dem Schluß: Niemand in Bonn denkt ernsthaft daran, eine Gesetzesnovelle zum Berufsbildungsgesetz in dieser Legislaturperiode des Bundestages zu verwirklichen. Alle diesbezüglichen Versprechungen sind Täuschungsmanöver.

Vor einigen Wochen hat eine Tagung der Arbeitsminister der Länder stattgefunden. Sie und solche Wirtschaftsminister, die für die Berufsausbildung zuständig sind (in einigen Ländern ist das der Fall), einigten sich mit Bundesarbeitsminister Arendt (SPD): Das Gesetz wird erst einmal in der Praxis eine Zeitlang unverändert geprüft. Den Landesministern von Hessen und Niedersachsen, die eine Initiative im Bundesrat für die Änderung des Berufsbildungsgesetzes planten, wurde dieser Plan ausgedreht. Ein kompetenter Mann aus Bonn formulierte es so: „Von einer Novellierung ist niemand so recht begeistert. Bei einer Novelle kommt so viel hoch. Dann wollen alle alles ändern.“

Nicht einmal an einen einwandfreien Kommentar zum Berufsbildungsgesetz ist in Bonn

gedacht. Ein solcher Kommentar könnte Auslegungsschwierigkeiten beseitigen. Bisher liegen nur die ausgezeichneten, aber leider nicht amtlich gültigen Arbeitshilfen der IG Metall zum Berufsbildungsgesetz vor, die unter dem Titel „Für eine bessere Berufsausbildung“ erschienen sind (52 Seiten, erhältlich in jeder IG-Metall-Geschäftsstelle). Diese Arbeitshilfen geben Auskunft über alle möglichen Einzelfälle, in denen das Berufsbildungsgesetz zum Nutzen des Lehrlings ausgelegt werden kann. Dieses Heft gehört in die Hand jedes Betriebsrats, jedes Jugend-sprechers und Lehrlings.

Mit dem Berufsbildungsgesetz, dessen Novellierung wir nachdrücklich fordern, muß ungeachtet seiner Mängel viel ernsthafter gearbeitet werden als bisher. Ein gutes Beispiel kommt von der ÖTV-Jugend Dortmund. Sie verbreitet das Flugblatt „Ausbildung statt Kaffeekochen und Einkaufen“. Darin heißt es: „Das Berufsbildungsgesetz verbietet den Ausbildern, Euch mit berufsfremden Arbeiten zu beschäftigen. Verweigert ausbildungsfremde Arbeiten! Informiert Eure Jugendvertretung!“

Das Berufsbildungsgesetz sieht auch vor:

- Berichtshefte können während der Arbeitszeit angefertigt werden. (Das wurde von seiten des Bundesarbeitsministeriums gegenüber der BASF Ludwigshafen festgestellt.)
- Berufsbildungsmittel, die nicht zur Berufsschule gehören, müssen vom Arbeitgeber bereitgestellt werden.
- Auf Kammerebene kann die Höchstzahl von Lehrlingen in einem Betrieb geregelt werden. Richtet öffentliche Forderungen an die Kammern, um der Lehrlingshalterei (10 Lehrlinge, ein Geselle) entgegenzuwirken!

Zahlreiche weitere Beispiele nennen die Arbeitshilfen der IG Metall. Und diese Arbeits-

Stelle zum 1. August 1970

2 Bauschlosser-Lehrlinge

ein.

Junge Leute, die Wert auf eine solide Ausbildung in einem modernen Mittelbetrieb legen, melden sich bei

Wilhelm Kohne
Bau- und Maschinenschlosserei
Bremen, Stoevesandtstraße 41

15 Min. Aufräumen und umschichtig Einholen zum Frühstück ist auch in meinem Betrieb üblich u. notwendig

helfen weisen auch nach, daß die Anzeige eines Bremer Betriebes im „Weser-Kurier“ vom 6. April 1970 gesetzwidrig ist. Diesem und gleichgesinnten Unternehmern sollte sofort die Ausbildungserlaubnis aberkannt werden. Solche Forderungen und die nach der sofortigen Novellierung des Gesetzes gilt es jetzt zu erheben.

Herzlichst

Heide Jander

INHALT

Vietnam

Mit dem Jeep durch Vietnam 4

Arbeiterjugend

Lehrlingsbewegung:
Hauptsache
Großkonzerne knacken 8

Lehrlingsalltag:

Und morgen darf ich wieder Gammel machen 9

Unternehmerwerbung:

Mit Mammutschau auf Lehrlingsfang 10

Unternehmer-Sündenregister 11

Arno Ploog

Leere Lehre

Genosse Dr. Sorge

Kundschafter für den Sozialismus 14

elan-

Anerkennungszeltung 18

u. a. mit Beiträgen von Prof. Albert Norden (SED) und Jugendfunktionären

Jugendpolitische Blätter

Tausendmal: Gespräch mit einem Kommunisten 23

Interview mit dem Bundesjugendminister

Sportjugend:
Griff in fremde Taschen 24

elan-Monats-Magazin 29

Zeitschriftenanalyse

Traumfabrik „Bravo“ 37

Film 39

Leserpost 40

Song-Magazin 42

FOTOS: Feldbauer, Flegel, Hennecke, Priemer, Rose, dpa und Tripp.

TITELFOTO: Hans-Jörg Hennecke.

Mehr als 1500 Kilometer sind wir im Jeep über asphaltierte Straßen und holperige Wege kreuz und quer durch die Demokratische Republik Vietnam gereist. Von Hanoi bis zum 17. Breitengrad, von der laotischen Grenze bis zum Stillen Ozean. Der Verband der werktätigen Jugend Ho Chi Minh hatte uns – eine Delegation der SDAJ – eingeladen. Zur Delegation gehörten: Rolf Priemer, SDAJ-Bundesvorsitzender; Vera Stiller (München); Jens Flegel (Hamburg) und elan-Redakteur Hans-Jörg Hennecke. Wir waren dabei, als auf einer festlichen Veranstaltung in Hanoi dem Jugendverband der Ehrentitel „Ho Chi Minh“ verliehen wurde, als Auszeichnung für die kämpferische Jugend Vietnams.

In Hunderten von Gesprächen mit jungen Arbeitern und Bauern, Soldaten und Schülern haben wir uns ein Bild über die amerikanische Aggression und den Kampf des vietnamesischen Volkes gemacht, das mit offiziellen Verlautbarungen der USA nicht übereinstimmt.

„Die Bombardements haben sich nur gegen militärische Ziele gerichtet“ – das behaupten die Mörder in Washingtons Weißem Haus. Wir haben Fischerdörfer und Städte gesehen, in denen kein Wohnhaus, kein Krankenhaus und keine Schule von den Aggressoren verschont wurde.

„Die Bombardements sind seit 1968 eingestellt“ – das behaupten die Mörder in Washingtons Weißem Haus. Doch während unserer Anwesenheit wurden die 3334. und die 3335. US-Maschine über der DRV abgeschossen. 16 km vor der Demarkationslinie zu Südvietnam wurde unsere Fahrt gestoppt: in unmittelbarer Nähe bombten amerikanische B 52.

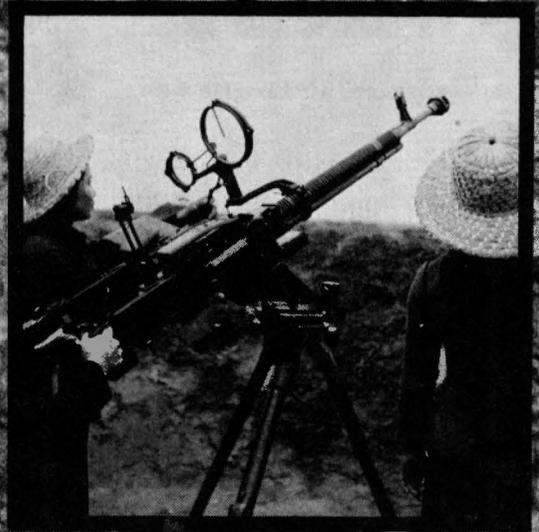
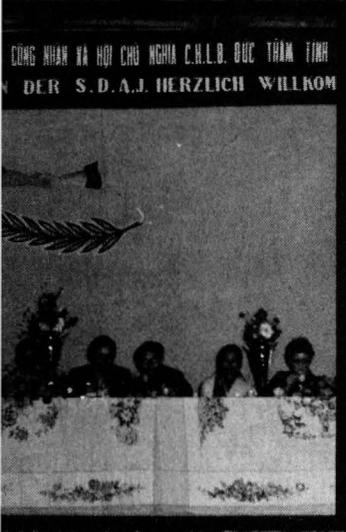
Nixon läßt die DRV und Südvietnam weiter bombardieren, läßt Dörfer und Städte im neutralen Laos in Schutt und Asche legen, läßt in Kambodscha putschen, um dort eine Marionettenregierung wie in Saigon an die Macht kommen zu lassen.

Unter welchen Bedingungen kämpfen und leben die Vietnamesen? Welche Probleme haben sie?

Lest den Bericht von Hans-Jörg Hennecke:



Mit dem Jeep durch Vietnam



„Bitte legen Sie die Sicherheitsgurte an und stellen Sie das Rauchen ein. In wenigen Minuten landen wir auf dem Hanoier Flughafen Gia Lam.“

Jede Müdigkeit ist plötzlich wie weggeblasen. Unter uns Palmen und strahlender Sonnenschein. Wer denkt da noch an das tiefverschneite Moskau, wo wir 21 Stunden zuvor unsere Aeroflotmaschine Typ IL 18 bestiegen? Vergessen die kurzen Zwischenaufenthalte in Taschkent, Karatschi und Kalkutta. 13.000 Kilometer haben wir zurückgelegt, um hier aus erster Hand den heldenhaften Kampf eines Volkes gegen die US-Aggression kennenzulernen.

24 Grad tropisch-feuchter Hitze knallen uns entgegen. Doch viel mehr als das spüren wir die Begeisterung, mit der uns Vu Quang, 1. Sekretär des ZK des Verbandes der werktätigen Jugend Ho Chi Minh, und seine Mitarbeiter auf dem Rollfeld begrüßen. Dann die nächste Geste der Freundschaft zwischen Jugendverbänden, die außer 13.000 km Entfernung nichts trennt: bildhübsche junge Vietnamesinnen in ihren farbenfrohen Nationaltrachten heißen uns strahlend mit riesigen Blumensträußen willkommen.

Dreifache Bereitschaft

Hanoi, das ist hektisches Leben von einer Million Menschen. Wir sehen die ersten Zerstörungen, zerbombte Häuser, und sind tief betroffen. Wir können noch nicht ahnen, was uns in den nächsten zwei Wochen erwartet.

Die Straßenränder sind gesäumt von Einmann-Deckungslöchern – in den Erdboden eingelassene Betonröhren mit Deckel. Sie bieten der Bevölkerung Schutz bei Luftangriffen. Obwohl 70 % der Einwohner Hanoi während der ständigen Bombardierung (1964 – 1968) evakuiert waren, wurden 1.700.000 dieser Deckungslöcher gebaut. Überall Lautsprecher, die jahrelang etwa den gleichen Text durchgaben: „Luftlagemeldung: Feindliche Bomberverbände im Anflug auf Hanoi. Suchen Sie unverzüglich Bunker oder Deckungslöcher auf.“ Auch im Hotel wird sofort deutlich, daß wir uns in der Hauptstadt eines Landes befinden, das unter Kriegsbedingungen lebt: Vor den Fenstern Verdunkelungsrolläden und auf allen Etagen Hinweispfeile mit der Aufschrift ABRI (Bunker).

„Fühlen Sie sich wohl? Sie müssen sehr auf Ihre Gesundheit achten.“ Unser Dolmetscher Duan (sprich Dsuan) sagt uns als erster das, was wir noch sehr oft von unseren vietnamesischen Gastgebern hören sollten.

Natürlich fühlen wir uns wohl und wollen sofort ins Programm einsteigen. Unser erster Besuch gilt dem ZK des Jugendverbandes. Vu Quang dankt für die Aktivitäten der westdeutschen Jugend gegen die US-Aggression. Ausführlich informiert er über die derzeitige Situation.

„Seit der Tet-Offensive von 1968 ist der Mißerfolg der USA klar. Haben sie bis dahin auf jede Niederlage mit weiterer



Feierliche Namensverleihung für den Jugendverband der Werktätigen „Ho Chi Minh“ in der Volkskammer in Hanoi. Im Präsidium u.a. (Bildmitte) Armeegeneral Vo Nguyen Giap, Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Verteidigungsminister und Mitglied des Politbüros der Partei der Werktätigen; Rolf Primer, Bundesvorsitzender der SDAJ.



„Die Feinde zerstören, wir kämpfen weiter“



Die DRV in Zahlen und Fakten
 Einwohner: 21 Millionen
 Größe 164.103 qkm (das entspricht der Größe der BRD ohne Bayern)
 Bevölkerungszuwachs: 600.000 pro Jahr
 Hochschulen: 44 (vor Beginn der Bombardierung 10).
 Schüler 5.000.000 (Tages- und Abend-schule)
 Wirtschaft: Überwiegend Landwirtschaft
 Klima: tropisch
 Grenzen: Die DRV grenzt im Norden an die VR China, im Westen an Laos, im Osten an den Stillen Ozean und im Süden trennt der 17. Breitengrad das Land seit dem Genfer Indochina-Abkommen von 1954.





Überall in Hanoi: Einmann-Deckungslöcher. Wirkungsvoller Schutz vor amerikanischen Kugelbomben.



Luftabwehr der DRV: 3 336 US-Maschinen holte sie bis zum 1. April dieses Jahres vom Himmel.



Eskalation der Aggression geantwortet, so mußten sie 1968 mit der Deeskalation beginnen. Zu den militärischen Mißerfolgen kommt der wachsende Widerstand der USA-Bürger und die Isolierung in der ganzen Welt. So wurde das Schlagwort von der ‚Vietnamisierung‘ des Krieges wiedergeboren. Das ist die alte Politik, Asiaten gegen Asiaten einzusetzen. Das haben schon die Franzosen versucht. Massaker wie in Song My sind ein Wesenszug der imperialistischen Truppen. Doch die Verlängerung des Krieges bringt nicht uns in Schwierigkeiten, sondern die USA. Wir haben nach 25 Jahren ununterbrochenen Kampfes Sehnsucht nach Frieden. Aber auf unsere Unabhängigkeit werden wir unter keinen Umständen verzichten. Seit Beginn des Zerstörungskrieges kämpft unsere Jugend unter dem Zeichen der dreifachen Bereitschaft, tapfer zu kämpfen, hohe Leistungen in der Arbeit zu erzielen und mit revolutionärem Elan zu lernen.“

Die Amerikaner bomben auch heute

„Wir befinden uns im Krieg. Bitte haltet euch immer an die Anweisungen der Begleiter.“ Ermahnungen an die Gäste. Dann bekommt jeder einen Stahlhelm, und mit drei Jeeps sowjetischer Herkunft beginnt die Reise in den Süden. Die Nationalstraße Nr. 1 führte einst von Hanoi bis nach Saigon. Schon wenige Kilometer nach Hanoi können wir feststellen, daß dieser Verbindungsweg in den Süden der DRV zu den Hauptangriffszielen der US-Bomber gehörte. Neben der Straße ein Bombenkrater neben dem anderen. Dazwischen ausgebrannte Fahrzeuge und Eisenbahnwaggons. Doch die Straße ist befahrbar, ist immer befahrbar gewesen. Während die Flugzeuge noch bombardierten, begannen schon Aufräumungsarbeiten, wurden Bombenlöcher wieder zugeschüttet. „Die Feinde zerstören, wir fahren weiter“, heißt die Kampfparole.

Daß die Feinde weiter zerstören, erlebten wir in Quang binh, einer der Südprovinzen der DRV. „Wir nennen das Gebiet ‚Feuerland‘. Warum, das werdet ihr dort selbst sehen“, hatten unsere Begleiter mitgeteilt. Eine zertrümmerte weite Fläche, selbst Grundmauern noch zu feinem Schutt zermahlen – das ist die Provinzhauptstadt Dong hoi heute. „Wo auch nur drei Steine aufeinanderstanden, wo auch nur ein Brett über einem Graben lag – überall haben die Amerikaner Raketen hineingeschossen“, diese Darstellung von Journalisten ist treffend. Hier in Quang binh wurde das Ausrädiere von Städten und Dörfern bis zur Perfektion entwickelt. Und das Bombardement geht weiter. Auch in diesem Jahr ist die Provinz bombardiert worden. Immer wieder dringen US-Aufklärer in den Luftraum der DRV ein. Ihr Gefolge sind dann regelmäßig B 52 – Bomber. Das geschieht, während die USA-Regierung die Falschmelzung verbreiten läßt, sie habe die Bombardierung der DRV seit 1968 eingestellt. Der Ort Minh hoa wurde allein an einem

einigen Tag im Februar 1970 vierzigmal angegriffen. Die Westflanke von Quang binh liegt unter einem Dauerbombenhagel, Unweit Dong hoi werden wir in einer leichten Bambushütte untergebracht. Doch zuerst zeigen uns unsere Begleiter einen unterirdischen Bunker, der neben der Hütte angelegt ist. Für den Fall, mit dem hier täglich zu rechnen ist. Wir sehen die B 52 nicht, aber den ganzen Tag hören wir das Wummern der Bombeneinschläge und der Flak aus einer Entfernung von wenigen Kilometern. Und so entscheidet sich, daß wir nicht unmittelbar an den 17. Breitengrad heranfahren können, der die Demarkationslinie zu Südvietnam darstellt.

Abend; bekommen wir Informationen über einen weiteren Gewaltakt der USA. In Pnomh Penh, der Hauptstadt Kambodschas, hat der CIA geputscht. Amerikas gekaufter Mann, General Le Nol, hat die Macht an sich gerissen. Nachdem die USA mit ihren Bombern bereits gegen die befreiten Gebiete von Laos Einsätze fliegen, möchten sie auch das neutrale Kambodscha unter ihre Botmäßigkeit zwingen. Hier sollen Meilensteine für die „Vietnamisierung“ des Krieges gesetzt werden, um ganz Südostasien zur Einflußsphäre des US-Imperialismus zu machen. Putsch-General Le Nol hat zwar so ziemlich das gesamte kambodschanische Volk gegen sich, aber die US-Bomber und „Berater“ auf seiner Seite. Für die USA keine neue Situation. Auch in Südvietnam und Laos führen sie mit einer Handvoll korrupter Militärs und Politiker Krieg gegen die Bevölkerung. Unsere vietnamesischen Freunde sind davon überzeugt, daß auch dieser neue CIA-Gewaltakt die Lage in Südostasien nicht zugunsten der USA entscheiden kann. Alles deutet darauf hin, daß die patriotischen Kräfte Kambodschas stark genug sind, den Putschisten von US-Gnaden das Handwerk zu legen.

„In der einen Hand den Hammer, in der anderen das Gewehr“

Nghe An (sprich Ne An) ist die Geburtsprovinz von Onkel Ho, dem unvergessenen Revolutionär und Präsidenten der Demokratischen Republik Vietnam. Hier gibt es hervorragende Beispiele revolutionärer Tradition. Schon 1930 bildete die Bevölkerung im Kampf gegen die Franzosen und einheimischen Unterdrücker Kollektivwirtschaften, die den Namen „Sowjets“ trugen. Die Nachfolger dieser Revolutionäre trafen wir direkt an der Nationalstraße 1. Jungen und Mädchen, die sich als Freiwillige in der Stoßbrigade 333 zusammengeschlossen haben. Stoßbrigaden haben Jugendliche in der ganzen DRV gebildet. Sie verlangen nichts für ihren Dienst, werden vom Staat verpflegt und im Kollektiv untergebracht. Hauptaufgabe der Stoßbrigaden ist, ständig alle Verkehrswege fahrbereit zu halten – eine der wichtigsten Aufgaben im Krieg. Hier bei der 333. erkennen wir genauer, was wir unterwegs

Fortsetzung auf Seite

Lehrlinge



in Aktion

Lehrlingsbewegung

Hauptsache: Großkonzerne knacken!

„Unsere Jugend hat kein harmonisches Verhältnis zu dieser Wirtschaftsordnung, die auf Privateigentum beruht.“ („Die Welt“, 18. 3. 70) Das mußte Bundeswirtschaftsminister Schiller feststellen. Der Mann, der in der Vergangenheit bewiesen hat, daß er

der Mann der Unternehmer ist, muß es wissen, und es wird ihn kaum wundern. Die Lehrlingsbewegung hat mit ihrer Stoßrichtung gegen die Macht der Konzerne neuen Auftrieb gewonnen. Die Beruhigungsspielle — als die das für Unternehmer maßge-

schneiderte Berufsbildungsgesetz auch gedacht war — hat ihre Wirkung verfehlt.

Ausgehend von konkreten Mißständen in den Betrieben richten sich die Aktionen der Jungarbeiter mehr und mehr gegen die überholten Machtstrukturen unserer spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt. Mitbestimmung, das ist bei den Arbeiterjugendverbänden längst kein Schlagwort mehr, sondern ein konkretes Forderungsprogramm gegen die Alleinherrschaft von hundert Familien. Ein Mitbestimmungs-forderungsprogramm hat die Jugendvertretung der Hoesch-Westfalenhütte an ihre Betriebsleitung gerichtet (elan berichtete darüber). Um die Erkämpfung des Mitbestimmungsrechtes für Jugendvertreter geht es ebenfalls in Dortmund, wo die SDAJ gemeinsam mit der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) eine Woche lang ihren Agitationswagen vor dem Berufsschulzentrum einsetzte.

Wie die Mitbestimmung in der Berufsausbildung schon jetzt qualifiziert werden kann und sollte, empfiehlt die „Gewerkschaftspost“, das Organ der IG Chemie, Papier, Keramik (Nr. 3/1970):

Nach § 56 des Betr.VG haben die Betriebsräte bei der ‚Durchführung der Berufsausbildung‘ mitzubestimmen. Dies hat zur Folge, daß die jetzt zu erstellenden Ausbildungspläne nur in Übereinstimmung mit dem Betriebsrat herausgegeben werden dürfen.

Hier ist ein echtes Mitbestimmungsrecht vorhanden. Nach unserer Meinung muß nun versucht werden, dieses Mitbestimmungsrecht durch tarifvertragliche Regelungen konkret zu formulieren. Es ist die Einrichtung von Ausbildungskommissionen zu for-

dern, die sich zusammensetzen aus einem Betriebsratsmitglied, einem Jugendvertreter, einem Lehrling der entsprechenden Fachrichtung und einem Fachmann, der auch Vertrauensmann der Organisation ist. Diese Kommissionen sollen die Verhandlungen mit den Arbeitgeber-Kommissionen führen. Bei Streitigkeiten müssen aber Betriebsrat und Geschäftsleitung tätig werden.“ Parallel dazu muß die konkrete Auseinandersetzung mit der Ausbeutungspraxis der einzelnen Konzerne laufen. So wird in Duisburg für den 9. Mai (11 Uhr, König-Heinrich-Platz) ein Mitbestimmungs-Meeting vorbereitet, dessen Kernstück ein Betriebstribunal über den Thyssen-Konzern sein soll. Junge Arbeiter bereiten Zeugenaussagen vor über die Praxis der Ausbeutung und die Mißstände der Ausbildung in diesem Konzern.

Sachverständige werden Gutachten abgeben zu:

● den gesellschaftlichen Hintergründen der Mitbestimmungs-forderung;

● der Rolle des Thyssen-Konzerns in unserer Gesellschaftsordnung;

● der Praxis der Berufsausbildung und wie sie sein müßte;

● der Ausbeutung im Thyssen-Konzern;

● dem Machtmißbrauch der Großkonzerne.

Ein geladen zum Mitbestimmungs-Meeting sind Lehrlinge und Jungarbeiter aus ganz Nordrhein-Westfalen.

Hans-Jörg Hennicke



„Morgen darf ich wieder Gammel machen“

Wie Karstadt versucht, unbequeme Jugendvertreter loszuwerden

Die Geschäftsleitung des Großkaufhauses Karstadt in Recklinghausen stand Kopf. Junge Arbeiter verteilten Flugblätter vor dem Kaufhaus. Ein sechzehnjähriger Lehrling, der aus verständlichen Gründen anonym blieb, schilderte darin seinen Tagablauf.

„Jeden Morgen um 9.00 Uhr beginnt meine Tätigkeit bei der Firma X. Ich begrüße den Substituten der Obst- und Gemüseabteilung. Dann fege ich den Laden aus. Danach ziehe ich mich an meinen gewohnten Arbeitsplatz zurück. Ich ergreife wie immer eine Kiste Apfelsinen und beginne nun, die verschimmelten Apfelsinen auszusuchen. Die guten Apfelsinen tüte ich ein. Die verschimmelten Apfelsinen wiege ich auf der Waage ab. So geht es weiter bis zur Pause. Diese beginnt um 11 Uhr. Nach der Pause geht es mit dem Obstgammel weiter. Um 13 Uhr gehe ich zu Mittag und kehre um 14 Uhr zurück. Nun fege ich den Laden aus. Danach gebe ich mich meiner Tätigkeit wieder hin. Der Substitut ermahnt mich nochmals, daß ich den Gammel bis 17 Uhr geschafft haben muß. Es ist ja nicht viel, nur 12 Kisten Apfelsinen, sechs Bananen-Kartons, fünf verschiedenen Gammel, sechs Kisten Zitronennetze usw. Ich arbeite nun eifrig weiter. Zwischendurch werde ich mal zum Büro, zur Kasse, zum Ladenausfeigen, Schilderholen, Körbchensammeln usw. geschickt.

Um 18 Uhr habe ich den Gammel noch nicht geschafft. Jetzt höre ich auf und räume, putze und fege die Abteilungen aus. Dann um 18.25 Uhr räume ich die Ware aus, die ins Kühlhaus gebracht werden muß. Um 18.45 gehe ich glücklich nach Hause. Heute war ein sehr arbeitsreicher Tag, wie immer.

Ich freue mich schon auf morgen, wo ich wieder Gammel machen darf.“

Obwohl Karstadt im Flugblatt nicht namentlich erwähnt wurde, erkannten sich die Herren der Geschäftsleitung sofort wieder. Und es war für sie nicht sehr schwierig, den betreffenden Lehrling ausfindig zu machen; ein Beweis, daß das Flugblatt stimmte.

Mit vereinten Kräften quetschten die Karstadt-Bosse den Lehrling aus. So erfuhren sie, daß der

Lehrling mit dem Vorsitzenden der Jugendvertretung Werner Reumke über einen solchen Bericht gesprochen hatte.

Da ging den Bossen ein Licht auf. „So, so, Werner Reumke!“ mögen sie gedacht haben. Der Jugendvertreter war ihnen schon lange ein Dorn im Auge. 1968 war er der Gewerkschaft HBV beigetreten und setzte sich aktiv ein für die Stärkung seiner Gewerkschaft. Heute hat sich die Zahl der organisierten Karstadt-Angestellten dank seiner Hilfe verzehnfacht. Dabei geriet er natürlich oft in Konflikt mit der Geschäftsleitung und so wurde das Zimmer des Personalchefs nach seinem Arbeitsplatz sein häufigster Aufenthaltsort. Als es seinen Vorgesetzten nicht gelang, ihn durch Beförderungen und mehr Geld mundtot zu machen, degradierte man ihn zum einfachen Hilfsarbeiter. Er durfte nicht mehr mit den Lehrlingen sprechen, die ihn gewählt hatten, nicht mehr telefonieren und sich sogar für die Benutzung des WC abmelden. Obwohl Werner von der Verteilung des Flugblattes nichts wußte, war es für die Firmenleitung der Anlaß, ihn zu beurlauben und zum 31. März wegen Störung des Betriebsfriedens zu kündigen.

Als die Gewerkschaft sich einschaltete, zog man die Kündigung zurück. Aber damit war die Munition von Karstadt noch nicht verschossen. Werner Reumke wurde in die Filiale nach Wanne-Eickel versetzt. Da er aber in Recklinghausen als Jugendvertreter gewählt war, weigerte er sich, nach Wanne-Eickel zu gehen, „da ich gegenüber meinen Kollegen ein Mandat zu erfüllen hatte“. Jetzt wurde Werner fristlos entlassen, wegen Arbeitsverweigerung.

Der Betriebsrat, die Jugendvertretung, die Betriebsgruppe der HBV erklärten sich mit Werner solidarisch. Die HBV wird ihn vor dem Arbeitsgericht vertreten. Sie will die in den Karstadt-Verträgen vorgesehene Versetzungsmöglichkeit anfechten, wenn sie auf Jugendvertreter angewandt wird. Die Geschäftsleitung hat dadurch die Möglichkeit, sich auf ganz leichte Weise eines mißliebigen Jugendvertreters zu entledigen.

Viele Aktionen der Solidarität mit Werner Reumke haben be-

reits stattgefunden. 21 000 Flugblätter wurden verteilt. Seine Kollegen führen eine Woche lang mit dem Lautsprecherwagen durch die Stadt. 800 Unterschriften wurden gesammelt. 250 Lehrlinge und junge Arbeiter demonstrierten an einem Samstag rund um Karstadt.

In Kürze wird eine Podiumsdiskussion mit der Karstadt-Geschäftsleitung stattfinden. Weitere Demonstrationen sind geplant.

Durchgängig sind die Forderungen zu hören: „Wiedereinstellung von Werner Reumke! Kündigungsschutz für Jugendvertreter!“

Werner Winter

Mit einer Mammut-Schau auf Lehrlingsfang

Die Duisburger Ausstellung „Dein Beruf“ und wie Unternehmer für Berufe werben

Rheinstahl:
Dein Beruf, Deine Zukunft
Karstadt:
das Haus der vielen Bildungsmöglichkeiten
Haniel:
Menschen in einem dynamischen Unternehmen

Das sind Slogans, die den Besucher der Ausstellung — Dein Beruf —, Duisburger Mercatorhalle umschwirren. Aber einer fehlt: „Achtung! Unternehmer auf Lehrlingsfang!“

Die Duisburger Unternehmen inszenierten in der zweiten Märzhälfte eine Mammutschau — rechtzeitig, um die Schulabgänger dieses Jahres zu ködern. Die großen Konzerne hatten eigene Stände, die kleineren Betriebe waren in Branchen zusammengefaßt.

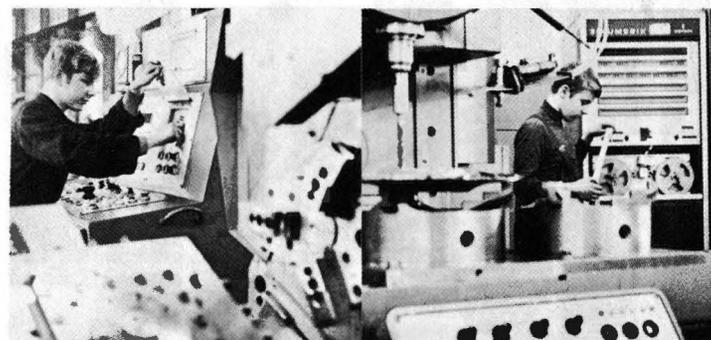
NRWs Arbeitsminister Figgen (SPD) war sich mit den Unternehmern einig:

Er appellierte bei der Eröffnung an die zukünftigen Lehrlinge, durch Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der Wirtschaft eine „leistungsfähige Industriegesellschaft“ zu erreichen. Doch es gab Zuhörer, die sich nicht so ohne weiteres an die „Bedürfnisse der Wirtschaft“ anpassen wollten.

Diejenigen Gewerkschafter, die einen eigenen Stand hatten, gingen kritisch durch die Ausstellung, interviewten Ausbilder und werteten Prospekte aus. Das Ergebnis: eine lange Liste von Tatsachen, die Licht hinter die Popfassaden der Ausstellungsstände bringen.

Der SDAJ wurde eine eigener Ausstellungsstand mit der Begründung verweigert, es sei ohnehin zu wenig Platz in der Mercatorhalle. Aber so schnell gaben die SDAJler nicht klein bei. Wozu gibt es den „Dicken Bernhard“ des SDAJ, einen Traktor mit großem Wohnanhänger. Genau vor den Eingang der Mercatorhalle platzierten sie ihn — so daß ihn niemand übersehen konnte. Mit dem Lautsprecher luden sie die Besucher der Ausstellung ein, im Anhänger zu diskutieren, Fragebogen auszufüllen und sich Informationsmaterial zu holen. Unmittelbarer Anlaß dazu war ein Werbeprospekt der DEMAG. Dreher- und Fräserlehrlinge werden an programmierten und automatisch gesteuerten Maschinen gezeigt. Das wäre wirklich eine moderne Ausbildung, dachten sich die SDAJler und wollten sich genauer informieren. Am nächsten Morgen schon standen sie vor dem Werksort der

Diese Darstellungen aus einem Werbeprospekt der DEMAG wurden als Fälschungen beanstandet. Die abgebildeten Lehrlinge hatten nie zuvor an diesen Maschinen gestanden.



Lehrlinge in Aktion



DEMAG und fragten die Lehrlinge selbst. Dabei kam heraus: Die dargestellten Lehrlinge waren vom Fegen weggeholt und an die programmierten Maschinen gestellt worden, die sie vorher höchstens einmal von weitem gesehen hatten. Ein paar mal hatten dann die Fotoapparate geklickt und die Lehrlinge waren wieder zu Feile und Besen zurückgeschickt worden. Das Flugblatt war schnell fertig. Mit der Überschrift „Fälschung am Stand der DEMAG“ protestierte die SDAJ dagegen, daß man Lehrlinge zu Betrugsmanövern ausnutzt. Von elan darauf angesprochen, mußte Ausbilder Roos vom Stand der DEMAG zugeben, daß die Lehrlinge erst „später mal“ an diesen Maschinen arbeiten sollen. Auch Meister Kunisch bestätigte: „Wir machen erst Pläne. Bisher hatten wir noch keine Lehrlinge an diesen Maschinen.“

Ein Gradmesser für den Erfolg, den die SDAJ mit der Aufdeckung des Täuschungsmanövers hatte: 5 DEMAG-Lehrlinge traten spontan der SDAJ bei.

Die Thyssen-Lehrlinge wurden von der SDAJ gefragt, ob ihre Zukunft durch die jetzige Berufsausbildung gesichert sei. „Als Dreher müßtest Du befähigt

sein, Drehmaschinen mit Zug- und Leitspindel, Revolver-Nachform, Plan- und Karusseldrehmaschinen, programmgesteuerte Dreh- und Fräsmaschinen, Kreuzschieber-, Bett-, Nuten-, Gewinde- und Aggregatfräsmaschine, Verzahnungsmaschinen, Außen- und Innenrundscheifmaschinen, Flach-, Gewinde- und Führungsbahnscheifmaschinen, spitzenlose Schleifmaschinen, Hon- und Läppmaschinen, Hobelmaschinen, Bohr- und Fräswerke mit Hand- und Positionssteuerung bedienen zu können . . . Lernst Du das bei Thyssen?“ Als Dreher müßte man das alles lernen, um auf die Zukunft vorbereitet zu sein! Der Gewerkschaftsjugend fiel auf, daß der Klöckner-Konzern es sich mit der Information über die Berufsausbildung sehr einfach gemacht hatte. Ein paar Bilder von leitenden Angestellten, ein paar Lebensdaten, Schluß. Daraus soll der Besucher erfahren, wie die Ausbildung bei Klöckner aussieht. Und dazu: Klöckner tut ganz so, als ob jeder Chef werden könnte. Nur ein kleines bißchen Fleiß gehöre da u. Kein Wort über Bildungs- und Klassenschranken. Rauchen Sie gern? Warum sind Sie dann eigentlich kein Tabakhändler geworden? Lachen Sie bitte nicht über diese Frage. Disc-Jockey Billy vom Einzelhandelsverband würde sich sehr darüber wundern. So informiert er die Besucher über die Berufsaussichten im Einzelhandel: „Wenn Sie gerne rauchen und nicht nur rauchen, sondern auch Spaß daran haben, dann lernen Sie im Tabakhandel!“ oder „Wenn Sie gerne schicke Kleider tragen und sich auch dafür interessieren, dann lernen Sie im Textilhandel!“ Ich habe eigentlich Immer Freude an netten Mädchen, warum also nicht Mädchenhändler werden?

Wolfgang Barteis

Informationen

Bonn: Zu einem Gespräch über Fragen der Berufsausbildung trafen am 20. März 1970 im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Bonn zusammen: der Referent für Berufsbildung im Bundesarbeitsministerium, Fredebeul, und sein Mitarbeiter Amtsrat Krebs, ferner Redakteur Dr. Werner Petschik (Frankfurt/Main), Gewerkschaftssekretär Lothar Rothenstein (IG Chemie, Bezirk Hessen) und Redakteur Ulrich Sander (Dortmund). Dem Gespräch war ein Briefwechsel mit der Bundesregierung vorausgegangen, an die rund 500 Gewerkschaftsfunktionäre, Jugendsprecher, Journalisten sowie junge Arbeiter und Lehrlinge die Forderung gerichtet hatten, das Berufsbildungsgesetz zu novellieren. Es müsse ein Gesetz geschaffen werden, „das den Anforderungen der jungen Generation entspricht“. Petschik, Rothenstein und Sander trugen im Ministerium die Forderung vor, die Berufsausbildung aus der faktisch alleinigen Zuständigkeit der Unternehmer zu nehmen und die Mitbestimmung der Jugendvertreter und Gewerkschaften auf diesem Gebiet zu verwirklichen.

Gelsenkirchen. Hans Zielasek, ein junger Arbeiter hatte in seinem Betrieb, der Firma Geldbach in Gelsenkirchen über Demokratie und Mitbestimmung diskutiert und war deswegen fristlos gekündigt worden (elan 1-2/70). Heute fragt er sich, ob es bei der Gelsenkirchener Industrie „Schwarze Listen“ gibt. Seit Anfang des Jahres ist er vergeblich auf Arbeitssuche. An verschiedenen Werkstätten wurde er abgewiesen. „Mit so Leuten wollen wir nichts zu tun haben“, sagte man ihm zum Bei-

spiel bei den Gußstahlwerken. Hans hat den Eindruck, als gäbe es zwischen den Gelsenkirchener Unternehmern Absprachen, ihn nicht einzustellen. Und das, obwohl eine große Nachfrage nach Arbeitskräften besteht. Übrigens: das Arbeitsgericht gab inzwischen Zielasek recht. Geldbach mußte die fristlose Kündigung in eine fristgerechte abändern. Doch damit gibt sich die IG Metall, die Hans vertritt, nicht zufrieden. Sie wird in die zweite Instanz gehen.

Bremen/Frankfurt/M. Berufsfremde Arbeiten für Lehrlinge sind gesetzeswidrig. § 99, Absatz 1, 3 des Berufsbildungsgesetzes lautet: „Ordnungswidrig handelt, wer dem Auszubildenden Aufgaben überträgt, die dem Ausbildungszweck nicht dienen.“ Ausbildungsbetrieben, die öffentlich zu erkennen geben, daß sie sich nicht an das Gesetz halten wollen, sollte die Ausbildungsbefugnis entzogen und sie entsprechend dem Gesetz zu 10 000 DM Geldbuße verknackt werden. (Stellenanzeige im Weser-Kurier, 6. 4. 70, siehe auch Kommentar S. 3). Gegen Unternehmerwillkür hilft die Gewerkschaft, helfen die Aktionen der Arbeiterjugend. (Arbeitshilfen zum Berufsbildungsgesetz, herausgegeben von der IG Metall).

Nürnberg. Nach den Ermittlungen des Bayerischen Gewerbeaufsichtsamtes sind die Verstöße gegen die Arbeitszeitbestimmungen und Beschäftigungsverbote für Jugendliche gegenüber dem letzten Jahr um 11% gestiegen. Insgesamt wurden bei Kindern 82 und bei Jugendlichen 9111 Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz festgestellt.

HOSCH

Hosch
druckt von DIN A 6
bis DIN A 1
Bücher, Broschüren,
Prospekte,
Kataloge, Briefbogen,
Preislisten,
Drucksachen aller
Art

HOSCH GmbH
6 Frankfurt am Main
Heddernheimer
Landstraße 78 a

Unternehmer Sündenregist

Firma: Hell (Elektronik)

Ort: Kiel

Vorfall: Nach einer Flugblattaktion der SDAJ vor der Firma Hell stand die Firmenleitung Kopf: stundenlang wurden Lehrlinge von der Ausbildungsleitung vernommen. Man wollte von den Lehrlingen erfahren, woher die SDAJ ihre Informationen hatte und was die Lehrlinge über die SDAJ wissen. In dem Flugblatt war angeprangert worden, daß die Jugendlichen unter 18 Jahren bei Hell nur 45 Minuten Pause haben, obwohl ihnen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz 60 Minuten zustehen.

Firma: Salamander

Ort: Kornwestheim

Vorfall: 6 Arbeiter unter 18 Jahren wurden „wegen groben Verstoßes gegen die Betriebsordnung“ gekündigt: „Obwohl sie wußten, daß wir wegen Terminschwierigkeiten am vergangenen Samstag in Ihrer Abteilung eine Arbeitsschicht einlegen mußten, blieben Sie demonstrativ von Ihrem Arbeitsplatz fern.“ Da diese Kündigung gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz verstieß, mußte sie zurückgezogen werden. Gegen den unternehmertreuen Betriebsratsvorsitzenden haben Kollegen ein Ausschlußverfahren aus dem Betriebsrat angestrengt.

Firma: Roderwald-Antrieb KG

Ort: Westberlin

Vorfall: Ein Berufsschüler nahm an einer Schülerdemonstration teil. Dadurch blieb er zwei Stunden der Berufsschule fern. Jetzt erhielt er von seiner Firma die fristlose Kündigung, weil er „an einer Demonstration teilnahm“.

Firma: Obermaier & Cie.

Ort: Neustadt/Weinstraße

Vorfall: Der Arbeitsvertrag des Jugendvertreters Kurt Rößler wurde gekündigt. Grund: „Sie haben unter grober Verletzung Ihrer arbeitsvertraglichen Pflichten als Jugendvertreter aus dem Betriebsverfassungsgesetz den Betriebsfrieden gestört, von der Geschäftsleitung die Erfüllung ungesetzlicher Forderungen verlangt und auch die Öffentlichkeit in diese Angelegenheit hineingezogen.“ Die Jugendvertretung hatte gefordert, daß entspre-

chend dem Berufsbildungsgesetz das Papierkorbleeren, Fensterputzen, fegen, Flaschensammeln usw. aufhören muß. Außerdem hat sie eine Musterbetriebsvereinbarung ausgearbeitet. Ausbildungsmängel sollten überprüft und beseitigt werden. Um zu erreichen, daß man sich auseinandersetzt, schrieben die Lehrlinge auf einer außerbetrieblichen Jugendversammlung einen „Offenen Brief“ an die Geschäftsleitung und verteilten ihn auch an die Belegschaft.

Firma: Bosch

Ort: Stuttgart

Vorfall: Lehrlinge sind bei Bosch billige Arbeitskräfte. Das weiß die DKP-Betriebszeitung „Unser Zünder“ nach. Ein Lehrling arbeitet im 3. Lehrjahr etwa 120 Stunden monatlich produktiv. Das entspricht ungefähr 60 Stunden Arbeitsleistung eines Facharbeiters der Lohngruppe 7 (5,63 DM Stundenlohn). Also ergibt sich folgende Rechnung: 60 mal 5,63 DM sind 337,80 DM im Monat. Dazu kämen noch 230,— DM Ausbildungsbeihilfe. Insgesamt müßte der Lehrling im 3. Lehrjahr demnach 567,80 DM bekommen. In Wirklichkeit sind es nur jene 230,— DM.

Firma: Industrierwerke Saar (Fahrzeugbau)

Ort: Saarbrücken

Vorfall: Im Saarland läuft mit Unterstützung des CDU-Kultusminister Scherer ein „Schulversuch“. Einige Knabenklassen sollen für jeweils acht Tage produktiv in einem Betrieb tätig sein. Einer dieser Testbetriebe ist der Rüstungsbetrieb „Industrierwerke Saar“. In diesem Werk werden HS 30-Panzer überholt und repariert. Es ist wohl eindeutig, welches Berufsbild die Schüler hier eingeimpft bekommen.

Firma: Knothe (Sanitäre Anlagen)

Ort: Dortmund

Vorfall: Anstatt seinen Wagen zur Tankstelle zu bringen, heuert der Chef seine Lehrlinge für 50 Pfennig zum Wagenwaschen an. An der Tankstelle würde er 5,— DM bezahlen. Also: 900 Prozent Gewinn durch Lehrlingsausbeutung.

Neuerscheinungen

**Frank Deppe
Verschwörung, Aufstand
und Revolution**

Auguste Blanci
und das Problem der sozialen Revolution
308 Seiten, kartoniert 17,— DM
Arbeiterbewegung. Theorie und Geschichte

**Christian Riechers
Antonio Gramsci
Marxismus in Italien**

256 Seiten, kartoniert 15,— DM
Arbeiterbewegung. Theorie und Geschichte

**Claus Offe
Leistungsprinzip und industrielle Arbeit**

Mechanismen der Statusverteilung
in Arbeitsorganisationen der industriellen
„Leistungsgesellschaft“
184 Seiten, Snolin-Broschur 15,— DM
Leinen 22,— DM
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

**Zwi Batscha
Gesellschaft und Staat
in der politischen Philosophie Fichtes**

288 Seiten, Snolin-Broschur 25,— DM
Leinen 35 DM
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

**Otto Morf
Geschichte und Dialektik
in der politischen Ökonomie**

Zum Verhältnis von Wirtschaftstheorie
und Wirtschaftsgeschichte bei Karl Marx
302 Seiten, Snolin-Broschur 22,— DM
Leinen 30,— DM
Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

**Maurice Dobb
Der Lohn**

Aus dem Englischen von Erwin Weissel
192 Seiten, Snolin-Broschur 18,— DM
Leinen 25,— DM
Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

**Hans-Dieter Bahr
Kritik der „Politischen Technologie“**

Eine Auseinandersetzung mit Marcuse
und Habermas
112 Seiten, kartoniert 7,— DM
Kritische Studien zur Philosophie

**Ursula Schmiederer · Rolf Schmiederer
Der neue Nationalismus
in der Politischen Bildung**

72 Seiten, kartoniert 5,— DM
provokativ

**Eberhard Schmidt
Die verhinderte
Neuordnung 1945—1952**

Zur Auseinandersetzung um die
Demokratisierung der Wirtschaft in den
westlichen Besatzungszonen und in der
Bundesrepublik Deutschland
Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth
244 Seiten, Snolin-Broschur 15,— DM
Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Europäische Verlagsanstalt

ARNO PLOOG:

Leerzeit!

VON HAMBURG BIS MÜNCHEN SIND DIE LEHRLINGE AKTIV. SIE LASSEN SICH NICHT LÄNGER ZU BIERHOLERN UND AUSFEGERN MACHEN. SEIT MONATEN KLINGT ES DEN BOSSEN DEUTLICH IN DEN OHREN: "AUSBILDUNG - JA! AUSBEUTUNG - NEIN!"



SEIT 6 STUNDEN LASSE ICH IHN EIN U-PROFIL FEILEN, ABER DER SIEHT SO AUS, ALS WÜRD ER SICH IMMER NOCH EIGENE GEDANKEN MACHEN!

DENN DER KAMPF GEHT LÄNGST NICHT MEHR NUR UM EINE BESSERE AUSBILDUNG, SONDERN UM DIE VERÄNDERUNG DER VERHÄLTNISSE: UM DIE ABSCHAFFUNG DER AUSBEUTUNG. — ARNO PLOOG WAR WIEDER DABEI.



UM GOTES WILLEN, DIE LEHRLINGE SIND SCHON WIEDER AKTIV!!

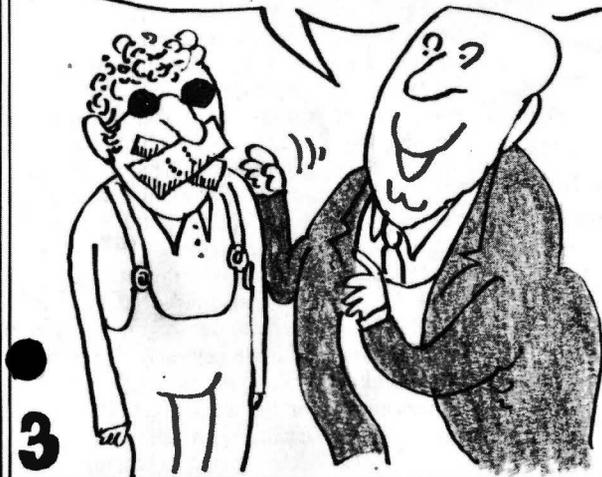
LEHRLING ZU SEIN IN UNSERER WIRTSCHAFT IST DOCH WIRKLICH ETWAS GROSSES UND SCHÖNES WENN MAN ES NUR RICHTIG ANSTELLT...

...DABEI MUSS MAN ZUERST EINMAL SEINEM VORGESETZTEN NUR BLIND ERGEBEN SEIN...



...DANN MUSS MAN OHNE WIDERSPRUCH UND STILL ALL DAS AUSFÜHREN, WAS EINEM VON OBEN ANGEORDNET WIRD...

...SCHLIESSLICH MUSS MAN SICH NOCH 100%IG ANPASSEN KÖNNEN, SODASS EINE LENKUNG VON OBEN LEICHT MÖGLICH IST...



SO WIRD AUS EINEM LEHRLING EIN GUTER, ORDENTLICHER ARBEITER, DER UNSERER WIRTSCHAFT UND DAMIT UNS UNTERNEHMERN EINE FREUDE VON MORGENS BIS ABENDS IST!



DANN SCHUFET DOCH MAL SELBER FÜR EURE PROFITE! WIR ARBEITEN INZWISCHEN FÜR UNSERE INTERESSEN!

GENOSSE DR. RICHARD SORGE



Richard Sorge als Unteroffizier. Sein Vorsatz, Feldwebel zu werden, erfüllte sich nicht: er traf auf einen Feldwebel, den er verprügeln mußte.

Von Reinhard Junge

Die bürgerliche Geschichtsschreibung möchte Dr. Richard Sorge zu einem Abenteuerer zwischen Ost und West, zu einem Trunkenbold und Weiberhelden abstempeln. Für sie ist er ein „Spion“ wie jeder andere, wenn auch einer der „größten“. Sorge aber war weder das eine noch das andere: er war ein Kommunist, der sein Leben wagte, um den ersten sozialistischen Staat der Erde vor den Anschlägen des Imperialismus zu schützen. Daß es Menschen gibt, die so etwas ohne Bezahlung tun, geht einigen Leuten einfach nicht in den Kopf. „elan“ schreibt hier, was der „Spiegel“ nicht schreiben darf.

Der Auftrag

1933. Seit der siegreichen Oktoberrevolution waren 16 Jahre vergangen. 16 Jahre harten, ununterbrochenen Kampfes: der Zarismus hatte den Bolschewiki ein zerrütetes, ausgeblutetes Land hinterlassen. Jeder Schritt nach vorn erforderte von Millionen Menschen ungeheure Anstrengungen. Und die Großmächte des Imperialismus hatten ihre Versuche, die junge Sowjetmacht mit allen Mitteln zu beseitigen, zu keiner Zeit aufgegeben.

Im Frühjahr 1918 waren Amerikaner und Japaner in Wladiwostok, Franzosen auf der Krim und englische Söldner in Murmansk gelandet; von diesen drei Brückenköpfen aus organisierten sie den Terror der konterrevolutionären Generäle, lieferten Waffen, Munition und Lebensmittel und warteten

kommen als auch eine glänzende Aufmarschbasis gegen den Fernen Osten der Sowjetunion gesichert.

Unter diesen Bedingungen war es zum Schutz der Sowjetunion vor Überraschungsangriffen unerlässlich, Kundschafter bis ins Lager der Feinde zu schicken. Ende 1933 nahm in Tokio die „Gruppe Ramsay“ ihre Arbeit auf. Ihr Auftrag: Beantwortung vor allem dieser drei Fragenkomplexe:

1. Wie stark sind die japanischen Streitkräfte und in welchem Umfang kann und wird Japan weiter aufrüsten?

2. Welche Politik betreibt das Land der aufgehenden Sonne gegenüber Hitlerdeutschland und Italien auf der einen und gegenüber England und den USA auf der anderen Seite?

3. Wird Japan die mandschurische Grenze der Sowjetunion angreifen oder wenden sich südwärts, in den pazifischen Raum und damit gegen Interessengebiete des englischen und amerikanischen Imperialismus?

Die Vorbereitung

Allein die Zusammensetzung der Kundschaftergruppe warf Probleme auf. Sicherlich würde es zweckmäßig sein, mit der Arbeit in Japan vor allem deutsche Genossen zu beauftragen: sie allein besaßen die geringe Chance, sich unter den Hitler-Diplomaten im Fernen Osten eine Vertrauensstellung zu erobern und damit vielleicht schon den Zugang zu wichtigen Informationen. Nur: gab es deutsche Genossen, die der Gestapo noch nicht bekannt waren?

Die Wahl fiel schließlich auf Dr. Richard Sorge: er sollte die Gruppe leiten. Sorges Großvater war ein Mitkämpfer von Marx und Engels, Revolutionär von 1848 und schließlich Sekretär des Generalrats der Ersten Internationale gewesen, Sorge selbst – in Baku als Sohn eines deutschen Ingenieurs und einer russischen Arbeitertochter geboren – Gründungsmitglied der KPD, Organisator zahlreicher Streiks im Aachener Kohlenrevier und zeitweilig Leiter einer Parteischule in Wuppertal. Die Frage war: gab es bei der Gestapo eine „Akte Sorge?“

Richard Sorge fuhr nach Deutschland: eine gefährliche, aber notwendige Reise. Gab es bei der Gestapo Unterlagen über ihn, dann würde seine Reise nach Tokio überflüssig werden; gab es sie nicht, so mußte er sich in Deutschland Korrespondenzverträge mit Zeitungen und Zeitschriften besorgen: eine bessere Tarnung als die des nazitreuen Journalisten würde es kaum geben.

Dr. Sorge hatte Erfolg. Acht Jahre Abwesenheit hatten ihn in Vergessenheit geraten lassen, niemanden fiel es auf, daß sich hier ein Kommunist um hakenkreuzbeschwerte Empfehlungsschreiben bewarb.

In Moskau wurden die letzten Vorbereitungen getroffen, dann begann die Reise: New York, Vancouver, Yokohama. Der längere Weg war auf jeden Fall der sicherste: niemand würde in ihm einen Kundschafter der sowjetischen Aufklärung vermuten.



Sorge mit Erich Correns (heute Vorsitzender des Nationalrats der Nationalen Front der DDR): Die Freundschaft mit dem Wissenschaftler begann im Lazarett.

„Ich habe am ersten Weltkrieg teilgenommen, habe den Krieg an beiden Fronten — im Osten und Westen — mitgemacht, bin mehrmals verwundet worden, habe das Unglück des Krieges am eigenen Leibe erfahren. Kriege werden letztlich nur von einer kapitalistischen Gesellschaft inspiriert. Um die Menschheit von diesem Unglück zu befreien, muß man den Kapitalismus ablehnen!“
Dr. Richard Sorge

Ref. P VIII.
18. Basler.
Berlin, den 14. 11. 1941.

A u f z e i c h n u n g .

Der seit 1936 für die Frankfurter Zeitung tätige deutsche Korrespondent Richard Sorge in Tokyo ist am 22. 10. 1941 zusammen mit einem anderen Reichsangehörigen namens Max Clanssen von der japanischen Polizei wegen angeblichen staatsfeindlicher Verbindungen verhaftet worden.

Richard Sorge ist ein guter Japankenner und befähigter Journalist, hat sich jedoch wegen seiner streng objektiven und daher auch vor gelegentlicher Kritik nicht zurückschreckenden Berichterstattung in seinem Gastlande manchmal unbeliebt gemacht. Der Verdacht der Sorge zur Last gelegten kommunistischen Betätigung ist nach Auskunft der zuständigen deutschen Stellen in Tokyo als abwegig zu betrachten. Nach Ansicht von Botschafter Ott, der ein näher Bekannter Sorges ist, handelt es sich bei der Aktion vermutlich um eine politische Intrigue, da Sorge gewisse vertrauliche Informationen über den Stand der als Staatsgeheimnis behandelten japanisch-amerikanischen Verhandlungen erhalten hat.

Außer einem kurzen formellen Besuch durch Botschafter Ott ist bisher eine Aussprache mit dem Verhafteten nicht gestattet worden. Trotz etwändiger Bemühungen seitens des Außenministeriums hat die Staatsanwaltschaft bis jetzt auch jegliche Einsichtnahme in das gegen den Beschuldigten vorliegende Beweismaterial verweigert. Angeblich sollen im Zusammenhang mit der Angelegenheit auch eine große Anzahl Japaner festgenommen worden sein.

Hiermit
Herrn Gesandten Brauns Stumm
vorgelegt.
h. Stumm



Kurz vor der Verhaftung: Die Belastungen des illegalen Kampfes haben das Gesicht Richard Sorges gezeichnet.

„Morgen — das ist für sie eine Zukunft, für die sie täglich und stündlich ihr Leben aufs Spiel setzen. Das ist die Hoffnung der Arbeiter und Bauern in der ganzen Welt auf eine Zukunft, die mit der sozialistischen Sowjetunion Gestalt angenommen hat. Sie sind Soldaten dieser Hoffnung mit dem Auftrag, sie zu schützen. Und ihr Kampfplatz muß dort sein, wo sich der Feind am sichersten glaubt, wo er seine geheimsten Absichten ausspricht, wo er aber auch am wachsamsten und gefährlichsten ist.“
Horst Pehnert und Gerhard Stuchlik
Junge Welt, 15. Oktober 1964

Die Arbeit

Die japanische Geheimpolizei erwies sich als allgegenwärtig. Ihre Spitzel saßen hinter Kinokassen und Fahrkartenschaltern, kontrollierten Post, Telefon und Bordelle. Und jeder der knapp 8.000 in Japan lebenden Ausländer erhielt zusätzlich noch eine Sonderbewachung: allgemein gültiges Prinzip, diktiert von einer panischen, künstlich hochgezüchteten Angst vor Spionen. Sorges zweiter Schatten versuchte es mit allen Mitteln. Er bestach die Haushälterin und kontrollierte in steter Regelmäßigkeit Sorges Wohnung, gab sich später alle erdenkliche Mühe, Sorges japanische Lebensgefährtin zu erpressen. Und als auch dies nichts fruchtete, besorgte er sich einen russischen Emigranten und ließ ihn Sorge in einem völlig unerwarteten Augenblick in der Sprache seiner Mutter anreden — nichts.

Das perfekte Überwachungssystem erschwerte die Arbeit der „Gruppe Ramsay“ über ein normales Maß hinaus — wenn es unter den Bedingungen der Illegalität überhaupt ein normales Maß gibt. Zwar lebten alle Mitarbeiter Sorges in Japan unter ihrem richtigen Namen, aber jedes unbedachte Wort, jede unkontrollierte Geste und jeder unüberlegte Schritt konnte in den Tod führen und auch das Leben der anderen Genossen gefährden.

Aus naheliegenden Gründen war es der „Gruppe Ramsay“ strengstens untersagt, Kontakte zu Mitgliedern der illegal arbeitenden Kommunistischen Partei Japans aufzunehmen. Dennoch fand Sorge bald eine Reihe japanischer Patrioten, die bereit waren, ihm unter Einsatz des eigenen Lebens die gewünschten Informationen zu beschaffen. Sie wußten, daß Sorge kein Spion herkömmlicher Machart war, der etwa aus Gründen persönlicher Bereicherung nach Japan gekommen war, um mit der Aufdeckung wirtschaftlicher oder militärischer Schwächen einen künftigen Angriff vorzubereiten. Der Auftrag der Gruppe war klar und eindeutig: diejenigen Informationen zu beschaffen, die zur Verhinderung eines Krieges zwischen Japan und der Sowjetunion nötig waren.

Da war Ozumi Ozaki, Privatsekretär des Ministerpräsidenten Konoye: über ihn war Sorge stets über alle Pläne der japanischen Regierung informiert.

Da war Yotoko Miyagi, ein Kunstmaler. Er gewann den Arzt Dr. Yasuda, der wiederum beschaffte Nachrichten aus Kreisen des Militärs und des Adels.

Dann war da der jugoslawische Kommunist Branko Voukelitsch. Auch er arbeitete als Journalist, seine Verbindungen reichten bis in die französische und englische Botschaft.

Funker war der deutsche Kommunist Max Klausen: sechs Jahre lang blieb er unentdeckt, keiner der von ihm und Sorge verschlüsselten Funksprüche wurde jemals „geknackt“. Und was man nicht funken konnte, brachte Klausens finnische Frau Anna als Kurier nach Shanghai. Einmal flog sie sogar mit einem Sonderflugzeug

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER
neuerscheinung!

Arbeitereinheit rettet die Republik

Dokumente und Materialien
zur Niederschlagung des
Kapp-Putsches im März 1920

Eingeleitet und zusammen-
gestellt von Fritz Krause

184 Seiten, 5,- DM

„Die Niederschlagung des Kapp-Putsches (ist) das große geschichtliche Beispiel dafür“, so urteilt aus heutiger Sicht die IG Metall in ihrem „Handbuch für die Vertrauensleute“ über den Sieg der Arbeiterklasse im März 1920 über die Kapp-Lüttwitz-Putschisten und ihre industriellen Gönner, „daß die Gewerkschaften eine mächtige Kraft unserer spätkapitalistischen Gesellschaft sind, fähig, in Krisensituationen die Zerstörung der Demokratie zu verhindern.“

Die Darstellung des Staatsstreiches, seiner politischen Hintergründe, des Generalstreiks, der militärischen Aktionen der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihres sozialen und demokratischen Rechte, der Stellung von SPD, USPD, KPD und Gewerkschaften, der Aktionsausschüsse und Voilzugsräte, der Arbeiterwehren anhand von 80 chronologisch angeordneten, zum Teil erstmalig veröffentlichten Dokumenten lassen in aller Klarheit die Triebkräfte und Klassenfronten in den März-Ereignissen 1920 erkennen.

Dieses Taschenbuch zeigt mit aller Deutlichkeit die Größe und Kraft der einheitlichen Massenaktionen der Arbeiterklasse, zeigt ihre Möglichkeiten, aber auch die Schwächen, zeigt, welche Lehren daraus zu ziehen sind, für den Sieg.

MARXISTISCHE
TASCHENBÜCHER

Reihe „Marxismus aktuell“

Bestellungen und Prospekte durch die
Buchhandlungen oder direkt beim Verlag:

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER,
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11
Telefon (06 11) 28 04 12

hoher japanischer Offiziere und Generale nach China. Sie wurde niemals gefaßt.

Und Sorge selbst. Seine enormen Kenntnisse über Japan verblüfften alle „Experten“ der Nazi-Botschaft, in der sich Sorge bald unentbehrlich gemacht hatte. Er hatte die Geschichte des Inselreiches studiert, seine Wirtschaftsstruktur, sein Militärwesen. Sorge war „de facto“ Pressechef der Botschaft geworden, obwohl es dieses Amt „de jure“ gar nicht gab. Kaum eine Meldung ging an die deutsche Naziführung, an der Sorge nicht mitgearbeitet hätte. Und seine Artikel in der „Frankfurter Zeitung“ oder der „Zeitschrift für Geopolitik“ erhöhten deren Niveau und das Renommee bei Naziführern und im neutralen Ausland. Sorge bekam alle Nachrichten, die es zu besorgen galt.

Spitzenleistungen

Von 1935 bis 1941 funkten Richard Sorge und Max Klausen jährlich fast 40.000 Wörter von Tokyo nach Wladiwostok – Meldungen von unschätzbarem Wert. Die wichtigste Nachricht jedoch blieb unbeachtet.

Bereits im November 1940 hatte „Ramsay“ (Sorges Deckname für den Funkverkehr) die Sowjetunion vor einem Überfall durch Hitlerdeutschland gewarnt. Anfang März 1941 konnte er diese Meldung präzisieren; beim gemeinsamen Frühstück zeigte Nazi-Botschafter Ott dem Kommunisten Sorge ein Telegramm des Außenministers Ribbentrop: Angriff auf die Sowjetunion in der zweiten Junihälfte. Stunden später ging die Nachricht durch den Äther.

Wenig später warnte Sorge die Sowjetunion ein drittes Mal: der Überfall werde zwischen dem 20. und 22. Juni 1941 erfolgen. Aber als die Hitlerwehrmacht am 22. Juni morgens 3.15 Uhr mit fast 200 Divisionen in die Sowjetunion einmarschierte, war die Rote Armee nicht vorbereitet.

Japan verhielt sich noch abwartend: noch verhandelte man mit den USA über die Weiterlieferung kriegswichtiger Öl- und Schrottlieferungen, noch war nicht entschieden, ob Hitlers „Rußlandfeldzug“ ein „Blitzsieg“ werden würde. Und immer dringender kam die Anfrage an die Gruppe Sorge, ob Japan angreifen werde oder nicht: die Soldaten an der sibirischen Front wurden im Westen der Sowjetunion benötigt, um Moskau zu schützen.

Dann brachte Ozumi die ersehnte Nachricht: Das japanische Kabinett hatte sich in einer Geheimsitzung entschieden: Krieg gegen die USA. Und Klausen konnte funken, daß die mandchurische Grenze der Sowjetunion sicher sei.

Diese Nachricht entschied die Schlacht um Moskau. Zwar hatte man die faschistischen Truppen wenige Kilometer vor der Hauptstadt zum Stehen gebracht, aber zurückwerfen konnte man sie nicht mehr. Das gelang erst, als Ende November die ersten Reserven aus dem Fernen Osten in die Schlacht eingreifen konnten. Moskau konnte gerettet werden, die Nazigenerale

hatten ihr erstes strategisches Ziel nicht erreicht. Zu diesem Zeitpunkt war die gesamte Kundschaftergruppe um Dr. Sorge bereits verhaftet: nachdem sie ihren letzten Auftrag erfüllt hatte.

Das Urteil

In der Nazi-Botschaft konnte man es einfach nicht fassen: Dr. Sorge ein Kommunist? „Unser“ Dr. Sorge? Das mußte eine Intrige der Japaner sein.

Es war keine Intrige, es war auch nicht der Dr. Sorge der Nazis. Die japanische Geheimpolizei hatte es nach mehreren vergeblichen Versuchen geschafft, einen Verräter in die illegale Kommunistische Partei einzuschleusen. Der hatte dann herausgefunden, daß der Maler Miyagi während seines Amerika-Aufenthaltes Mitglied der KP der USA geworden war. Miyagi wurde verurteilt und nach einem mißlungenen Selbstmordversuch gefoltert. Er schwieg. Erst über seine Zimmerwirtin erfuhr die japanische Gestapo Näheres über Miyagis Bekanntenkreis. Schrittweise tastete man sich an Hozumi Ozaki heran, der am 15. Oktober 1941, fünf Tage nach Miyagi, verhaftet wurde. Und am 18. Oktober kam der letzte Schlag: Sorge, Voukelitsch, Max und Anna Klausen.

Die Voruntersuchungen dauerten fast zwei Jahre. Als dann die Prozesse begannen, wurde einzeln verhandelt. Dr. Richard Sorge nahm alle Verantwortung auf sich, versuchte, seine Genossen zu entlasten, erklärte, daß es sich nicht um Spionage im herkömmlichen Sinn gehandelt habe, daß es darum gegangen sei, einen Krieg zwischen Japan und der Sowjetunion zu verhindern.

Dann kamen die Urteile: zweimal die Todesstrafe, zweimal lebenslänglich, 12 weitere Haftstrafen von insgesamt Jahren Dauer. Keiner bat um Gnade.

Max und Anna Klausen haben zusammen mit der Mehrzahl der japanischen Genossen überlebt: im August 1945, nach der Kapitulation Japans, wurden sie befreit; sie leben heute in der DDR. Branko Voukelitsch und zwei japanische Widerstandskämpfer wurden im Gefängnis zu Tode geprügelt. Und am Morgen des 7. November 1944 wurden Richard Sorge und Hozumi Ozaki hingerichtet: am 27. Jahrestag der Oktoberrevolution.

Es ist verbürgt, daß sie als aufrechte Antifaschisten starben. Ozaki schweigsam, nach einem kurzen Gebet, Richard Sorge mit dem Bekenntnis zu dem Land, zu der Gesellschaftsordnung auf den Lippen, für die er gekämpft hatte, ohne sein eigenes Leben zu schonen. Seine letzten Worte waren: „Es lebe die Kommunistische Partei! Es lebe die Rote Armee! Es lebe die Sowjetunion!“

Literatur über die Kundschaftergruppe Ramsay: „Dr. Sorge funkt aus Tokyo“ von Julius Mader, Gerhard Stuchlik und Horst Pehnert, Deutscher Militärverlag 1967, Berlin, 460 Seiten, mit zahlreichen Fotos und Dokumenten.

Die Anerkennungszeitung

DAS KAMPFBLATT DER ANERKENNUNGSPARTEI

MAI 1970

Herausgegeben vom Jugendmagazin e l a n . Redaktion: 46 Dortmund, Brüderweg 16, Tel. 57 20 10.

Verantwortlich: Ulrich Sander, Dortmund, Druck: Hosch GmbH Frankfurt/Main.

Wir gehören zur Anerkennungsparlei

Dr. Kurt Georg Kiesinger, dieser Goebbels nach Gutsherrenart, hatte das Wort mit der pathetischen Verachtung eines Schmierkomödianten herausgeschleudert: „Anerkennungspartei!“ So nannte er die wachsende Gruppe von Bürgern in diesem Lande, die für ein neues Verhältnis zur DDR eintraten.

Man gehört zur Anerkennungsparlei. Seit 12 Jahren — solange es den e l a n gibt — ist e l a n auch „Anerkennungszeitung“. Hier soll nun aus Anlaß der Gespräche in Kassel ein Sondertell als „Anerkennungszeitung“ vorgelegt werden.

In dieser „Anerkennungszeitung“ schreiben der Betriebsjugendvertreter Falk Weltschat aus Köln und der erfahrene Arbeitsfunktionär aus der DDR, Albert Norden (Mitglied des Politbüros der SED), über die Frage, warum junge Arbeiter beider deutscher Staaten für die Anerkennung der DDR eintreten. Mit dem Artikel von Albert Norden erscheint erstmals seit vielen Jahren ein Exklusiv-Bertrag eines führenden DDR-Politikers

In einer Zeitung der Bundesrepublik. (Seite 4) In dieser Ausgabe kommen zahlreiche Funktionäre der demokratischen Jugendverbände der BRD zu Wort. Vertreter der Gewerkschaftsjugend, der Evangelischen und Katholischen Jugend, der Naturfreunde und der SDAJ diskutieren das Thema: völkerrechtliche Anerkennung Ja oder Nein? (Seite 5 bis 7)

„Wer hat Deutschland wirklich gespalten?“ und „Wer machte uns gegenüber der DDR zum Ausland?“ — diesen Fragen gingen e l a n-Redakteure und Historiker Siegfried Thomas nach. (Ihre Antworten auf Seite 3)

Eine Bitte der Redaktion: Gebt die „Anerkennungszeitung“ auch an Kollegen und Bekannte weiter. Und schreibt an die Verhandlungsteilnehmer in Kassel Eure Meinung. (S. Seite 5)

Mit der Meinung der „Anerkennungszeitung“ über Kassel soll nicht hinter dem Berg gehalten werden. Wir begrüßen das neue Gipfelgespräch. Es muß aber auch etwas herauskommen, das uns weiterbringt. Willy Brandt hat im „Stern“ gesagt, er würde einen Erfolg darin sehen, wenn nach Kassel „andere an der Sache weiterarbeiten“, ohne daß sofort ein neues Gipfeltreffen einberufen wird. Wir meinen: Nicht „andere“ sollten weiterarbeiten, sondern Brandt sollte die DDR völkerrechtlich anerkennen. Dann könnten auch gleich-

Worum geht es?

Frieden mit der DDR nutzt fast allen

Köln. Die Anerkennung der DDR dient den Arbeitern beider deutscher Staaten. Springer, und die Herren der Großindustrie und der CDU/CSU/NPD sind dagegen. Falk Weltschat ist Betriebsjugendvertreter und Mitglied der Kölner Jugendausschüsse der IG Metall und des DGB. Er schrieb für die „Anerkennungszeitung“, warum junge Arbeiter sich für die Anerkennungsparlei engagieren sollten.

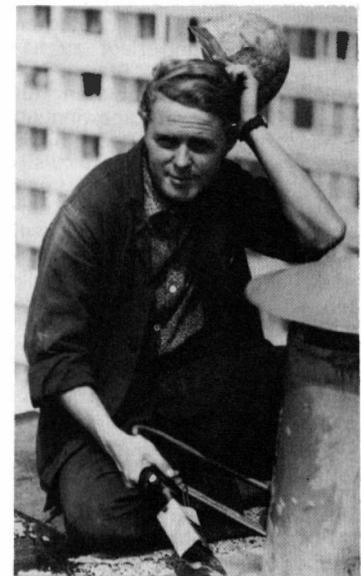
„Anerkennung?“ — „Sicher, für Ulbricht ist das gut“, sagen oft meine Kollegen. „Aber was haben wir davon?“

Ich bin dieser Frage nachgegangen. Gleich zu Beginn meiner Information stellte ich fest, daß jene am heftigsten gegen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR wettern, die auch gegen jeden Pfennig mehr Lohn für die Arbeiter bei uns, gegen Mitbestimmung und bessere Ausbildung der Lehrlinge auftreten. Das sind jene, die immer nach „Selbstbestimmung“ für die Bewohner in der „Zone“ schreien, uns aber nicht einmal Mitbestimmung in den Betrieben gewähren wollen.

Die großen Bosse der Industrie und die ihnen verbundenen Parteien und die Presse des Herrn Springer möchten sich nicht damit abfinden, daß sie auf einem

berechtigte Diplomaten anstelle „Anderer“ die konkreten Ergebnisse aushandeln.

Gespräche, die zu keinen konkreten Ergebnissen im Sinne der Sicherung des Friedens und der Normalisierung der Beziehungen BRD—DDR auf der Grundlage souveräner Gleichheit beider Staaten führen, enthalten die Gefahr, die Menschen in einem trügerischen Gefühl der Sicherheit zu wiegen, während in Wahrheit die Spannungen



weiterbestehen und Wehrminister Helmut Schmidt die gefährliche Rüstung forciert.

Daher nicht Gespräche an sich, sondern Gespräche für etwas: für Sicherheit in Europa, Abrüstung und Entspannung. Nach dem Motto: Der Frieden ist die größte menschliche Erleichterung.

(Ulrich Sander)

Teil deutschen Bodens nichts mehr zu melden haben: In der DDR. Sie sind so unverfroren, auch heute noch mit ihrem „Aktienbesitz“ in der „Zone“ zu spekulieren, obwohl die von ihnen beanspruchten Betriebe längst nicht mehr AG heißen, sondern VEB (Volkseigener Betrieb).

Für ihre Pläne zur Einverleibung der DDR können diese Herren selbstverständlich eine juristisch einwandfreie Anerkennung der DDR nicht gebrauchen. Sie wollen alles in der Schwebe halten, um eines Tages, wenn die Lage günstig und die Bundeswehr stark genug ist, sich wieder zu nehmen, was sie beanspruchen.

Auf diesen Tag haben sie sich schon jahrelang vorbereitet. In „Grauen Plänen“ (offiziell heißen sie „Tätigkeitsberichte des Forschungsbeitrages für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“) teilten sie unter sich — mit Segen der Bundesregierung — „das Fell des ostdeutschen Bären, ohne ihn erlegt zu haben“, wie es der „Stern“ formulierte. Sie vereinbarten für den Fall der Rückgewinnung („Wiedervereinigung“) der DDR die Beseitigung der sozialistischen „Zwangswirtschaft“ und die Wiedereinführung des Kapitalismus. Große Privatbanken, private Kreditinstitute und junkerlichen Großgrundbesitz wollten sie „zulassen“. Auch das vorbildliche Bildungssystem der DDR sollte beseitigt werden. Die Berufsausbildung sollte wieder allein den Unternehmern unterstellt, Lehrlingswerkstätten reduziert oder aufgelöst werden — dann sieht es so aus, wie bei uns.

Die Herren legten sich zur Durchsetzung ihrer Ziele eine starke Bundeswehr zu. Bei der

Beschlußfassung über die Aufrüstung vereinbarten Adenauer und seine Hintermänner 1954 in Paris mit den Regierungen der USA, Frankreichs und Englands das Ziel ihrer Politik: „Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“ Dieser „Generalvertrag“ soll nach wie vor gültig bleiben, das sagen Brandt (SPD), Barzel (CDU) und Strauß (CSU). Dieser Vertrag sieht die Umwandlung der sozialistischen DDR in eine kapitalistische vor. Können wir daran interessiert sein? Ich meine: Nein!

Ganz abgesehen von der Gefahr, daß dabei die junge Generation in einen Krieg gegen die Arbeiter der DDR hineingezogen würde — denn die lassen sich nichts widerstandslos wegnehmen! — müssen wir uns fragen: Kann es uns denn von Nutzen sein, wenn die bei uns wirtschaftlich und politisch Mächtigen ihr System der sozialen Ungerechtigkeit und Ausbeutung, der steigenden Preise, des Lohndrucks und Mietwuchers, des Bildungsnotstandes und der reaktionären Berufsbildung, der Rechtlosigkeit der Arbeiter in den Betrieben, des Neonazismus auch wieder auf die DDR ausdehnen? Nein!

✱

Die DDR-Regierung hat den Entwurf eines Vertrages zwischen BRD und DDR vorgelegt. Er sieht u. a. vor:

- Herstellung normaler gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage des Völkerrechts und frei von jedweder Diskriminierung.

- Nichteinmischung in die außenpolitischen Beziehungen des anderen Staates; Mitgliedschaft beider Staaten in der UNO.

- Verzicht auf Kernwaffen und B- und C-Waffen und Herabsetzung der Rüstungslasten um mindestens 50 Prozent.

- Gewaltverzicht in den Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Wenn wir die völkerrechtlich gesicherte Zustimmung zu einem solchen Vertrag durch unsere Regierung durchgesetzt haben, so dient das den Arbeitern bei uns und in der DDR. Sicherheit



Vor 25 Jahren, am 8. Mai 1945, kapitulierte die Hitler-Wehrmacht. Unsere Geschichtsbücher sprechen von diesem Datum als „Niederlage“ und „Zusammenbruch“. Zusammengebrochen ist zwar deutscher Militarismus und Imperialismus, der mit dem Anspruch auf fremde Territorien die Welt in den Krieg stürzte. Für das deutsche Volk hätte der 8. Mai ein Tag der Befreiung sein können, wenn es durch einheitliches Handeln jene in die Schranken verwiesen hätte, die erneut ihre Finger nach fremden Gebieten ausstrecken. Diese Aufgabe des 8. Mai 1945 ist noch ungelöst. Sie muß jetzt verwirklicht werden.

Menschliche Erleichterung

Hast Du gehört, Kollege, der Brandt will sich jetzt um menschliche Erleichterungen kümmern!

Worum? Um menschliche Erleichterungen! Donnerwetter! Das hätte ich dem kaum zugetraut! Alle Achtung! Da werden sie wohl zuerst die Renten erhöhen wollen. Und die Kriegsoffer kriegen mehr Geld. War aber auch verdammt nötig. Wenn Du bedenkst: 140 Mark im Monat!

Ja, und bei uns, da wollen sie dann wohl auch für menschliche Erleichterung sorgen! Preise runter, Löhne rauf! Kann ich da nur sagen!

Sachte, sachte! Ich würde da klein anfangen. Bei uns im Betrieb da sollte das endlich vernünftige Waschräume geben, würd ich vorschlagen, und mittag gäbs was Vernünftiges zu essen, nicht bloß Kraut und Rüben und den an-

dern Tag Rüben und Kraut! Da wär ich für!

Und die Mitbestimmung, die kriegen wir ja ganz bestimmt! Wo sie doch schon von der Selbstbestimmung reden!

Ja, der Brandt hat auch gesagt, die Last der Verantwortung, die sollte jetzt sozial geteilt werden!

Vorsicht, da ist mir bange. Hat der das wirklich gesagt? Das ist doch klar: da kriegen wir die Last, und die da oben haben die Verantwortung! Hoffentlich meint der das mit der menschlichen Erleichterung anders! Nicht bloß Erleichterung für die da oben, weil die's so schwer mit uns haben.

Ne, der meint menschliche Erleichterung für die da drüben!

Die da oben wollen die da drüben menschlich erleichtern. Du, das kommt mir aber verdammt spanisch vor!

Peter Schütt

Die Spalter sitzen im Westen

Dortmund – Eig. Ber.: Völkerrechtliche Anerkennung bedeutet ewige Spaltung Deutschlands. Das jammern CDU/CSU und NPD im Chor. Sie tun so, als wäre die Spaltung Deutschlands aus heiterem Himmel über das deutsche Volk hereingebrochen oder gar schlimme Sattansbrut der Kommunisten. Für die „ANERKENNUNGS-

„Wir wollen die Teilung Deutschlands und Europas überwinden“ – diese Behauptung hat die CDU/CSU über zwanzig Jahre ihrer Herrschaft bis heute aufrechterhalten. Obwohl gerade sie es war, die in den entscheidenden Jahren unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg alles daran setzte, die drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands zu einem Separatstaat zu vereinen. Damit der Kapitalismus wenigstens in diesem Gebiet seine Herrschaft ungehindert erhalten konnte! Nach eigenen Angaben führte Adenauer schon am 5. Oktober 1945 vor Pressevertretern aus: „Es sei notwendig, die drei Teile des nicht-russisch besetzten Gebietes. . . in einem staatsrechtlichen Verhältnis miteinander zu belassen. Es könnte das evtl. bundesstaatlich sein. Vor allem aber sei es meiner Ansicht nach notwendig, die Wirtschaft des Rhein-Ruhr-Staates mit derjenigen Frankreichs und Belgiens zu verflechten, damit dadurch gemeinsame wirtschaftliche Interessen entstünden.“ (Adenauer, Erinnerungen 1945-1953, S. 30)

Interessengleichheit mit den westlichen Besatzungsmächten ergab sich durch das beginnende antisowjetische Bündnis. Die Verwirklichung des gegen Militarismus und politische Macht der Großkonzerne gerichteten Potsdamer Abkommens blieb in den Westzonen schon im Ansatz stecken. Der deutsche Imperialismus, schuldig am 2. Weltkrieg, hatte seinen ersten Sieg auf dem Weg errungen, lieber halb Deutschland ganz als Ganz-

deutschland halb zu besitzen. Die nächsten Schritte zur Spaltung folgten schnell.

+ 2. Dezember 1946: Briten und Amerikaner schließen ihre Besatzungszonen zur Bizone zusammen.

+ Frühjahr 1947: Auf der Sitzung des Rates der Außenminister in Moskau lehnen die Westmächte die von der Sowjetunion vorgeschlagene Bildung eines deutschen Einheitsstaates ab.

„Als unsere Delegation Moskau nach dem Fehlschlagen der Deutschlandkonferenz von 1947 verließ, vereinbarten die drei Westmächte mit den Westdeutschen die Errichtung der deutschen Bundesrepublik.“ So berichtet der damalige Berater des US-Militärgouverneurs in Deutschland, Robert Murphy. + 25. Juni 1947: Auf Befehl der anglo-amerikanischen Militärregierung wird in der Bizone ein Wirtschaftsrat gebildet, der aus einer Art parlamentarischer Vertretung besteht (54 von den Landtagen gewählte Abgeordnete und als „Regierung“ fünf Direktoren von Verwaltungssämtern).

18. Juni 1948: Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen. Damit zerfällt Deutschland in zwei Währungs- und Wirtschaftsgebiete.

+ 1. August 1948: Bildung der Trizone (Zusammenschluß der französischen Zone mit der Bizone)

+ 1. September 1948: Bildung des „Parlamentarischen Rates“ aus 65 von den Landtagen delegierten Abgeordneten. Aufgabe des Rates: Ausarbeitung einer Separatverfassung für die Westzonen.

+ 8. Mai 1949: Annahme des „Grundgesetzes“ mit 53 gegen 12 Stimmen.

+ 14. August 1949: Erste Bun-

ZEITUNG“ gingen Hans-Jörg Hennecke und Siegfried Thomas diesem Gerücht nach. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß es CDU/CSU-Politiker, westliche Alliierte und deutsche Großkapitalisten waren, die unser Land spalteten, um ihre Macht wenigstens in einem Teil Deutschlands zu retten. So wurden wir Ausland.

destagswahl, nachdem alle wesentlichen Entscheidungen bereits gefallen sind.

Die Geschichte der Spaltung ist die Geschichte der Restauration des deutschen Imperialismus durch ständige Brechung des Potsdamer Abkommens.

Das Potsdamer Abkommen hatte kategorisch verlangt: Die vollständige Beseitigung des Faschismus und seiner Wurzeln; die Ausrottung des deutschen Militarismus; die Entmachtung der an zwei Weltkriegen schuldigen Rüstungskonzerne; die Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens.

Keiner dieser Punkte wurde in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik verwirklicht. Im Gegenteil! 25 Jahre nach dem Krieg haben wir es mit einer wachsenden faschistischen Gefahr zu tun, die sich nicht nur in der neonazistischen NPD zeigt. Konzentration und Macht der Konzerne haben einen beispiellosen Höhepunkt erreicht. Der deutsche Militarismus findet sogar in SPD-Führern wie Helmut Schmidt (mit dem Beinamen „Noske“) seine Gönner. Die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens steht auch für die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nicht auf der Tagesordnung (siehe Verweigerung des Mitbestimmungsrechtes in den Betrieben; Notstandsverfassung; Ausbau der Bundeswehr).

Um das Ziel der Wiederherstellung eines Deutschlands der Konzerne in den Grenzen von 1937 zu erreichen, hatten die verantwortlichen Politiker der Westzonen bedingungslos die westlichen Pläne zur Bildung eines Separatstaates unterstützt. Nach Schaffung der Bundesrepublik konzentrierten sich die herrschenden Kreise in Bonn darauf, diesen westdeutschen Staat fest in das westliche

Bündnisystem einzugliedern, um auf diese Weise zum gleichberechtigten Partner der Westmächte zu avancieren und schließlich mit Hilfe der Verbündeten Deutschland „wiedervereinigen“. Über die westeuropäische Integration zur deutschen Einheit, hieß die Losung, unter der die Adenauerregierung 1949 antrat. 1950 erfolgte der Beitritt zum Europarat. 1951 unterschrieb Adenauer den Vertrag über die Bildung der Montanunion. 1954 endlich wurden die Pariser Verträge abgeschlossen. Die Bundesrepublik wurde souverän, mit empfindlichen Einschränkungen allerdings, Mitglied der NATO und der westeuropäischen Union. Die Bundesregierung konnte endlich mit der Realisierung der seit 1950 angestrebten Remilitarisierung beginnen. Jeder Schritt in die „europäische Gemeinschaft“ wurde gegenüber der Öffentlichkeit als Schritt auf dem Wege zur Wiedervereinigung hingestellt.

Vor den Folgen dieser Politik wurde gewarnt, von der Sowjetunion, der DDR, von der KPD, ja selbst von der SPD, die ansonsten die Bildung der Bundesrepublik und die Westorientierung der Bonner Politik unterstützte hatte. „Alle Verträge, die der Herr Bundeskanzler abzuschließen plant, werden Barrieren aufrichten, die deutsche Wiedervereinigung hemmen, erschweren, wenn nicht noch schwerere Konsequenzen für die Wiedervereinigung haben“, sagte der außenpolitische Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Dr. Gerhard Luetkens, am 16. Oktober 1951. Genau das trat ein. 1955, als sich Konrad Adenauer auf dem Höhepunkt seiner Erfolge wähnte, war die deutsche Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit verspielt.

Strauß und Springer sind dagegen-Anerkennung grad deswegen!



Krupp & Co. hinweggefegt

Von Prof. Albert Norden, Mitglied des Politbüros des ZK der SED

Auf dem Königsplatz in Augsburg veranstalteten unlängst Lehrlinge ein „Kehr-in“. Sie wirbelten mit ihren Besen allerhand Staub auf. Nichts gegen Besen. Schon gar nichts gegen derartige Reinigungswerkzeuge, wenn sie in Bewegung gesetzt werden, um auch auf solche Weise einem antiquierten System kapitalistischer Lehrlingszüchtereier auf den Leib zu rücken.

„Wenn wir nicht die Trottel von morgen sein wollen, müssen wir heute an der Ausbildungsmisere etwas ändern,“ schreiben Lehrlinge des Siemens-Konzerns in der ersten Nummer der von ihnen selbst herausgegebenen Zeitung. Lehrzeit soll nicht vorwiegend leere Zeit bleiben, deshalb Mitspracherecht der Mädchen und Jungen in Ausbildungsfragen.

Die Unternehmer zeigen die kalte Schulter. Sie setzen weiterhin unbequeme Jugendsprecher auf die Straße. Sie drohen mit dem



ALBERT NORDEN, Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Volkskammer-Abgeordneter und Mitglied des Präsidiums des Weltfriedensrates, Professor, Schriftsteller und Publizist („So werden Kriege gemacht“, „Die spanische Tragödie“, „Fälscher“ u.a.). Norden wurde 1904 in Myslowitz im damaligen Oberschlesien geboren; Realgymnasium, Schreinerlehre in Elberfeld, 1919 Mitglied der Freien Sozialistischen Jugend bzw. ab 1920 des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands. 1921 wurde er Mitglied der KPD und der Gewerkschaft. Norden war bis 1933 Journalist an verschiedenen kommunistischen Zeitungen, dann Emigration nach Dänemark, Frankreich, CSR; auf dem Weg nach Mexiko bis 1946 in den USA festgehalten. In der DDR journalistisch und wissenschaftlich tätig; 1952 Ernennung zum Professor für neue Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1955 Mitglied des ZK der SED.

„Der permanente Feldzug der westdeutschen Großunternehmer samt ihren Politikern und Generälen und leider auch SPD-Führern gegen die DDR zielt so zugleich gegen alle Versuche junger Leute in Westdeutschland, sich aus kapitalistischer Vormundschaft immer mehr frei zu machen.“

Werkerschutz, wie bei der Freisprechungsfeier von Siemens-Lehrlingen geschehen.

Indessen spricht sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfamilienministerium Heinz Westphal (SPD) für mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten der jungen Generation in Schule, Betrieb oder Gesellschaft aus. Auf Einzelheiten und Termine legte er sich nicht fest. So erhebt sich die Frage, inwiefern sich denn nun die Jugendpolitik der jetzigen Bundesregierung – wie Westphal beteuerte – sowohl in der Sache als auch im Stil sehr wesentlich von den bisherigen Bundesregierungen unterscheidet. Wo bleibt das große „Kehr-in“ der Regierenden oder besser das große „Kehr-aus“, um nach 20 Jahren CDU-Politik endlich die Unternehmerwillkür einzuschränken und das Mitspracherecht der jungen Generation zu sichern? Vielleicht kann man etwas lernen von dem großen „Kehr-aus“, mit dem wir nach 1945 in der heutigen DDR Konzerngewaltige wie Krupp, Siemens, Flick und andere samt ihrem Anhang hinweggefegt!

Wir machten mit harten Besen reinen Tisch. Was des Volkes Hände schaffen, wurde Volkes eigen. Seither bestimmt die Arbeiterklasse im Bunde mit allen demokratischen Kräften den Kurs in Politik, Wirtschaft und den anderen Bereichen der Gesellschaft.

Zu diesen Bereichen zählt nicht zuletzt das weite Feld der Bildung und Ausbildung. Die väterliche Brieftasche als Trittleiter des Aufstiegs ist längst passe. Mitbestimmung der jungen Generation nicht nur in den sie direkt berührenden Angelegenheiten gehört zum Alltag. Die sozialistische Verfassung der DDR gibt darauf Brief und Siegel. Die Erfolge unserer zukunftsorientierten und ein wahrheitsgetreues, wissenschaftlich fundiertes Weltbild vermittelnden Bildungsarbeit, die der ganzen Jugend den Weg ins Leben ebnet, werden auch von westdeutschen Expertenkreisen gerühmt. Die Herrschaft der Arbeiterklasse machte es möglich. Ein gutes Beispiel, das hoffentlich böse Sitten anderswo verdirbt.

Ich meine die bösen Sitten der westdeutschen Großbourgeoisie, die unter Federführung der CDU zwei Jahrzehnte lang versuchte, ihre durch die Errichtung der DDR erlittene Niederlage wettzumachen und diesen sozialistischen Staat auf deutschem Boden wieder aus der Welt und damit auch aus dem Blickfeld der jungen Generation in der Bundesrepublik zu schaffen. Womöglich könnten sich die Lehrlinge und jungen Arbeiter in Augsburg und überall in der Bundesrepublik noch stärker als bisher schon auf ihre eigene Kraft besinnen, auf die Kraft der Gemeinsamkeit gegen kapitalistische Willkür und Ausbeutung, für soziale Sicherheit und eine friedvolle Zukunft.

Der permanente Feldzug der westdeutschen Großunternehmer samt ihren Politikern und Generälen und leider auch SPD-Führern gegen die DDR zielt so zugleich gegen alle Versuche junger Leute in Westdeutschland, sich aus kapitalistischer Vormundschaft immer mehr frei zu machen. Junge Menschen, die für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR eintreten, wie es zahlreiche Vertreter demokratischer Jugendverbände in der Bundesrepublik bereits tun, verbessern dadurch nur ihre eigene Position in der Klassenauseinandersetzung mit den Herrschenden in Westdeutschland.

jugendpolitische blätter

Die Bundesregierung ist außenpolitisch sehr aktiv. Sie sucht mit Moskau, Warschau und Berlin. Sie weiß sich außenpolitisch einig mit dem Vietnam-Killer Nixon, dem Präsidenten der USA. Sie wirkt in der westeuropäischen Politik, indem sie u.a. für ein europäisches Jugendwerk unter Beteiligung Franco-Spaniens eintritt. Welche Rolle soll die Jugend dabei spielen? Dieser Frage wollten wir nachgehen. Unser Interview mit dem Pressesprecher des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Peter Paul Henckel, macht deutlich, auch die neue Regierung will die Jugendverbände für ihre Außenpolitik

einspannen. Sie geht dabei von der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 aus, in der die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Gretchenfrage in der heutigen Außenpolitik, abgelehnt wird.

Soweit zum Interview. Was sagt aber der Deutsche Bundesjugendring? Der Vorsitzende des DBJR hat den ersten Sekretär des Zentralrats der FDJ nach Bonn eingeladen. Ulrich Sander untersucht in seinem Beitrag, ob damit eine regierungs-unabhängige und fortschrittliche Politik im Interesse der Jugend in beiden deutschen Staaten eingeleitet ist oder nicht. Ergebnis:

Noch kein Wandel in der internationalen Jugendpolitik von Bonn

Wann macht der Bundesjugendring ernst?
von Ulrich Sander

„Wo jetzt auf höchster diplomatischer Ebene Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR angestrebt werden, will auch der Bundesjugendring, die Vertretung der westdeutschen Jugendverbände, nicht länger abseits stehen.“ Sicher ungewollt hat der Jugendredakteur der Gewerkschaftszeitung „Einheit“ (IG Bergbau) mit dieser Feststellung das ganze Trauerspiel offizieller Ostkontakte des DBJR umrissen. Der Bundesjugendring hat eigentlich auf internationalem Sektor nie etwas anderes gewollt als „nicht abseits“ zu stehen von der Regierungspolitik. Er verweigerte im Gefolge des Kalten Krieges und quasi als Verinnerlichung der Regierungspolitik bis 1964 jeden Kontakt zur Jugend der sozialistischen Länder. (Ich will ja nicht unterstellen, daß es direkte Anweisungen der Bun-

desregierung gab, allerdings konnte mit der Drohung einer Mittelkürzung stets einiges bewirkt werden. Als VDS und SDS sich nicht anpaßten, wurden ihnen die Förderungsgelder gestrichen.) 1964 beschlossen die Mitgliedsverbände des DBJR ihre Remscheider Erklärung, die touristische Reisen und Gedenkstättenfahrten nach Osteuropa vorsah. Die Frage der offiziellen Kontakte zu den dortigen Jugendorganisationen wurde auch in Remscheid „unterschiedlich beurteilt“ und somit aus der Erklärung ausgeklammert.

Diese Remscheider Erklärung ist noch heute gültig. Sie wurde allerdings mehrfach durchlöchert, damit der DBJR nicht „abseits“ steht. So entschlossen sich 1968 zehn Mitgliedsverbände des DBJR, gemeinsam zum

Fortsetzung auf Seite 22

elan-Interview mit dem Bundesjugendministerium – Unser Gesprächspartner: Pressesprecher Peter Paul Henckel

elan: Hält die Bundesregierung, insbesondere das zuständige Ministerium, an der Auffassung ihrer Vorgängerinnen fest, daß internationale Jugendarbeit der BRD „bedeutsames Element deutscher Außenpolitik“ sei? (Jugendbericht, Juni 1965)

Henckel: Die Bundesregierung hilft den demokratischen Kräften der Jugendarbeit bei deren eigenen Bemühungen um internationale Verständigung und Freundschaft zur Jugend der Welt. Gleichzeitig ist die Bundesregierung selbst bemüht, im Bereich der internationalen Jugendpolitik ihren eigenen Beitrag zur Verständigung, Versöhnung, Entspannung und Frieden zu leisten.

Beides zusammen ergibt erst, daß internationale Jugendarbeit ein bedeutendes Element der Außenpolitik ist. Sowohl bei den Bemühungen um eine euro-

päische Friedensordnung als auch bei der Gestaltung des europäischen Jugendwerkes ergeben sich dabei wichtige neue Aufgaben, die in Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und Jugendverbänden angepackt werden.

elan: Gelten noch die Grundsätze der Bundesregierung für gesamtdeutsche Politik, die der Bundesfamilienminister am 20. Juni 1966 den Jugendverbänden zugeleitet hatte mit der Aufforderung, diese Grundsätze in „entsprechender Weise“ zu berücksichtigen?

Henckel: Die Formeln vom 20. Juni 1966 sind schon durch die Außen- und Deutschlandpolitik der vorigen Bundesregierung überholt worden. Für heute gilt die Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969.

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 21

Festival nach Sofia zu fahren. Sie kamen dabei nicht umhin, mit kommunistischen Jugendorganisationen zu verhandeln. Das war zur Zeit, da Kiesinger und Brandt jene neue Ostpolitik kreierten, welche die freundschaftliche Umarmung der europäischen sozialistischen Staaten vorsah mit dem Ziel, die DDR zu isolieren und ohne Aufgabe imperialistischer außenpolitischer Positionen (Hallstein-Doktrin, Alleinvertretungsanspruch, Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Nicht-Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens von Beginn an) das eigene Image aufzupolieren. Für diese Politik kamen die flankierenden Maßnahmen der DBJR-Mehrheit nur gelegen. Diese Art von Ostkontakten erforderten vom DBJR keinen Mut.

Es gereicht dem Bundesjugendring wirklich nicht zur Ehre, daß er auch in der Zeit, da er zaghafte Schritte in Richtung der Kontakte zur Jugend der sozialistischen Länder unter-

nahm, nie gewagt hat, wirklich unabhängig zu handeln und sich von der gefährlichen Politik der herrschenden Parteien zu trennen. Etwa indem er der polnischen Jugend gesagt hätte: Wir kämpfen dafür, daß nach all dem Leid, das Hitler-Deutschland über Euer Land gebracht hat, jetzt sichere polnische Westgrenzen bestehen, daß die Oder-Neiße-Grenze anerkannt wird. Etwa indem er – und das hätte sich von dem Freundschaftsgerede vom August 1968 substantiell unterschieden und als Freundschaftstat ausgewiesen – der Jugend der CSSR von einem eigenen Beitrag im Kampf gegen das Münchener Abkommen und gegen die revanchistischen Läuse im eigenen Pelz, die DJO, berichtet hätte. Etwa indem er der ungarischen Jugend gesagt hätte, wie der DBJR gegen die Hallstein-Doktrin auftritt. Und schließlich auch, indem sich der Bundesjugendring für eine Normalisierung der Verhältnisse zwischen beiden deutschen Staaten durch völkerrechtliche Anerkennung

der DDR ausgesprochen hätte. Das alles hat der Bundesjugendring nicht getan. Deshalb ist es auch kein besonderer Knüller, wenn der DBJR-Vorsitzende Dr. Reifenberg von der Katholischen Jugend jetzt mit dem 1. Zentralratssekretär der FDJ, Dr. Günther Jahn, sprechen möchte. Natürlich wäre das ein Fortschritt in den Umgangsformen; man denke nur einmal daran zurück, wie vor sechs Jahren die Bewirtung eines Zentralratsabgesandten mit einer Tasse Kaffee durch DBJR-Angestellte in Bonn-Venusberg noch Diskussionen über eine Entlassung dieser Angestellten auslösten. Wo liegt aber der tatsächliche Fortschritt? Wann macht sich der DBJR einmal frei von reaktionärer Bevormundung?

Gerhard Weber (Hamburg), stellvertretender Bundesjugendringvorsitzender, plädiert in den „DBJR-Informationen“ für Kontakte des Bundesjugendringes zur FDJ. Er schreibt: „Die Jugendverbände der BRD können es sich auf die Dauer

nicht leisten, der SDAJ gegenüber der FDJ und den Jugendverbänden Osteuropas die Alleinvertretung der Jugend der BRD zu überlassen. Die Breite der Ansichten und Argumente bei uns kann nur durch eine Kontaktaufnahme des DBJR transparent werden.“ Als hätten Kontakte zur FDJ allein der Information zu dienen!

Ich meine, die Jugend der DDR ist über die Argumente aus der BRD durchaus informiert. Sie weiß, daß die „Breite der Ansichten“ im DBJR zur Zeit der revanchistischen DJO zur sozialistischen Naturfreundejugend reicht. Sie weiß, daß die SDAJ keinen Alleinvertretungsanspruch für die Jugend der Bundesrepublik erhebt. Aber sie weiß schließlich auch, daß diese SDAJ mit an der Spitze des Kampfes um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR steht. Und das könnten ihr die DBJR-Verbände ja einmal nachmachen. In kürzester Zeit wäre dann ein gutes Verhältnis zur FDJ möglich.

Fortsetzung von Seite 21

elan: Sind noch die Bestimmungen des Bundesministeriums für Familie und Jugend vom 18. Juni 1965 gültig, die die „Ostkontakte“ der Jugend regeln und u.a. eine Konsultation mit dem Auswärtigen Amt vor Antritt von aus öffentlichen Mitteln geförderten Reisen der Jugend in sozialistische Länder vorsahen?

Henckel: Die im Rundschreiben

vom 18. Juni 1965 festgelegten Bestimmungen für Ost-West-Begegnungen gelten nur insoweit fort, als sie in den jährlichen Durchführungserläß zum Bundesjugendplan aufgenommen sind. Mit Wirkung vom 1. Januar 1969 hat es folgende Änderungen gegeben: 1) Wegfall der Mindestaltersgrenze von 18 Jahren; 2) Wegfall des ausdrücklichen Förderungsverbot für Veranstaltungen mit vorwie-

gend propagandistischen Zwecken.

Der Erlaß zum Bundesjugendplan 1970 ändert die ursprünglichen Bestimmungen nochmals und paßt sie den Bestimmungen für die anderen internationalen Begegnungen an. Es bleibt aber auch weiterhin das Erfordernis einer guten Vorbereitung bestehen, wie sie für alle Begegnungsveranstaltungen notwendig sind. Es bleibt auch die Aufforderung

bestehen, den Bericht über die Veranstaltung nicht erst zum Jahresende vorzulegen; dadurch sollen für die weiteren Arbeiten bessere Anregungen gegeben werden können. Die vorherige Genehmigungspflicht entfällt. In die Neugestaltung von Inhalt und Richtlinien des Bundesjugendplanes im Jahre 1970 sind die weitergeltenden Bestimmungen selbstverständlich mit einbezogen.

Neu!

Handbuch für Gruppen- und Clubarbeit

Inhalt

- Gruppenprogramme
- Bildungsabende / Seminare
- Filme
- Schallplattentips
- Wichtige Termine
- Meldungen aus Jugendverbänden
- Reisetips

1. Baustein mit Ordner: DM 5,00
Regelmäßiges Erscheinen der Bausteine.

Baustein Nr. 2: 1. Juni 1970.

Preis pro Baustein: DM 1,00

Versand erfolgt nur bei Voreinsendung des Betrages auf unser Konto.

S D A J

Sozialistische
Deutsche Arbeiterjugend
Bundesvorstand

4300 Essen

Bersonstraße 11

Telefon: (0 21 41) 23 23 27 / 37

Postscheck: Essen 1865 84

Tausendmal: Gespräch mit einem Kommunisten

DKP-Kandidat vor Hamburger Berufsschülern / Über die Kommunisten und die Jugend – Von Peter Schütt

„Wir möchten Kommunisten werden“, bekannten junge Leute aus Essen, die elan im November 1967 vorstellte. Die das sagten, waren 6 bis 10 Jahre alt, als die Kommunistische Partei verboten wurde. Zweieinhalb Jahre später, wieder in Essen: 173 junge Arbeiter, Schüler, Studenten und Lehrlinge haben sich im Saalbau eingefunden, um in die Deutsche Kommunistische Partei aufgenommen zu werden.

In diesem Beitrag berichtet unser Mitarbeiter Dr. Peter Schütt aus Hamburg über sein Engagement im Bürgerschaftswahlkampf. Schütt, 30 Jahre alt und Schriftsteller, hat als DKP-Kandidat im Februar und März 1970 vor allem das Gespräch mit der Jugend gesucht. Insgesamt 34mal hatte er Gelegenheit, vor den verschiedensten Berufsschulklassen den Standpunkt der Kommunisten zu erläutern. Über seine Erfahrungen im Klassengespräch mit annähernd tausend Berufsschülern berichtet er für elan.

Der Wunsch, neben den Kandidaten der SPD, CDU und FDP auch einen Vertreter der DKP zu hören, kam fast immer von den Schülern selber. Er wurde von fortschrittlichen Lehrern und Direktoren gebilligt, in einigen Fällen aber auch gegen den Willen des zuständigen Gemeinschaftskunde- oder Klassenlehrers durchgesetzt. Die meisten Schulklassen hielten an ihrer Forderung nach einem Gespräch mit einem DKP-Kandidaten auch fest, nachdem die Hamburger Schulbehörde versucht hatte, die Wahlhearings in der Schule auf die Vertreter der etablierten Parteien zu beschränken.

Großes Interesse für Argumente der Kommunisten

Das Interesse an einer Auseinandersetzung mit den Argumenten der Kommunisten war in jeder Klasse gleichermaßen stark. Während die meisten Schüler die Auftritte anderer Kandidaten als „langweilig“ oder „lehrerhaft“ bezeichneten, ging es in den Unterrichtsgesprächen mit dem DKP-Vertreter jedesmal hoch her. Die Schüler spürten rasch, daß hier „jemand anders“ sprach, der Angehörige einer anderen Richtung, der mit den etablierten Mächten nichts zu tun hat und nichts zu tun haben wollte. Die ersten Fragen, die mir in einer Klasse gestellt wurden, waren darum meistens provokatorisch; sie dienten dazu, mein Bekenntnis zu testen und bezogen sich darum oft auf „die Mauer“, die DDR

oder die CSSR. Ich habe in der Beantwortung dieser Fragen immer den Klassenstandpunkt herausgekehrt und möglichst keine taktischen Zugeständnisse gemacht. Das hat sich in den meisten Fällen gut bewährt, schon weil unzweideutige Antworten die vorlauten Antikommunisten, die es in fast jeder Klasse gibt und die sich immer als erste zu Wort melden, schnell ratlos machen und zum Schweigen bringen können. Andererseits habe ich mich bemüht, jede Frage ernst zu nehmen, weil ich den Eindruck gewonnen habe, daß längst nicht jeder, der Bedenken gegen meine Haltung gegenüber der DDR oder der CSSR-Frage äußert, mein politischer Gegner ist. Seine Einwände in diesen Kernfragen sind selten vorgetäuscht, sie verraten oft ehrliches Bemühen um die Gewinnung einer fortschrittlichen Position und verdienen darum eine gründliche und keineswegs zimperliche Behandlung. Bei der Beantwortung der verschiedensten Fragen, die mir entgegengebracht wurden, habe ich versucht, immer wieder den Wer-wen-Bezug (Wem nutzt es?) deutlich zu machen; eine Methode, die den wenigsten Schülern vertraut ist, aber doch schnell kapiert werden kann. Entfaltetes und auf die politische Gegenwartssituation angewandtes Klassenbewußtsein bildet die große Ausnahme. Bei den meisten Schülern herrscht die Auffassung vor, hier sei manches faul, genauso wie „drüben“ manches im argen liege; aber am vernünftigsten sei es, man würde aus beiden Systemen das Beste nehmen und daraus die Zukunft bauen. Die Konvergenztheorie spukt in vereinfachter Form in vielen Hirnen.

Ist die NPD harmlos?

Es gibt einige Punkte, in denen ein Großteil der Schüler geneigt ist, unserer Kritik rechtzugeben, zum Beispiel Vietnam, Springerkonzern oder, mit Einschränkung, Notstandsgesetze. Dagegen bestehen besonders über die Rechtsgefahr in unserem Lande die verworrensten Vorstellungen. Die NPD halten die meisten für „harmlos“ und gänzlich ungefährlich, und auf allgemeines Unverständnis bin ich gestoßen, wenn ich klarzumachen versuchte, die CDU sei keine demokratische Partei. Man hielt sie für katholisch oder verpöft, aber auf jeden Fall für demokratisch und war im übrigen der Auffassung: „Die haben ja selber Schuld.“ Die Meinung, daß „die Leute“ selber schuld seien, ist überhaupt

weit verbreitet und wird auf vieles angewandt: die Bildzeitung, den Mangel an Mitbestimmung oder den Bildungsnotstand. An die „Wiedervereinigung“ glaubt kaum noch jemand, und die Anerkennung der DDR halten die meisten für eine Frage der Zeit. Selbst wenn es immer noch einzelne gibt, die mir gegenüber demonstrativ von der „Zone“ gesprochen haben, hat sich die Ansicht ziemlich weit durchgesetzt, daß es drüben in manchen Dingen, vor allem im Schulsystem, besser als hier bestellt ist und daß es sich lohnt, die Verhältnisse in der DDR genauer zu studieren. Über die geschichtlichen Hintergründe der deutschen Teilung sind sich allerdings die wenigstens im klaren. Immer wenn ich zu erläutern versuchte, wer Deutschland gespalten und die jetzige Situation heraufbeschworen hat, stieß ich auf ungläubiges Staunen.

Für mich war überraschend, wie stark selbst unter Berufsschülern der Einfluß linksopportunistischer und sektiererischer Strömungen geworden ist. Fast in jeder Schulklasse gab es einige, die den Verdacht äußerten, die DKP sei vielleicht doch nur eine bessere SED, sei von gestern und habe längst den Willen zur revolutionären Veränderung aufgegeben. Vielen, die vage links fühlen oder emotional gegen das Establishment eingestellt sind, bezweifeln, daß es die DKP mit ihrem Anspruch auf Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung tatsächlich ernst meint, und haben die verworrensten Revolutionserwartungen. Auch Arbeiterjugendliche entwickeln eine unpolitische Schwärmerei für Che Guevara, lesen „konkret“ und den „Spiegel“ und beziehen von dort ihre neuen, halb „links“ eingefärbten Vorurteile gegenüber den Kommunisten. Die offensichtliche Zunahme linksexotischer Ideen zumindest unter den Berufsschülern im Bank- und Versicherungsfach erfordert eine gründliche Auseinandersetzung. Sie zwingt uns, unsere Auffassungen differenzierter darzulegen und unsere Bereitschaft, das System von Grund auf zu verändern, mit aller Deutlichkeit und Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Mehrfach mußte ich die Frage beantworten: „Welchen Sozialismus wollen Sie eigentlich, den kubanischen den chinesischen oder den sowjetischen?“ Das Übergewicht solcher Fragestellungen beweist, daß ein wesentlicher Teil der Jugendlichen nicht so sehr von der eigenen Situation ausgeht, sondern auf Umwegen, oft genug auf dem Umweg über die große Politik, politisiert wird. Vietnam, Ussuri oder CSSR werden im allgemeinen lebhafter diskutiert als die Mißstände im eigenen Land.

Meinungsstreit um Bildungspolitik

Es war meistens schwieriger, die Aufmerksamkeit der Schüler auf konkrete kommunale und soziale Probleme zu lenken. Sie hatten sehr oft den Verdacht, auf dem Ge-

biet der Bildungs- und Sozialpolitik unter- scheidet sich die DKP nur unerheblich von den anderen Parteien und gaben damit zu erkennen, wie sehr sie der sozialen Demagogie namentlich der CDU zum Opfer gefallen waren. Trotzdem habe ich, wo es mir erst einmal gelungen war, das allgemeine Interesse zu wecken, die sachlichsten und ergiebigsten Diskussionen über die DKP-Forderung nach Einführung der demokratischen Gesamtschule geführt, nicht zuletzt, weil auf dem Gebiet der Bildungspolitik ein Mindestmaß an Information vorausgesetzt werden konnte. Die Charakterisierung des herrschenden Schulsystems als Dreiklassenordnung erschien vielen einleuchtend, und auch der Vorschlag, zur Durchsetzung allgemeiner Chancengleichheit eine generelle Vorschulerziehung einzuführen, fand Anklang. Zustimmung erhielt ich ebenfalls, wenn ich versuchte, auf die Probleme der Lehrlinge in Schule und Betrieb zu sprechen zu kommen. Aller-

dings bestand bei den meisten Schülern eine große Scheu, selbst offen die Mißstände auszusprechen, mit denen sie bei der Arbeit oder im Unterricht zu tun haben. Trotz vielfältiger Vorbehalte, die sich aus dem Nachwirken des Antikommunismus ergeben, äußerten nicht wenige Berufsschüler ihre Bereitschaft, der DKP ihre Stimme zu geben. In einer Klasse entschieden sich bei einer Abstimmung per Handzeichen acht von 32 Schülern für die DKP. In drei anderen Schulklassen mit insgesamt 93 Schülern waren bei einer Probeabstimmung 22 bereit, die DKP zu wählen. Gewiß können diese unter dem unmittelbaren Eindruck der Diskussion und in der persönlichen Konfrontation mit dem Kandidaten entstandenen Ergebnisse nicht als repräsentativ gelten, aber sie machen doch die Möglichkeiten deutlich, die sich in der vorurteilsfreien und offensiven Auseinandersetzung mit den Jungwählern und zumal mit Lehrlingen und Jungarbeitern bieten.

Als „geradezu skandalös“ bezeichneten die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im Bundestagsausschuß für Sport und Olympische Spiele die Mittelverteilung des Bundesjugendplanes „im Hinblick auf die Benachteiligung der Deutschen Sportjugend“ (Erklärung der CDU/CSU vom 17.2.1970). Klar, daß bei einem solchen Engagement für die politischen Ambitionen der DSJ-Führung und gegen alle anderen demokratischen Jugendverbände auch Herbert Wehner und Helmut Schmidt nicht fehlen mochten. Bei einem Gespräch der DSJ mit der SPD wies Bundeswehrminister Schmidt „auf die große Bedeutung hin, die die sportliche Jugendarbeit für die Bundeswehr und deren Einsatzbereitschaft“ habe (JPD). offiziell teilte die DSJ am 26.2.70 mit, daß sie in diesem Gespräch mit der SPD-Führung, an dem auch Jugendminister Frau Strobel, Bundesgeschäftsführer Wischnewski und Haushaltsexperte (!) Hermsdorf teilgenommen hatten, „viel Verständnis für ihre augenblicklichen Sorgen“ gefunden habe. Darüber hinaus habe die Aussprache „auf breiter Grundlage Ansatzpunkte für zukünftige Zusammenarbeit vom Schulsport über die Trimm-Aktion bis hin zum Sport in der Bundeswehr“ geboten. Jubelt das Allgemeine Deutsche Sonntagsblatt nach diesem Gespräch und nach Veröffentlichung der Pläne zur Schaffung von Sportkompanien: „Der Sportsoldat marschiert. Eine Symbiose von Sport und Militär kann jedenfalls nicht schaden.“ (8. März 1970)

Die Jugendverbände des Bundesjugendringes stehen der Militarisation des Sports mit Blickrichtung München skeptisch, der Anmaßung der DSJ, per DNK und Mittelumverteilung finanziell und politisch dominieren zu wollen, ablehnend gegenüber. Dabei wenden sie sich zumeist nicht grundsätzlich gegen eine Erhöhung der Mittel für die DSJ. Sie fordern aber, daß diese nicht zu Lasten der DBJR-Verbände gehen dürfe. Ein Kompromiß ist nicht in Sicht. Wenn die Jugendverbände verhindern wollen, daß sich hinter ihrem Rücken Bundestagsfraktionen und DSJ-Führer zu Lasten der DBJR-Verbände einigen, müssen sie offensiver werden als bisher. Dieser ratlose Slogan „Geld für die DSJ, aber nicht von uns“ reicht nicht aus. Sie sollten der DSJ-Führung raten, einmal zum Minister Schmidt, mit dem sie ja neuerdings so gut Freund ist, zu gehen und den Gegenwert eines einzigen Starfighters zu verlangen. Mit diesen 6 Mio DM könnten die Sportjugend und andere Verbände alle ihre Forderungen verwirklichen.

8,28 Mio DM stehen den DBJR-Verbänden und der Sportjugend 1970 aus dem Bundesjugendplan zu. Für Helmut Schmidt ist das eine lächerliche Summe (= sieben Leopardpanzer). Die Jugend sollte dies endlich ebenfalls als lächerliche Summe erkennen und fordernd auftreten.

Sportjugend plant Griff in fremde Taschen

Bonn im olympischen Aufwind / Helmut Schmidt wirbt für den Sportsoldaten - Von Ulrich Sander

Eine heftige Kontroverse tobt in Bonn. Die Deutsche Sportjugend drischt auf den Bundesjugendring ein. Die Führung der DSJ war im vergangenen Jahr aus dem DBJR ausgetreten, weil sie dort ihre Finanzforderungen und ihre politischen Vorstellungen nicht durchsetzen konnte. Jetzt sind die DSJ-Bosse wieder aus den Startlöchern geschneilt, um sich in jeder Hinsicht an die Spitze der Jugendpolitik zu setzen:

– Die Sportjugend-Führung will das Deutsche Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK) umstrukturieren, in dem zur Zeit Bundesjugendring und Ring politischer Jugend mitwirken. (Nicht aber die DSJ infolge ihres DBJR-Austritts) Nach Vorstellung der Sportjugendbosse soll das DNK unter Einbeziehung der Sportjugend und der Studentenschaften in eine Gesamtrepräsentation der Jugendverbände gegenüber In- und Ausland umgewandelt werden. Vorgeschlagen wurde der hochtrabende Name „Deutscher Jugendrat“.

– Die DSJ-Führer wollen an das ganz große Geld heran, und sie halten die gegenwärtige Regelung des Bundesjugendplanes für ungerecht. Die DSJler: „Bei 7,08 Mio DM für den kleineren Block DBJR und 1,2 Mio DM für den größeren Block DSJ

im Haushaltsentwurf 1970 kann doch irgendetwas nicht stimmen.“

Die Sportjugendführer operieren wieder einmal mit der großen Zahl und zählen wieder jedes Turnkind und jeden in der obligatorischen Versicherung durch die Vereine Erfassten mit. (DBJR-Vorsitzender Reifenberg hat unlängst dazu ausgerechnet, daß nicht 3,5 Mio Mitglieder der DBJR-Verbände den 4,3 Mio der DSJ gegenüberstünden, wenn alle Organisationen so zählten wie DSJ; das Verhältnis wäre dann 12 Mio : 4,3 Mio.)

Aus den Zahlenspielereien und dem olympischen Aufwind leitet die DSJ ihre Forderungen ab. „Die Chance für München 1972 ist, der Welt ein anderes, liebenswürdiges Deutschland zu zeigen“, sagte DSJ-Vorsitzender Dieter Buchholz, und alle, die von der großen Deutschland-Demonstration in München träumen, hörten es gern: Abgeordnete aller Parteien im Bundestag überhäufte die DSJ mit Versprechungen. Schreibt der „jugendpolitische dienst“: „Die Befürchtungen des Bundesjugendringes, bei einer Aufbesserung der Zuschüsse für die DSJ benachteiligt zu werden, kamen auf dem diesjährigen ‚Parlamentarischen Abend‘ am 10.3.70 in Bonn in Gesprächen mit den Abgeordneten des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit zum Ausdruck.“

Gespräche in Kassel sichern!

Auf der äußersten Rechten braut sich etwas zusammen: gegen Kassel! Auf dem CSU-Parteitag in München bliesen die Mannen um Franz-Josef Strauß zum Sammeln. Sie gaben den Startschuß für eine verstärkte nationalistische Welle. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR werde „ins Abenteuer und in den Abgrund“ führen, drohte Strauß der Bundesregierung. Für den Fall von völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen der Bundesregierung mit der DDR-Regierung wurde der Sturz der Regierung Brandt/Scheel angedroht. Die NPD und die „Nationalzeitung“ des Dr. Frey stehen dabei und reiben sich ebenso die Hände wie NPD-, „Nationalzeitungs“- und CSU-Freund Prof. Rublin, der in München forderte: „Serviert die Desperados ab“.

Die „Desperados“ Brandt und Scheel machen ironische Bemerkungen über den CSU-Ansturm und wehren sich nicht. Sie verbünden sich nicht mit der Klasse der aktiven Demokraten in diesem Lande, um Strauß und Thadden Paroli zu bieten, sondern halten die Beziehungen zur DDR noch immer in der Schwebe. Sie wollen Zeit gewinnen — wofür? Merken sie nicht, daß die Zeit für die Reaktion arbeitet, daß die äußerste Rechte sich formiert?

Sie formiert sich, um nach Kassel zu kommen. Aufgerufen hat dazu die „Nationalzeitung“, die jene ungeheuerliche Strafanzeige gegen Ministerpräsident Stoph erstattete, um das Gespräch zu torpedieren. Kassel muß aber ein Erfolg werden. Kassel muß weg von der CDU/CSU-Politik führen, hin zu einer Politik, die Frieden und Entspannung dient. Das muß jetzt zigtausendfach dem Bundeskanzler gesagt werden: Erkennen Sie die DDR völkerrechtlich an! Schlagen Sie so Strauß und Thadden! Lassen Sie diesen Kräften keine Zeit mehr!

Hans Jörg Hennecke

Wer soll das bezahlen?

„Man hat die Bürger der DDR um mehr als 100 Milliarden Mark „erleichtert“. Das erklärte DDR-Ministerpräsident Stoph Bundeskanzler Brandt beim Gespräch in Erfurt. 100 Milliarden, die der DDR durch den „Kalten Krieg“ verloren gingen, durch Diebstahl bei offener Grenze, durch Ausbildung von Fachkräften, die dann abgeworben wurden usw.

Wer soll die Zeche zahlen? Demagogisch stellen die Mächtigen dieses Landes die Dinge so, als müsse nun der kleine Mann einige Hunderte berappen.

Wir stellen die Frage anders: Was hat der arbeitenden Bevölkerung eigentlich der Kalte Krieg gegen die DDR eingebracht? Wer hat den Nutzen davon gehabt, daß 300 Milliarden (pro Kopf der Bevölkerung 5000 DM oder ein nagelneuer VW) in der Rüstung verpulvert wurden, daß der lebensgefährliche Versuch unternommen wurde, den Sozialismus in Deutschland zurückzurollen?

Natürlich die Konzerne! Keine Frage also, wer die Zeche zu zahlen hat.

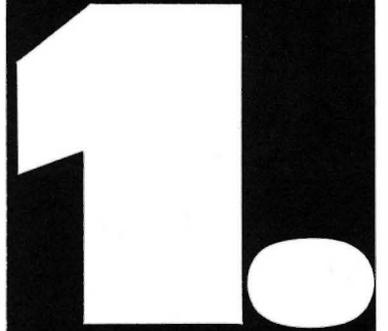
An sie richtet sich die Forderung der ÖTV-Jugend Bochum: Bezahlung aller Schulden der BRD an die DDR!



Mit diesem Wegweiser in Alsfeld (Oberhessen) zeigen die Revanchisten die Richtung, in die ihre Gelüste gehen. Ihre geheime Sehnsucht strebt nicht nur nach Gebieten in der DDR, der CSSR und Polen, sondern sie geht viel weiter, nach „Ostfinland, Estland, Lettland, Litauen, Ostkarpaten und Ost-rumänien“, wie es die „Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer“ fordert. Weder die sozialdemokratisch geführte Regierung in Bonn, noch die in Hessen haben einschneidende Schritte gegen solche Denkmäler der Revanche unternommen. Der Alleinvertretungsanspruch, den auch die neue Regierung erhebt, zeigt sich z.B. im Staatsbürgerschaftsgesetz vom 22.2.55, im Paßgesetz vom 24.5.56 und im Umsatzsteuergesetz vom 27.5.67, die heute noch gelten und ausdrücklich Gesetzeshoheit über das Staatsgebiet der DDR und auf polnische und sowjetische Gebiete beanspruchen.

und Fortschritt würden gewährleistet sein. Mindestens 450 DM soll jeder Bundesbürger, vom Säugling bis zum Greis, in diesem Jahr für die Rüstung aufbringen. Im Bundeshaushalt werden für 1970 nämlich 26 685 Mio DM für Rüstungszwecke aller Art gefordert. Was könnte mit diesem Geld alles gemacht werden: Höhere Löhne, bessere Bildung, Schulen, Lehrwerkstätten, niedrige Mieten und und und . . . Und schließlich: Wir brauchen nicht mehr so lange zur Bundeswehr. Gute Beziehungen zur Jugend

der DDR und ihren Organisationen (Gewerkschaften und FDJ) könnten hergestellt und Besuchsreisen der Bewohner beider Staaten geregelt werden. Und wir könnten von der DDR lernen, wie man ein hervorragendes Bildungssystem aufbaut, politische und soziale Rechte für die Jugend verwirklicht und auch wie man ohne Kapitalisten seinen Staat gestalten kann. „Das alles haben wir davon“, sage ich deshalb zu der Frage meiner Kollegen. Und ich fordere sie auf, etwas dafür zu tun: Schreibt an Willy Brandt: Die DDR wird anerkannt!



Wir sind nicht objektiv

Weil wir konsequent die Interessen der Arbeiter vertreten, stehen wir nicht über den Dingen. Idealistische Elfenbeintürme lehnen wir ab, wer dort sitzt hat eine gute Aussicht, allerdings nicht auf die Realität. Wir sitzen nicht am grünen Tisch, sondern haben uns schon entschieden: Für die Arbeiter — Mit den Arbeitern.



Ich möchte feststellen, wie Sie die Interessen der Arbeiter vertreten

und bestelle UZ für 4 Wochen zur Probe

Name

Adresse

Unterschrift

Dr. Wenzel-Verlag GmbH, 41 Duisburg-Beeck Pothmannstraße 12, Tel. (021 31) 44 40 12

Auf nach Kassel!

In Kassel soll das Gespräch der beiden deutschen Regierungschefs fortgesetzt werden. Wenn auch dieses Gespräch an sich bereits einen Fortschritt darstellt, so ergibt sich doch die Frage, wie die Spannungen zwischen beiden deutschen Staaten dauerhaft abzubauen und das geregelte Nebeneinander zweier souveräner Staaten zu gewährleisten sind. Was ist Ihre Meinung zu der Auffassung, daß in diesem Sinne die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung erfolgen sollte?

Diese Frage haben wir einhundert Funktionären der verschiedenen Jugendverbände vorgelegt. 20 Antworten gingen bei uns ein. Das Ergebnis ergab 17:3 für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Wir werden das Ergebnis unserer Umfrage in Kassel den Regierungschefs beider deutscher Staaten übergeben. Gleich uns werden sicher viele Organisationen und einzelne Bürger Ihre Meinung in Kassel den Verhandlungsführern mitteilen — per Brief, Telegramm, aber auch indem sie Delegationen entsenden. Wer am 21. Mai in Kassel nicht dabei sein kann, dem können wir helfen. Wir nehmen Eure Unterschrift mit nach Kassel! Schreibt uns!

An Redaktion
 „Anerkennungszeitung“
 (elan)
 46 Dortmund Brüderweg 16
 Bitte Herrn Bundeskanzler Willy Brandt in Kassel unsere Forderung zu übergeben:
SICHERN SIE FRIEDEN UND VERSTÄNDIGUNG IM INTERESSE DER MENSCHEN IN BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN! ERKENNEN SIE DIE DDR VÖLKERRECHTLICH AN!

Naturfreundejugend

Monique Broquard, Landesjugendleiterin der Naturfreundejugend Saarland; Seit über 20 Jahren gibt es auf dem Gebiet des ehemaligen „Deutschen Reiches“ zwei deutsche Staaten. Seit dieser Zeit rollt eine große Hetz- und Lügenwelle durch den Blätterwald der westdeutschen Presse. Diese, von Konrad Adenauer angeführte Kampagne, wurde von allen CDU-Regierungen fortgeführt. Wir betrachten die Gespräche zwischen Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Stoph als einen Anfang. Da wir schon immer die völkerrechtliche Anerkennung der DDR als Voraussetzung für gleichberechtigte Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten ansahen, stimmen wir in den Slogan ein: Wir fordern von Kanzler Brandt, die DDR wird anerkannt!

JÜRGEN LAIMER, Landesjugendleiter der Naturfreundejugend Rheinland: Die Anerkennung ist die selbstverständliche Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen überhaupt. Die Anerkennung ist also längst überfällig und alle Schritte, die unterhalb der Schwelle der völkerrechtlichen Anerkennung liegen, bedeuten eine Diskriminierung der DDR und werden zu keinerlei Entspannung führen. So gesehen, beurteile ich das neue Treffen in Kassel und die Tatsache, daß überhaupt Gespräche angefangen haben, als positiv. Andererseits bin ich auch sehr skeptisch, weil ich nicht sehe, daß die Bundesregierung bereit ist, sich gegenüber der CDU/CSU-Politik der vergangenen Jahre abzugrenzen. Die Abgrenzung kann nur darin bestehen, daß die Anerkennung erfolgt. In der CDU/CSU zeigt gerade die Frage der Ostpolitik, daß in ihr immer mehr die faschistischen Tendenzen durchbrechen, wie es auf dem CSU-Parteitag der Fall war, dessen Reden sich ja in keiner Weise von denen der NPD unterscheiden haben.

KURT SPRENGER, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Deutschlands: Ich begrüße die Fortsetzung des Erfurter Gesprächs von Bundeskanzler Brandt mit Ministerpräsident Stoph. In diesen Begegnungen sehe ich erste Schritte, insbesondere in der BRD künstlich gepflegte Illusionen über die Realitäten in Deutschland und Europa abzubauen. Realitäten müssen nicht nur erkannt, sondern anerkannt werden. Dies gilt vor allem für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze. Dialoge wie die gegenwärtigen sind Demonstrationen. Baldige Vereinbarungen, die unter anderem auch die Begegnung der Jugendlichen beider Staaten, den Austausch von Gruppen, gemeinsame Diskussionen erleichtern, sind wichtiger. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die jungen Bürger der DDR nicht an der Aufforderung zu Diskussionen interessiert sind, zu denen Verbände und Jugendringe die FDJ eingeladen haben. Die Spitzengespräche sollten bald eine Basis erhalten.

Gewerkschaftsjugend

KLAUS STENZEL, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft Holz und Kunststoff: Ich hoffe, daß Kassel mit dazu beitragen wird, die Gespräche auf der Ebene der beiden deutschen Staaten nun voranzubringen. Ich glaube nicht, daß das schon das letzte Gespräch sein wird, sondern daß noch viele Gespräche geführt werden müssen, um überhaupt zu greifbaren Ergebnissen zu gelangen. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR wird auf die Dauer nicht zu umgehen sein, denn man kann, wenn man zueinander finden will, eben nur davon ausgehen, daß man unter gleichberechtigten Partnern diskutieren kann.

wird die Anerkennung eine der Voraussetzungen sein, um überhaupt zu brauchbaren Ergebnissen zu gelangen.

KARL-HEINZ GOEBEL, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft Textil — Bekleidung: Meine Haltung ist insofern klar, daß ich für die Anerkennung bin. Nur meine ich, sollte im Augenblick das nicht allzu hoch gespielt werden, da wir jetzt im Augenblick die Chance haben, zu Gesprächen zu kommen. Denn mit der Anerkennung allein ist die Sache ja nicht getan. Ich kann die Anerkennung nicht im luftleeren Raum sehen. In einer Zeit wo sich überhaupt nichts getan hat, da konnte man sagen, erkennt endlich die Realität an, damit sich überhaupt wieder etwas in Bewegung setzt. Und wenn ich jetzt sehe, daß sich etwas in Bewegung gesetzt hat, dann ist es nicht die Frage der Anerkennung allein und ich setze also Hoffnungen auf die Gespräche. Hoffentlich kommt Kassel noch zustande. Wenn man mal ganz ehrlich ist: das Image von Willi Stoph ist durch Erfurt in der Bundesrepublik bedeutend aufpoliert worden. Da darf man also nicht dran vorbeigehen. Und ich würde persönlich sagen, wenn man sich jetzt konzentriert auf die Anerkennung und alles andere mit Scheuklappen vor dem Kopf nicht mehr sieht, dann ist das unrealistisch. Im Grundsatz stehe ich zu meiner Auffassung: Anerkennung, aber nicht jetzt um jeden Preis Anerkennung und hinterher nichts mehr. Die Gespräche im Augenblick sind mir wesentlich mehr wert, als daß man jetzt deklamatorisch sagt, Anerkennung ja oder nein. Das ist meine Auffassung, wobei natürlich die Grundhaltung klar ist.

HORST KRÜGER, Bundesjugendsekretär der Deutschen Postgewerkschaft: Ich bin mit euch der Meinung, daß der Beginn der Gespräche zwischen den Regierungschefs der beiden deutschen Staaten sehr zu begrüßen ist. Zur Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR kann ich nicht einfach pauschal sagen, ich bin dafür. Ich bin kein Völkerrechtsexperte und kann daher nicht übersehen, welche Konsequenzen sich aus einer völkerrechtlichen Anerkennung ergeben. Daß die DDR ein anerkannter Staat ist, dürfte zweifelhaft sein. Die Frage der völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung muß daher von der Bundesregierung ernsthaft geprüft, doch bald entschieden werden. Wenn ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden deutschen Staaten, die Erleichterung menschlicher Beziehungen, ein freier Reiseverkehr, die Wiederaufnahme des Fernverkehrs und vieles andere mehr durch eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR erreicht werden kann, sollte man diesen Schritt bald tun.

FRED LINK, Landesbezirksjugendsekretär des DGB Rheinland-Pfalz:

Die Gewerkschaftsjugend fordert seit vielen Jahren die Anerkennung der DDR, weil damit der Weg frei gemacht wird, damit es zu einem Gespräch der beiden deutschen Staaten kommen kann. Ich finde, daß es an der Zeit ist, zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik darüber zu sprechen, wie man künftig die anstehenden Probleme lösen will. Ich halte eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR für eine politisch notwendige Entscheidung.

LOTHAR ROTHENSTEIN, Landesbezirksjugendsekretär der IG Chemie, Papier, Keramik Hessen:

Ich begrüße die Initiativen der neuen Bundesregierung, die zu Gesprächen mit der DDR-Regierung geführt haben. Ich meine allerdings, daß diese Kontakte nicht auf halbem Wege stehen bleiben sollten, sondern daß man sich zu der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR bekennen sollte. Und zwar weil sich die Realitäten, die durch den von Deutschland ausgelösten zweiten Weltkrieg entstanden sind, nicht mehr verändern lassen. Eine zwangsläufige Notwendigkeit ist deshalb die völkerrechtliche Anerkennung zu vollziehen. Damit würde auch zu einem besseren Verständnis der Bevölkerung von beiden deutschen Staaten beigetragen und es würde zu besseren Beziehungen kommen, die dadurch der Sicherung des Friedens in Europa dienen würden.

DIETER WIAREK, Landesbezirksjugendsekretär des DGB Niedersachsen:

Mit der Bundesrepublik und der DDR bestehen faktisch zwei deutsche Staaten. In beiden Staaten haben sich unterschiedliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen entwickelt. Das Kasseler Gespräch am 21. 5. 1970 sollte ein erster Schritt sein, die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu normalisieren und den Prozeß der Annäherung einzuleiten. Solange dieses Ziel nicht erreichbar ist, muß im Zeichen der friedlichen Koexistenz der Fortbestand unterschiedlicher politischer Ordnungen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR akzeptiert werden. Im einzelnen muß ich, daß für zukünftige Gespräche beider Partner folgende Voraussetzungen berücksichtigt werden müssen: 1. Aufgabe des jeweils erhobenen Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik Deutschland und der DDR; 2. Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR; 3. Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze; 4. Austausch von Gewaltverzichtserklärungen beider deutscher Staaten.



(Name und Anschrift)

(Unterschrift)

UWE TEMME, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten:

Ich persönlich halte eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR von seiten der Bundesrepublik Deutschland für unausweichlich. Je eher dieser Schritt vollzogen wird, desto günstiger werden die Gespräche der Regierungschefs verlaufen. Die DDR ihrerseits aber müßte verbindlich erklären, daß sie den Status Berlin anerkennt und den freien Zugang von und nach Berlin garantiert. Ich bin sicher, daß unter diesen Voraussetzungen die Mehrheit unserer Bevölkerung diesen Schritt auch politisch akzeptiert. Damit wäre die Grundlage für ein friedliches Nebeneinander gegeben und wir haben dadurch einen Beitrag zu den künftigen innerdeutschen Beziehungen geleistet.

JÜRGEN WALTER, Landesbezirksjugendsekretär des DGB, Baden-Württemberg:

Ich sehe erst einen Wandel in der Ostpolitik der Bundesregierung, wenn sie die DDR völkerrechtlich anerkennt. Was anderes käme für mich nicht in Frage. Alles andere wäre sowieso bloß Rumreden. Es ist sicherlich ein Fortschritt, wenn jetzt schon endlich mal persönlich miteinander gesprochen wird, das ist klar. Nur meine ich, sollten natürlich diese Gespräche dazu führen, daß die Bundesregierung die DDR völkerrechtlich anerkennt. Aber ich glaube nicht, daß das noch in dieser Legislaturperiode geschehen wird, dazu ist z. B. die CSU noch zu stark.

Jungsozialisten in der SPD

BERNHARD MÜLLER, Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD, Rheinland/Hessen-Nassau:

Wir sind der Meinung, daß eine gegenseitige Anerkennung beider deutscher Staaten als gleichberechtigte souveräne Staaten deutscher Nation keineswegs den Ausverkauf unserer Interessen bedeuten würde, noch die Teilung Deutschlands endgültig besiegeln würde, sondern erst die Möglichkeiten eröffnet, mit freiem Blick für die Zukunft zu arbeiten. Gegenwärtige Verhandlungen, die sehr zu begrüßen sind und als ein kleiner Erfolg der Bemühungen der neuen Regierung Brandt gelten können, können also das Feld klären helfen und an deren Ende könnte durchaus ein völkerrechtlich gültiger Vertrag zwischen beiden Teilen Deutschlands stehen, auf dessen Grundlage alle Fragen der Zukunft zu klären sind. Ein solcher Vertrag müßte unserer Meinung nach den Verzicht des praktizierten Alleinvertragsanspruchs beinhalten, der Status von Berlin könnte gemäß den Beschlüssen des letzten Bundeskongresses der JuSo geregelt werden.

Deutsche Jungdemokraten

Aus einer Erklärung des Bundesvorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten, **WOLFGANG LÖDER**:

Die Deutschen Jungdemokraten glauben nicht, daß die Einwände derjenigen, die mit einer Anti-Anerkennungs-Hysterie den innerdeutschen Ausgleich verhindern wollen, die Entscheidung der Bundesregierung beeinflussen können. Zum Inhalt eines Meinungsaustausches gehört zunächst die Feststellung der Gemeinsamkeiten, über die nicht verhandelt werden muß sowie die Aufstellung einer Prioritätenliste weiterer Verhandlungsgegenstände wie Sicherung des Status von Westberlin, Gewaltverzicht und Verbesserung der menschlichen Beziehungen. Kein Verhandlungsgegenstand mehr kann die volle Gleichberechtigung der DDR mit der Bundesrepublik sein. Die totale



Aufgabe des Alleinvertragsanspruchs der Bundesrepublik und die Respektierung des völkerrechtlichen Selbstvertragsrechts der DDR ist vielmehr Voraussetzung aller Verhandlungen.

RAINER FERNIS, Landesvorsitzender der DJD Rheinland-Pfalz:

Es ist ein alter Hund, daß die DJD der Auffassung sind, daß die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland zu erfolgen hat. Diese Auffassung der DJD dürfte sich inzwischen zumindest in politisch informierten Kreisen, herumgesprochen haben, weshalb ich ihre Frage nicht begreife.

Evangelische Jugend

GERHARD WEBER, Generalsekretär des CVJM Hamburg, Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes:

Das bevorstehende Gespräch in Kassel zwischen Willy Brandt und Willi Stoph wird — allen „Kalten Kriegern“ zum Trotz — ein Schritt nach vorn auf dem Weg zu normalen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sein. Insofern ist für viele Menschen in unserem Land die durch die neue Bundesregierung begonnene Gesprächsserie mit der DDR ein hoffnungsvolles Zeichen. Es gibt nun einmal zwei deutsche Staaten, und deshalb gehört zu normalen Beziehungen auch die gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung. Die Bundesregierung muß diesen Schritt vollziehen, und sie darf wissen, daß weite Kreise der jungen Generation diesen Schritt von ihr erwarten. Zu normalen Beziehungen gehören aber auch Kontakte und Begegnungen nicht nur auf höchster Ebene, sondern in allen Bereichen unseres Lebens. Die Jugendverbände unseres Landes sind bereit zum sachlichen Dialog mit der Jugend der DDR. Es liegt an der FDJ, ihrerseits auf die Gesprächsangebote einzugehen.

HERBERT GLOSSNER, Pfarrer, Chefredakteur der „Jungen Stimme“:

Wenn man dann das Wort „völkerrechtlich“ unter die Lupe nimmt, dann meine ich, daß es darauf im Augenblick nicht so sehr ankommt und daß man sich beim gegenwärtigen Stand der Beziehungen nicht auf dieses Ad-

jektiv spezialisieren oder versteifen sollte. Ich meine, man sollte von den Realitäten ausgehen, eine immer wieder erhobene Forderung sowohl von der DDR als auch in unserem Bereich mit verschiedenem Verständnis. Aber ich meine, Realität ist ja auch das Völkerrecht und Realität sind eine Reihe von Verträgen, die die Bundesrepublik mit Westmächten und die DDR mit der Sowjetunion und anderen Staaten Osteuropas abgeschlossen hat und Realität sind auch verschiedene Präambeln in den verschiedenen Verfassungen sowohl der DDR als auch des Grundgesetzes bei uns, so daß ich meine, mit „völkerrechtlich“ würde man sich zunächst in ein derartiges Gestrüpp begeben, wo man eine Reihe von anderen ebenfalls völkerrechtlich relevanten Formen erstmal untersuchen müßte auf ihre Verbindlichkeit, so daß ich es für vernünftiger halte, im Moment die Vokabel „völkerrechtlich“ etwas herunterzuspielen.

Sozialistische Deutsche Arbeiter-Jugend

ROLF-JÜRGEN PRIEMER, Bundesvorsitzender der SDAJ:

Der klassenbewußte junge Arbeiter, der für die Beseitigung des von den Großkapitalisten beherrschten Systems eintritt, ist stolz auf jedes Land, in dem der Imperialismus überwunden ist. Im Falle der DDR sind wir das umso mehr, als es sich da um einen deutschen Staat handelt, in dem die Ursachen von Kriegen und Krisen radikal beseitigt wurden. Nazismus und Militarismus wurden dort ausgerottet. Die Arbeiterjugend braucht Demokratie im Lande und friedliche Beziehungen zu allen Nachbarn. Ohne die Herstellung gleichberechtigter, friedlicher und völkerrechtlicher, garantierter Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR ist der Frieden in Gefahr. Daher sollten auch alle demokratischen Jugendverbände der Bundesrepublik ihr Verhältnis zur DDR in Ordnung bringen und für die völkerrechtliche Anerkennung dieses zweiten deutschen Staates eintreten. Dadurch ließen sich auch gute Beziehungen zur FDJ der DDR realisieren. Anders geht es nicht.

Katholische Jugend

ARNO BAST, Chefredakteur des CAJ-Organ „aktion“:

Schon wenige Tage nach dem historisch zweifelsohne bedeutsamen Treffen in Erfurt wurde bekannt, daß einige Zonenbewohner inhaftiert wurden, weil sie den Mund zu weit aufzutun gewagt hatten. Dem Bonner Außenamt sind die Namen bekannt. Zwei Tage nach dem Gespräch Brandt — Stoph schossen DDR-Grenzwächter befehlsgemäß an Berlins Mauer auf Flüchtlinge. Ich meine, all die Gespräche um Anerkennung oder Nichtanerkennung bleiben leeres Gerede, wenn sie den Menschen drüben nicht ein Mehr an Freiheit und Selbstbestimmung bringen. Es muß Politikern hier wie drüben vornehmlich um Erleichterung und Hilfe für die Menschen gehen.

Anerkennung oder Nichtanerkennung haben vor allem instrumentalen Charakter. Anerkennung, die die eingangs genannten Tatsachen nicht für alle Zeiten verhindert, die den Menschen drüben nicht dient, ihnen keine Erleichterung bringt, ist kein Schritt vorwärts. Nichtanerkennung, die durch nichts anderes begründet ist, als durch die Hoffnung auf ein Wunder, ist die Provokation steriler Passivität. Es wird bei allen weiteren Gesprächen darauf ankommen, daß beide Teile Deutschlands einen Beitrag zu einer Politik leisten, in der sich Ost und West in einem Wettbewerb um die bessere Lösung aufeinander zubewegen.

Gewerkschaftsjugend

HELMUT ILLNER, Kamen, Betriebsjugendvertreter:

Es ist gut, daß Brandt und Stoph sich getroffen haben und sich auch wieder treffen werden. Es ist aber schlecht, wenn Brandt auf halbem Wege stehen bleibt. Erforderlich sind nicht nur Gespräche, sondern erforderlich ist, daß man als Voraussetzung für alles weitere den anderen als gleichberechtigt anerkennt. Das kann nur durch die gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung der BRD und der DDR geschehen. Die DDR ist dazu bereit, ihre Angebote liegen seit langem auf dem Tisch und werden auch in Kassel wieder zur Debatte stehen. Und die Bundesrepublik? Die Reaktionen aller Schattierungen trommeln nicht nur gegen die Anerkennung, sondern überhaupt gegen alle Gespräche. Der Herausgeber der National-Zeitung, Frey, besitz sogar die unglaubliche Frechheit, aufzurufen, Willi Stoph in Kassel zu verhaften. Die Springerpresse setzt eine Lüge nach der anderen in die Welt, um das zweite Treffen in Kassel zu gefährden. Eine Lüge war die Behauptung, nach dem Erfurter Treffen seien Menschen verhaftet worden, ja, es gäbe sogar ganze „Verhaftungslisten“. Inzwischen ist diese Ente geplatzt. Aber weiterhin wird behauptet, Erfurt sei für Touristen gesperrt. Nun gut, ich fahre mit einigen hundert anderen Jugendlichen aus der BRD zu Pfingsten zum AJK in das „gesperrte“ Erfurt.

BERND-UWE GEUKE, Jugendsprecher, Wanne-Eickel: In letzter Zeit drängt sich immer mehr die Frage nach der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR auf. Die Neinsager wollen nicht auf die ehemaligen Gebiete des Deutschen Reiches verzichten und die DDR „heimholen“. Durch solche eine Politik versuchen diese Leute, die Meinung der Mehrheit der Bundesbürger, die für die Verständigung mit der DDR sind, zu umgehen. Die Menschen, die für die Anerkennung der Realitäten sind, wollen mit den Menschen drüben weiterhin friedlich zusammenleben. Und der Frieden ist erst dann gewährleistet, wenn Grenzen nicht mehr in Frage gestellt werden, wenn die DDR endlich völkerrechtlich anerkannt wird.

JÜRGEN KÜSTER, Betriebsrat, Velbert:

Oftmals fragen mich Arbeitskollegen: „Warum denn unbedingt die völkerrechtliche Anerkennung der DDR? Ich bin ja auch dafür, daß sich beide Regierungen an einen Tisch setzen und miteinander verhandeln. Aber was habe ich von einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR?“

Brandt hat zwar über vieles in Erfurt gesprochen und hat auch einen Nichtangriffspakt angeboten. Aber der Frage nach der völkerrechtlichen Anerkennung ging er geschickt aus dem Wege. Warum wohl?

Ich meine, ein Nichtangriffspakt ist solange wertlos, wie man nicht die Realitäten anerkennt. Und das ist die Grenze, die das Ergebnis von 12 Jahren Hitlerfaschismus ist — und die jetzt Deutschland spaltet.

Eben nur eine völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen sichert den Frieden in Europa! Das bringt auch allen Arbeitnehmern Vorteile! Nämlich dann wäre der erste Schritt zur Abrüstung getan. Die wahnwitzige Aufrüstung im Rahmen des NATO-Paktes kostet die Steuerzahler — sprich Arbeitnehmer — in der Bundesrepublik zur Zeit jährlich 21 Milliarden DM.

Dieses Geld könnte besser zum Wohle der Arbeitnehmer verwendet werden, zum Beispiel dafür, daß statt fünf Prozent wie bis jetzt, mehr Arbeiterkinder an den Universitäten studieren können. Das hätten die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik von einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR!

Die Funktionsangaben dienen lediglich der Information. Alle Stellungnahmen sind persönliche Meinungsäußerungen.

Nicht nachlassen!

VERTRAG

über die Aufnahme
gleichberechtigter Beziehungen zwischen
der Deutschen Demokratischen Republik
und der Bundesrepublik Deutschland

[Signature]
(Vorsitzender des Staatsrates)

[Signature]
(Bundespräsident)

[Signature]
(Vorsitzender des Ministerrates)

[Signature]
(Bundeskanzler)

**Halte Verbindung nach drüben
öfter mal unterschreiben**

Magazin

Flamme überm Schultor

Mit Billy Graham gegen Sex und Unmoral

Von Ulrich Sander

Billy was here. Und zehntausende lockte er an. Selbst Durbridge konnte ihm nicht die Schau stehlen. Die Dortmunder Westfalenhalle war gefüllt, als Billy Graham, der Welt größter Massenprediger und Topstar in der kirchlichen Hitparade, sein gewaltiges Wort an die Gläubigen, die Neugierigen, die Schaulustigen richtete. Und wenn er über eines seiner liebsten Themen sprach: Jugend, Sex und Bibel“.

Billy Graham ist gegen die Lust in und an der Liebe: „Tausende junger Menschen meinen zu lieben, wenn sie tatsächlich nur von einer körperlichen Anziehungskraft fort-

gerissen werden.“ Und er kennt den Grund für seelische Verwirrung, Unsicherheit und Angst der Teenager. Die „Unmoral“ ist es, die die Schuldgefühle junger Menschen auflöst und die Wartezimmer der Psychiater voll werden läßt. Nun wissen wir bescheid.

Sex und Lust sind babä. Billy hat es gesagt. Nun, meine ich, er verwechselt Ursprung und Wirkung in seinen Schlußfolgerungen. Denn nicht das, was er „Unmoral“ nennt, löst die Unsicherheit junger Menschen aus, sondern die Drohungen und die Hetze von Leuten seines Schlages gegen die unmoralische Jugend treibt junge Menschen zu Angst und Selbstvorwürfen, nimmt ihnen den freien Atem.

Billy ist Methode und System. Er weiß zu berichten: „Unmoral zerstört ein Volk. Gott will mit seinem Gebot die Gesellschaft schützen.“ Wohl gemerkt, Unmoral steht hier stets für Geschlechtsverkehr und Beschäftigung mit demselben. Unmoral findet nach Graham nur zwischen Bauchnabel und Knien statt. Nicht zwischen Staaten, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Deshalb kommt er auch nicht auf die Idee, daß der Krieg in Vietnam unmoralisch sein könnte, weil er die Völker zerstört —

das vietnamesische physisch und das amerikanische geistig. Wer Graham soweit gefolgt ist, denkt bei seinen nächsten Worten: Nun kommt es, nun wird er endlich vernünftig. Er stellt nämlich fest: „Über dem Tor jeder Fabrik, jeder Schule, jedes Büros und jeder anderen Stätte, die von jungen Menschen aufgesucht wird, sollte in Flammenschrift geschrieben stehen: „Du sollst nicht unmoralisch handeln.“ Geht's nun gegen die miese Lehrlingsausbildung, gegen die Ausnutzung der Lehrlinge als billige Arbeitskräfte, gegen autoritäre Lehrer und unfreundliche Kollegen und schikanöse Ausbilder? Denkste! Diese Art von Unmoral ist bei Graham erlaubt. Er hat nur etwas gegen „schmutzige Phantasie“, „pornographische Schriften“, „obzöne Darbietungen“.

Ein junges Mädchen, das sich von Graham bekehren ließ, schrieb ihm: „Von nun an werde ich mich kleiden, als wäre Jesus mein Begleiter.“

Billy vermerkt diesen Brief in seinen Reden und Schriften mit Stolz: „Ich glaube, daß ein junges Mädchen, das Jesus im Herzen trägt, übernatürliche Kräfte gewinnt, um Nein sagen zu können.“

Nun, ich frage mich: Was ist, wenn sich das Mädchen wirklich wie zu Jesus Zeiten kleidet und sich dementsprechend einen Hippie anlacht und gar nicht Nein sagt?

Solche trivialen Zweifel sind selbstverständlich für Billy Grahams „Euro 70 — die größte Evangelisation seit Menschengedenken“, bei der sich jeden Abend hunderte als „bekehrte“ zu erkennen geben, schlimmes Teufelswerk. Kritik und Zweifel sind Todsünden, wenn Graham gegen die Angst predigt und an ihre Stelle — die Angst setzt. Als der Bonner Student Werner Tannen sich erlaubte, auf den Widerspruch zwischen dem hohen finanziellen Aufwand der Graham-Schau und dem Hunger in der Dritten Welt hinzuweisen, hatte Pastor Werner Brauer vom Organisationskomitee der Euro 70 die Antwort parat: „Vom Teufel geschickt.“ ■

„Ich heiße Erwin“

Erika Runge drehte den Film des bundesdeutschen Lehrlings

Von Arno Rather

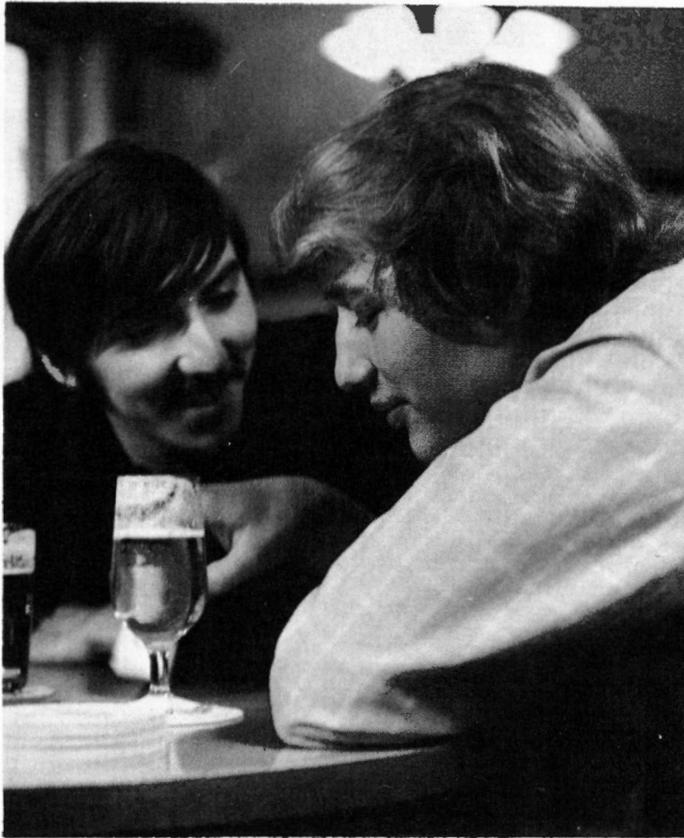


Am 19. Mai, um 21 Uhr, im 1. Programm des Fernsehens: eine Uraufführung, die keine Parallele hat! Gesendet wird: „Ich heiße Erwin und bin 17 Jahre“, von Dr. Erika Runge (bekannt durch „Warum ist Frau B. glücklich“ und „Frauen in der Bundesrepublik“). Erika Runge hat den Film des westdeutschen Lehrlings gemacht. Hauptdarsteller ist der 17jährige Erwin Walther, Lehrling wie auch seine mitwirkenden Freunde und Freundinnen. Der Hauptdarsteller zu Beginn des Films: „Ich heiße Erwin, bin 17 Jahre alt. Ich spiele einen Kfz-Lehrling, in Wirklichkeit bin ich Lehrling auf der Hütte. In dem Film hab ich ein paar Probleme mit meinen Eltern, in Wirklichkeit hab ich keine Eltern, ich lebe im Jugendwohnheim. Aber wenn ich mir was wünschen dürfte, dann würd ich mir 'n Auto wünschen und daß ich

GRAHAM EURO '70
mit Fernsehübertragung nach weiteren 34 europäischen Städten
Sonntag bis Sonntag
5. bis 12. April 1970
20 Uhr - Einlaß ab 19 Uhr
Westfalenhalle Dortmund
Eintritt frei

HALLENHANDBALL
Europapokal der Landesmeister
VfL Gummersbach
Steaua Bukarest
Dienstag, 14. April 1970
Hauptstadion 18.30 Uhr
Westfalenhalle Dortmund

Ka Got zu Gast



vielleicht wieder in die Schule gehen könnte und weiter lernen. Ich möchte mal Ingenieur werden, wenn ich's schaffe.“ Erwins „Vater“ ist Schlosser, früher war er Bergarbeiter. Er ist ein Vater wie viele („Der Arbeitgeber bestimmt, daß du jeden Morgen zur Arbeit gehen mußt — um zu leben. Wir müssen das alle.“) Mit seiner autoritären Losung vom „nur-das-Beste-für-Euch“-ollen“ macht er seiner Familie das Leben schwer.

Der Film wurde in Dortmund gedreht. In Lehrwerkstätten, Diskotheken und Kneipen hat Erika Runge ihre Darsteller zusammengesucht, dort hat sie gefilmt und recherchiert. Warum hat sie diesen Film gedreht? Erika Runge: „Mehr als die Hälfte unserer Bevölkerung sind Arbeiter, und sie werden im Fernsehspiel nur wenig zur Kenntnis genommen. Mir ging es darum, die Probleme eines Arbeiterkindes zu zeigen, das wieder Arbeiter wird, und zwar die Probleme eines ganz bestimmten Typs.“ Erwin hat nicht nur Probleme mit seinen Eltern. Die meisten Schwierigkeiten bereiten ihm die lieben Kollegen Gesellen, die ihrerseits vom Meister angetrieben werden, der vom Besitzer des Betriebes un-

ter Dampf gehalten wird. Probleme hat Erwin mit seiner Freundin Iris. („Mit 21, 22 möchte ich sowieso heiraten“), die ihn nicht mehr versteht, als er beginnt, seine Umwelt zu verstehen. Mit ihm machen Theo, der „ne 100prozentig sozialistische Gesellschaft“ will und Bernd, der die Flugblätter formuliert, die Expedition, die zu ihnen selbst führt: zu bewußt werdenden jungen Arbeitern.

Bis dahin ist es ein langer Weg, den die nicht-professionellen Arbeiterschspieler nicht nur für das Fernsehen, sondern auch für sich selbst gehen. Erika Runge: „Sie alle haben wesentlich an der endgültigen Fassung des Films mitgearbeitet, ja ohne ihre Argumente, Lebenserfahrungen, Selbstdarstellungen und Überlegungen hätte der Film gar nicht entstehen können.“

Ein festes Drehbuch und Proben gab es nicht. Vor jeder Szene schilderte Erika Runge den Mitspielern die Situation. Dann begann die Diskussion und die Aufnahme. Es waren „Probleme, die zu jeder Zeit und zu jeder Stunde auf jeden zukommen können“, sagte der Schlosser (Vater).

Am 19. Mai ist Premiere. Nicht versäumen! ■

Schule der Erfinder

Eine einzigartige Einrichtung für junge Forscher in Polen

Von Hans Joachim Orth

In der polnischen Hauptstadt Warschau existiert jetzt seit zwei Jahren eine Einrichtung, die in der Welt einzigartig ist — ein Patentbüro für Jugendliche.

Mit der Gründung dieser Institution, die auch die „Schule der Erfinder“ genannt wird, ist man in der Volksrepublik Polen dem Wunsch vieler junger Menschen nachgekommen, die sich zum Erfinder berufen fühlen und aufgrund ihrer Phantasie — verbunden mit theoretischen und praktischen Kenntnissen — Projekte entwickeln.

Bei der neuen Institution, die den Hobby-Magazinen „Młody Technik“ (Junger Techniker) und „Horyzonty techniki dla dzieci“ (Horizonte der Technik für Kinder) zu verdanken ist, wurden inzwischen mehr als 300 Projekte als Erfindungen angemeldet, und das Erstaunliche ist, daß bereits 22 Schülern von Grund-, Berufs-, Fachschulen und Gymnasium Patente erteilt wurden.

Das Patentbüro für Jugendliche, das sich mit der Auswertung der technischen Ideen junger Menschen beschäftigt, basiert auf einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den Magazin-Redakteuren und Fachleuten.

Was von jungen Menschen in Polen erfunden wurde, ist beachtlich und setzte selbst die Fachleute in Erstaunen. Da hat z. B. Andrzej Kaczmarek aus Poznan — ein Junge, der lange Zeit hindurch Blinde beobachtete — ein Orientierungsgerät für Blinde entwickelt — ein Gerät, das einfach anzufertigen ist und jetzt auch im Ausland zum Patent angemeldet werden soll. Der junge Erfinder hatte es selbst vorher länger erprobt, indem er mit verbundenen Augen Spaziergänge in seiner Stadt unternahm und dabei seine Apparatur selbst testete. Jaroslaw Dobas aus Warschau entwickelte eine flache Bildröhre, die man „wie ein Bild an der

Wand aufhängen kann“, und Bildröhren-Fachleute des Herstellerwerkes in Inwiczna bei Warschau bestätigten stauend, daß die Konstruktion durchaus realisierbar ist.

An weiteren realisierbaren Vorschlägen seien noch erwähnt das Magnet-Luftkistenfahrzeug oder die „zerlegbare Luftschraube“.

Viele wertvolle und in der Praxis nutzbare Ideen werden mit der Verleihung von „Urheberzeugnissen“ belohnt.

Die „Schule der Erfinder“ fällt in Polen auf fruchtbaren Boden, da das Bildungssystem und auch die Jugendorganisationen mit dazu beitragen, sogenannte Erfindernöte zu überwinden. Materielle Barrieren gibt es keine mehr — auch nicht bei Arbeitern und Angestellten, da die neue polnische Erfinder-Gesetzgebung auch die Unternehmen dazu verpflichtet, bei der Unterstützung von Projekten mitzuwirken. Die polnische Ingenieurvereinigung NOT unterstützt jene Menschen, die nicht die entsprechenden Voraussetzungen an Wissen mitbringen, durch eigene Berater kostenlos. Ganz abgesehen davon, in Polen lohnt sich das Erfinden und auch verbessern, denn der persönliche Nutzen vermag — bei Patenten von volkswirtschaftlicher Bedeutung — bis zu einer Million Zloty betragen! ■

Auf den Spuren Lenins

Der große Revolutionär in Bayern

Von Wolfgang Bartels

„5. September 1900. Nürnberg. Sehr geehrter Genosse!

Wir werden uns also wahrscheinlich nicht treffen können: wir beabsichtigen weder nach Mainz noch nach Paris zu fahren, von hier fahren wir morgen fort.“

Diese Zeilen schrieb ein Mann, der sich verbergen mußte. Zu einer Zeit, als in Rußland die Sozialdemokratische Arbeiterpartei stärksten Verfolgungen ausgesetzt war, ging dieser Mann in die Emigration, um



Lenin-Gedenktafel in der Münchener Kaiserstraße

den Kampf der russischen Arbeiter und Bauern gegen den Zarismus vom Ausland her zu führen. Sein Name: Dr. Jourdanoff.

Im Jahr des hundertsten Geburtstags Lenins ist es klar, daß sich fortschrittliche Menschen in aller Welt bemühen, mehr über sein Leben zu erfahren. So auch die SDAJler in Nürnberg und München. Dabei stießen sie auf jenen Jourdanoff. Und siehe da: unter diesem Decknamen verbarg sich kein anderer als Lenin.

Einige Tage wohnte Lenin in Nürnberg beim Zigarren- und Schreibwarenhändler Phillip Roegner in der Neuen Gasse Nr. 44. Doch lange konnte er nicht bleiben. Er mußte weiter nach München. Die Adresse seines Freundes Roegner diente Lenin noch einige Zeit als Deckanschrift.

Den größten Teil seiner Münchener Zeit widmete Lenin der Herausgabe der „Iskra“ (= Funke), der ersten marxistischen Zeitung für Rußland. Die Bedingungen waren sehr schwer. Illegal mußte Lenin sich die Informationen aus Rußland verschaffen, illegal mußte die Zeitung hergestellt und illegal mußte sie nach Rußland geschafft werden.

In Leipzig wurden die ersten vier Nummern der „Iskra“ auf Zigarettenpapier gedruckt.

Auf allen möglichen Wegen gelangte sie dann nach Rußland: in Koffern mit doppeltem Boden, sie wurde illegal über die Grenze geschmuggelt und Matrosen nahmen sie mit in die russischen Häfen.

Doch die Entfernung zwischen München und Leipzig erschwerte die Herstellung, die vor der deutschen Polizei geheim gehalten werden mußte. Bald fand Lenin einen Drucker in München: den Sozialdemokraten Maximus Ernst, Senefelderstraße 4.

Am 20. 3. 1901 schrieb Lenin an seinen Mitkämpfer Axelrod: „Ich wohne immer noch am alten Ort, und man muß mir an die gleiche Adresse schreiben: Herrn Georg Rittmeyer, Kaiserstraße 53/o München. Innen: für Meyer.“ Sieben Monate wohnte er unter dem Pseudonym Meyer beim Gastwirt: Rittmeyer. Eine Gedenktafel an dem Haus, das heute die Nummer 46 trägt, erinnert daran.

Die Korrespondenz, die illegal aus Rußland kam, ging an den Münchner Arzt Dr. Lehmann in der Gabelsberger Straße 20a, der die Nachrichten an Lenin weiterleitete.

Nachdem Lenins Lebensgefährtin Nadeshda Konstantinowna Krupskaja unter einigen Schwierigkeiten nach München gekommen war, zogen beide bald zu einer Arbeiterfamilie. Mit den Namen „Dr. Jourdanoff“ und „Maritza“ meldeten sie sich polizeilich an. In dem kleinen Zimmer begann Wladimir Iljitsch an einer Broschüre zu arbeiten: „Was tun?“ Nachdem sie den 1. Mai zusammen mit den Münchner Arbeitern gefeiert hatten, zogen sie wieder um: in die Siegfriedstraße 14. Im dritten Stock des Hauses vollendete Uljanow im Februar seine Schrift „Was tun?“ Hier war es auch, wo Wladimir Iljitsch Uljanow den Namen wählte, unter dem ihn in diesem Jahr Millionen ehren: Lenin.

Warum er den Namen Lenin wählte? Das ist nicht ganz sicher, doch so kan es gewesen sein: einer sei er Genossen, Plechanow, zeichnete in der „Iskra“ mit dem Pseudonym Wolgin — nach dem großen russischen Strom Wolga. Lenin, der in der sibirischen Verbannung gelebt hatte, zeichnete seine Arbeiten nach dem sibirischen Strom Lena.

Als Lenin befürchtete, die Polizei käme der „Iskra“ auf die Spur, mußte die Redaktion nach London umziehen. Am 12. April 1902 verließen Leni und sei e Frau München. Fünfzehn Jahre dauerte es noch, bis das Motto der „Iskra“ in Rußland Wirklichkeit wurde: „Aus dem Funken wird die Flamme schlagen!“



Mikis Theodorakis ist frei! Die fortschrittlichen Menschen in aller Welt atmen auf. Der Kampf für seine Freiheit war erfolgreich. Am 13. April kam er in Paris an, von seinen Freunden herzlich empfangen. Auf unserem Bild umarmt die griechische Schauspielerin Melina Mercouri Mikis. Der erste Weg von Mikis führte in ein Krankenhaus, wo er endlich von seiner Tuberkulose geheilt werden soll. Trotz aller Freude dürfen wir aber nicht vergessen, daß die Obristen in Griechenland um keinen Deut menschlicher geworden sind. Zur gleichen Zeit, als Mikis sein Heimatland verließ, fielen neue Terrorurteile gegen Demokraten. Professor Karageorgas — sein Ankläger bezeichnete ihn nach Nazisitte als „Krebsgeschwür am Volkskörper“ — wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt, Professor Mangakis, Jean Starakis und Spiridon Loukas zu 18 Jahren, der Richter Antonios Michalakis und der Taxifahrer Dimitris Kotsakis zu 10 Jahren usw. Auch Mikis ließ bei seiner Ankunft in Paris mitteilen: „Der Geschmack der Freiheit nach drei tragischen Jahren ist dennoch ein wenig bitter für mich, denn ich lasse meine Eltern, meine Frau und meine beiden Kinder in Athen zurück.“

Zwangsarbeit, Terror und Napalm

Aufruf zur Unterstützung des Freiheitskampfes in den portugiesischen Kolonien

Von Werner Winter

„Zwangsarbeit, Terror und Napalm sind die Methoden, mit denen das portugiesische Regime die Völker der Kolonien (Angola, Guinea-Bissau und Mozambique) in dauernder Abhängigkeit, Armut und Unwissenheit halten will“, heißt es in einem Aufruf, der u. a. von Prof. Abendroth, Gunnar Matthiessen, Erika Runge und den elan-Herausgebern Karl-

Heinz Schröder und Rolf-Jürgen Priemer unterzeichnet ist. Die Unterzeichner fordern zur Solidarität mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern in den Kolonien auf.

In dem Aufruf wird angefragt, daß Portugal von seinen NATO-Partnern, also auch von der Bundesrepublik, die politische, finanzielle und militärische Unterstützung erhält, die es zur Aufrechterhaltung des Kolonialsystems benötigt. „Dieser Solidarität der Unterdrückung und kolonialen Ausbeutung muß die Solidarität aller demokratischen Kräfte in der Welt entgegengestellt werden.“

Im Juni dieses Jahres soll in Rom eine internationale Solidaritätskonferenz stattfinden. „Wir rufen alle Demokraten auf, finanziell dazu beizutragen, die Öffentlichkeit in unserem Lande über das portugiesische Kolonialsystem zu informieren; die Befreiungsbewegung zu unterstützen und die medizinische Versorgung der Bevölkerung in den Kriegsgebieten zu verbessern“, heißt es weiter.

Spenden können auf das Post-scheckkonto: Köln 171 387. Sonderkonto Wilhelm Breuer, 5 Köln 1, Roonstraße 29, eingezahlt werden.

Pfingsten: Treffen in Erfurt

Zwei Monate nach dem Gipfel von Erfurt und drei Tage vor dem Gipfel von Kassel: X. Arbeiterjugendkongreß

Von Uwe Sommer

Zwei Monate nach dem Treffen der beiden deutschen Regierungschefs vom 19. März tritt sich die Jugend an gleicher Stätte, in der thüringischen Hauptstadt Erfurt. Die Stadt, in der auf Initiative der DDR-Regierung das erste deutsche Gipfetreffen stattfand, in der Ministerpräsident Willi Stoph den Vertragsentwurf begründete, der völkerrechtlich gesicherte und gleichberechtigte Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten vorsieht, in dieser traditionsreichen Arbeit-

stadt trifft sich zu Pfingsten die Arbeiterjugend aus beiden deutschen Staaten und aus Westberlin. Das ständige Komitee der Arbeiterjugend der DDR, der BRD und Westberlins hat zum X. Arbeiterjugendkongreß eingeladen. Der Sekretär des Komitees, Thilo Weber, erklärte: „Am 16. und 17. Mai dieses Jahres werden die Abgesandten der Arbeiterjugend auf dem X. Arbeiterjugendkongreß in der Erfurter Thüringenhalle über die Aufgaben der jungen Arbeiterinnen und Arbeiter 25 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus beraten. Sie werden ihre Erfahrungen darüber austauschen, wie sie noch aktiver mithelfen können, damit nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht.“ Es versteht sich, daß der Kampf junger Menschen für völkerrechtliche Verträge zwischen beiden deutschen Staaten im Mittelpunkt des AJK stehen wird. Dazu der 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, Günther Jahn, auf einer Tagung der Volkskammer der DDR: „Wenn unser Vorsitzender des Ministerrates am 21. Mai nach Kassel fährt, dann hat drei Tage zuvor auf dem Erfurter Kongreß die Arbeiterjugend der DDR, der BRD und Westberlins ihren Standpunkt formuliert.“

Witz des Monats

„Du sag mal, Kumpel, was ist denn eigentlich die soziale Partnerschaft!“

„Soziale Partnerschaft ist, wenn du nach Feierabend auf die Straßenbahn wartest und dein Chef kommt vorbei gefahren und sagt zu dir: ‚Aber lieber Mann, Sie brauchen doch hier nicht auf die Straßenbahn zu warten. Ich werde mir gestatten, Sie nach Hause zu fahren.‘ Und dann im Auto läßt er dich in seine Villa zum Abendbrot ein: und dann trinkst du Sekt mit

ihm, ißt Kaviar und so'n Zeug, und dann sagt er zu dir: ‚Was wollen Sie denn jetzt nach Hause fahren? Sie können doch bei mir schlafen.‘ Und am nächsten Morgen läßt er dich dann von seinem Chauffeur wieder ins Werk fahren. Siehste, das ist soziale Partnerschaft.“

„Und ist dir das schon einmal passiert?“

„Mir nicht, aber meiner Schwester.“

(Eingesandt von Annemarie Stern, Oberhausen.)

Veröffentlicht auch in „Einemarks-Reihe — Roter Pfeffer“, Quer-Verlag-Hamburg Uwe Wandrey, 2 Hamburg 22, Oberaltenallee 72. — Jeder hier veröffentlichte Witz wird mit 10,— DM prämiert.)

Es stand im elan...

... daß die Zahl der Kriegsdienstverweigerer seit 1968 wächst (elan 2/69): Jetzt wurden weitere Zahlen bekannt: Seit Bestehen der Bundeswehr haben rund 66 000 Wehrpflichtige Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt. Abgelehnt wurden etwa 8000 Anträge, rechtskräftig anerkannt bisher rund 36 000. Da die Zahl der Kriegsdienstverweigerer weiter ansteigt, kommt das Bundesarbeitsministerium in Schwierigkeiten, genügend Plätze für Ersatzdienstleistende zu beschaffen. Falls in diesem Jahr alle Kriegsdienstverweigerer als Ersatzdienstpflichtige einberufen werden sollten, würden mindestens 7000 Dienstplätze benötigt. Übrigens: Einige hundert Kriegsdienstverweigerer wollen sich zu Pfingsten 1970 in Essen zu einer Konferenz „Jugend gegen Kriegsdienst“ treffen. Informationen erteilt die Internationale der Kriegsdienstgegner, in 43 Essen, Limbecker Str. 8/V.

... daß Vizeadmiral Ruge 1960 in Kiel gemeinsam mit dem Führer-Nachfolger Dönitz die sterblichen Überreste des Dr. h. c. Erich Raeder (Großadmiral a. D., ehem. Oberbefehlshaber der Hitler-Marine und in Nürnberg 1946 als Kriegsverbrecher verurteilt) zur letzten Ruhe geleitet hat. (elan 4/70 enthüllte „Kleiderordnung erlaubt Demonstration in Uniform.“) Jetzt hat sich Ruge, inzwischen Vizeadmiral a. D. und Professor, zu Fragen der politischen Demonstration in Uniform zu Wort gemeldet.

Ruge, der für sich und die anderen Reaktionäre diese Frage eindeutig mit Ja beantwortet hat (siehe elan-Bild S. 5), schreibt in der „Information für die Truppe“ Nr. 3/70 über die Teilnahme eines Soldaten an Veranstaltungen „extremer Parteien“: „Erscheint er in Uniform und dazu noch am Vorstandstisch, wie es bei der Gründungsversammlung der ‚DKP‘ geschah, dann ist das ein eindeutiger Verstoß gegen das Gesetz und entsprechend zu ahnden.“

... was auf dem II. SDAJ-Kongreß los war (elan 1/2 1970). Im Gegensatz zum elan fand sich im Organ der IG 'Chemie eine Story, die durchaus die Bezeichnung Hetze verdient; aus der Schreibmaschine des einstmaligen linken Heinz Aboesch. Dazu fanden wir in Nr. 4/70 des IG-Chemie-Organs „Gewerkschaftspost“ diesen Brief:

Lieber Kollege Aboesch, Dein Artikel in der GEWERKSCHAFTSPOST Nr. 1/1970, Seite 4, hat mich sehr enttäuscht. Ich möchte inhaltliche Informationen, nicht jedoch pauschale Beschuldigungen über die GEWERKSCHAFTSPOST erhalten, Beschuldigungen, wie wir sie täglich von CDU/CSU-Leuten gewohnt sind. Über das SDAJ-Programm habe ich etwas in Elan Nr. 1-2/1970, Frankfurt, erfahren und konnte mich inhaltlich mit ihm solidarisieren. Diese Informationen hätte ich gern auch in der GEWERKSCHAFTSPOST gefunden.

Reinhold Lang, Karlsruhe



Mit dem Jeep durch Vietnam

Fortsetzung von Seite 7



Stoßbrigade 333: „Die Amerikaner zerstören, wir fahren weiter.“ (Siehe Titelfeld)

Nur die Straßenkreuzung erinnert noch daran, daß hier einmal das Zentrum der Provinzhauptstadt Vinh war.



schon immer bewundert hatten: Jungen und Mädchen stehen mit Schaufeln und Kreuzhacken an der Straße und bessern Schäden aus. Da stehen zierliche junge Mädchen und schlagen mit der Kreuzhacke aus Felsbrocken kleine Schottersteine heraus. Das sind junge Menschen, denen man ohne geringsten Zweifel glaubt, wenn sie sagen: „Unser Blut kann aufhören zu fließen, unsere Herzen können aufhören zu schlagen, aber der Verkehr muß rollen.“ Hai ist stellvertretender Kompaniechef der 333. „Wir haben immer in den ‚Bombensäcken‘ der Provinz gearbeitet. Es gab Tage, an denen wir 32 Luftangriffe erlebten. Verschiedenste Waffen, Raketen, Bomben, Artillerie und Napalm wurden gegen uns eingesetzt. Zu jeder Stunde, manchmal zu jeder Minute waren amerikanische Flugzeuge über uns. Wir haben sie beschossen. Wenn sie abzogen, haben wir im Pulverrauch weitergearbeitet. Wir haben ein Grabensystem gebaut, damit jeder schnell an seinen Arbeitsplatz kommen kann. Die schwersten Monate für uns waren Juni, Juli und August 1968. Tag und Nacht gab es kombinierte Angriffe von Artillerie, Schiffsartillerie und Flugzeugen. Von da an sind wir nicht mehr in unsere Unterstände gegangen. Wir mußten eine Pontonbrücke errichten. Eine Gruppe gab

uns Deckungsfeuer, während die anderen im Bombenhagel weiterarbeiteten. Die Brücke ist mehrfach gerissen, wir haben sie immer wieder repariert. 27.164 Bomben wurden auf unsere Brücke im Umkreis geworfen. 5.258 Artillerieangriffe haben wir erlebt. Unsere Aufgabe war deshalb schwer, weil nicht nur Brücke und Straße bombardiert wurden. Alle Dörfer wurden. Jetzt nach Ausbesserung der Straße baut die 333. zerstörte Gebäude wieder auf. Neben dem Kampf und der Arbeit hat die Stoßbrigade alle ihre Mitglieder zum Schulabschluß 2. Grades geführt. Aufgrund der komplizierten Bedingungen (das Erbe des Kolonialismus waren 95 % Analphabeten) besteht in der DRV allgemeine Schulpflicht nur für die Schule 1. Grades (1.-4. Klasse). Darauf baut sich der 2. Grad (5.-7. Klasse) und der 3. Grad (8.-10. Klasse, endet mit der Hochschulreife) auf.

Straßenkreuzung ohne Straßen

Die DRV ist ein rückständiges Agrarland, das zudem noch vom Krieg verwüstet wurde. „Ohne die Stufe Kapitalismus müssen wir direkt zum Sozialismus übergehen“, das hatte uns Vu Quang in Hanoi gesagt. Realisierbar ist das unter den gegebenen Bedingungen natürlich nur durch die

Bonns „humanitäre“ Hilfe

200 Millionen DM hat die Bundesregierung bisher dem Saigoner Regime zur Verfügung gestellt. Die Sonderversetzung der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams in Hanoi informierte uns darüber, daß die westdeutschen Firmen Heinrich Koppers Grabil, Linde, Friedrich Unde und Heurtny in Südvietnam Produktionsstätten für Giftgase errichtet hatten, die inzwischen von der FNL zerstört wurden. Außerdem wurden acht Betriebe für die Herstellung von Stacheldraht errichtet. Das in Saigon gegründete „Institut für Germanistik“ beschäftigt sich nach Informationen der Sonderversetzung mit der Übersetzung von Hitlers „Mein Kampf“. Hitler-Anhänger Vizepräsident Ky läßt derzeit in allen Regierungszeitzungen für dieses „Werk“ werben.

ausradiert. Es stand keine einzige Hütte mehr. Wir haben uns an der Straße festgeklammert.“

Hilfe der sozialistischen Länder. Wir haben selbst feststellen können, daß hier die Sowjetunion und die DDR an der Spitze liegen. Kriegsmaterial, LKW's, Jeeps, z.B. aus der Sowjetunion. Fahrräder, LKW's, ganze Fabrikausrüstungen aus der DDR.

„Die DDR hat uns selbstlos unterstützt in unserem Kampf, die Bundesregierung unterstützt die US-Aggression.“ Oft haben wir diese Worte gehört, weil das Engagement der beiden deutschen Staaten in Vietnam so deutlich sichtbar wird und ihre unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen charakterisiert.

Doch die Vietnamesen wissen sehr gut zu differenzieren zwischen der Haltung der Bundesregierung und der breiten Bewegung gegen den US-Krieg. Das konnten wir auch in Vinh – der Hauptstadt der Provinz Nghe An – immer wieder feststellen. Und es waren kämpferische, optimistische Menschen, mit denen wir hier sprachen, obwohl ihre Stadt von den Amerikanern ausgelöscht wurde. Wir haben erschüttert im ehemaligen Zentrum von Vinh gestanden. Eine breite, noch sichtbare Straßenkreuzung. Restaurants, Kaufhäuser und Kinos säumten einst die Straßen. Jetzt:

nicht einmal eine Ruine, die daran erinnert. Einfach nichts! Die Menschen leben außerhalb der Stadt in Hütten und Unterständen. Demoralisierung, das war die Absicht der Amerikaner. Aber sie haben auch hier das Gegenteil erreicht. Sie haben die gesamte Bevölkerung zu einem einheitlichen Willen, zu einer unerschütterlichen Opferbereitschaft zusammengebombt. In einer Zementfabrik unweit von Vinh bekamen wir dafür ein eindrucksvolles Beispiel. Wir hatten gehört, daß die Fabrik mehrfach bombardiert wurde. Ihre Antwort war eine Selbstverpflichtung: „Solange wir noch einen Ofen haben, werden wir weiterproduzieren!“ Jugendliche berichten uns, was sie in den vergangenen Jahren erlebt haben.

„Unsere Arbeit war besonders wichtig, weil Materialien für Reparaturen an den Flugplätzen produziert werden mußten. Unsere Fabrik ist bis zu 34mal am Tag angegriffen worden. Am 8. Juni 1968 haben die Amerikaner 36 Vibrationsbomben auf unser Werk geworfen. Das sind Bomben, die nicht sofort detonieren, sondern nur durch Erschütterungen. Trotz dieser Gefahr ist unsere Belegschaft 100%ig zum Bombenräumen erschienen. Wir haben die Bomben vorsichtig weggetragen und in einiger Entfernung zur Explosion gebracht.“

Chau, Parteisekretär im Werk, ergänzt: „Der Jugendverband ist bei uns im Kampf gewachsen. Die Jugendlichen haben übernommen, alle Bomben zu entschärfen oder wegzutragen. Dadurch hatten wir nie Stillstandzeiten von mehr als einem Tag. Während der ganzen Zeit haben die Jugendlichen Verbesserungsvorschläge für rationellere Produktion gemacht. Ein Ergebnis ist, daß bei uns jetzt statt 24 nur noch 5 Arbeiter am Ofen stehen. Wir produzieren heute dreimal soviel Zement, wie zu Beginn der Bombardierung. Für Wohnhäuser, Krankenhäuser und Schulen. Es wird nicht mehr lange dauern, und Sie werden Vietnam nicht wiedererkennen.“

Mädchen fahren schwere Geschütze auf

Wer die zwanzigjährige Kha vor sich stehen sieht, würde kaum ihre Tätigkeit erraten können. Wir trafen das Mädchen in einer Bambushütte an der Ozeanküste, inmitten von Stellungen der Küstenbatterie. In der Nähe erstreckten sich kleine Fischerdörfer. Kha ist in einem dieser Dörfer geboren und aufgewachsen. Lassen wir sie selbst berichten:

„Am 11. Februar 1965 begannen die Amerikaner mit Luftangriffen auf unsere Gemeinde. Wir haben sie mit Infanteriewaffen bekämpft und auch gleich zwei F 105 (Thunderchief) abgeschossen. Wenige Tage später griffen sie ein Fischerdorf an, in dem 165 Familien wohnten. Die Angriffe dauerten ununterbrochen von 16 Uhr bis 6 Uhr am nächsten Morgen. Raketen, Spreng- und Napalmbomben setzten sie ein, bis alles in Flammen stand. Unsere Jugendgruppe schoß mit Leuchtpurmunition, um die Flieger auf uns aufmerksam

zu machen. Wir lenkten die Flugzeuge damit tatsächlich auf uns ab, so daß viele Menschen aus dem brennenden Fischerdorf gerettet werden konnten.

Vier von neun Dörfern wurden vollständig dem Erdboden gleichgemacht. Wir haben insgesamt 2.500 Angriffe erlebt. 9.188 Explosivbomben, 1.249 Napalmbomben, 2.212 Raketen wurden gegen uns eingesetzt. Unzählbar sind die Artillerieeinschläge. Manche Hütten haben wir 8- bis 9mal errichtet, sie wurden immer wieder zerstört. 50 Fischerdörfer haben die Feinde vernichtet. Täglich kamen Kriegsschiffe in unsere Hoheitsgewässer und haben uns beschossen. Sie wollten unsere Arbeit auf der See und auf dem Feld unmöglich machen. Da haben wir Jugendlichen gesagt: So geht die Sache nicht mehr weiter. Wir brauchen ein schweres Geschütz hierher. Ein 57 mm Geschütz. Und wir haben das Geschütz bekommen. 17 Jungen und 7 Mädchen waren Bedienungsmannschaft.

Als die Amerikaner merkten, was bei uns vorging, haben sie sich außer Reichweite unseres Geschützes zurückgezogen und die ganze Küste unter Trommelfeuer genommen. Da haben wir sieben Mädchen gesagt: Jetzt machen wir endgültig Schluß damit. Wir brauchen noch schwerere Geschütze und die werden nur wir Mädchen bedienen. Unsere Jungen sollen zum Militär gehen oder zum Fischen hinausfahren. Wir Mädchen können das hier allein. Wir haben auch größere Geschütze bekommen. Die Mädchen der Bedienungsmannschaft waren von 16 bis 22 Jahre alt. Wir haben alle weiter auf dem Feld gearbeitet und nur einen Bereitschaftsdienst am Geschütz belassen.

Doch dann kamen die Probleme. Wir haben unsere 37 Mädchen in drei Züge aufgeteilt, zwei Kampfzüge und einen Befehlszug. Ich selbst wurde Kompaniechefin.

Alle Mädchen hatten bestenfalls den Abschluß der Schule 2. Grades, manche waren sogar nur zwei Jahre zur Schule gegangen. Um unsere modernen Geschütze aber treffsicher bedienen zu können, ging es nicht ohne Mathematik, nicht ohne Trigonometrie, um Koordinaten zu errechnen zur Ermittlung des Schußwinkels. Doch diese Kenntnisse werden erst in der 9. Klasse vermittelt. Also gingen wir mit einer Gruppe von Mädchen zur Weiterbildung.

Am 7. Februar der erste Treffer

Zu Anfang haben wir alle nichts verstanden. Der Lehrer mußte alles jedem Mädchen einzeln erklären. So lernten wir mühsam, Koordinaten zu errechnen. Doch das war nicht alles. Die Geschütze sind viel größer als wir selbst. Wir mußten also Holzkisten unterlegen, um überhaupt ans Visier heranzureichen und die Ladevorrichtung vorschieben zu können. Die Ladevorrichtung wiegt 32 kg. Wir haben zu Anfang beide Hände benutzen müssen. Jedes Geschosß wiegt 16 kg und ist so lang wie wir selbst. Nach einem Monat aber bekamen wir zu 98 % in Theorie und Praxis die Note

Gut. Und den Befehl vom Wehrprovinzkommando, daß wir am 20. Dezember 1967 kampfbereit sein müssen. Trotzdem haben wir immer noch unsere Feldarbeit geleistet und sogar 135 % der Norm erreicht. Alles blieb normal bis zum 7. Februar 1968.

An diesem Tage hatte unsere Genossin Ve Bereitschaft. Um 10 Uhr sichtete sie aus südlicher Richtung zwei Zerstörer. Sie kamen auf 18 Kilometer heran. Wir gaben Ve den Befehl, die Schiffe weiterzuverfolgen. Wir wollten auf ihr Näherkommen warten. Um 11 Uhr betrug die Entfernung 17 km. Als sie auf 16 km herangekommen waren, gaben wir Alarm. Innerhalb einer Minute waren die Geschütze geladen und der Feind im Visier. Wir warten weiter.

13 km Entfernung: Genossin Cai vom 1. Geschütz ruft die Kompanieleitung an und verlangt von uns, daß wir den Feuerbefehl geben. „Wenn die Schiffe wieder hinausfahren, ist das eure Schuld“. Wir wußten aber, daß bei dieser Entfernung die Streuweite der Geschütze zu groß ist. Also weiter abwarten. Beide Zerstörer begannen zu schießen. Mit nervöser Spannung warteten wir, bis sie auf 11.200 m heran waren. Das war unser Moment. Blitzschnell waren die Koordinaten bestimmt und der ersehnte Augenblick war da: Feuerbefehl! Die ersten vier Geschosse saßen sofort im Ziel. Wir jubelten und schossen noch schneller weiter. Ein Schiff, der US-Zerstörer 013 stand in Flammen. Da drehten die Schiffe ab. Zwei Minuten später kamen vier Phantom F 4 H von der 7. Flotte geflogen und nahmen uns unter Beschuß. Bomben fielen in unmittelbare Nähe unseres Geschützes, schleuderten Sand ins Rohr. Mit Stangen wurde das Rohr sofort wieder freigemacht. Nguyen Thi Gang, die Batteriechefin, war verwundet. Trotz einer schweren Gesichtswunde kämpfte sie weiter. In der einen Hand hielt sie das Telefon, um die Koordinaten abzuhören, mit der anderen ihre Wunde. Sie verweigerte den Befehl, sich zurückzuziehen. „Solange ich noch atmen kann, bleibe ich in der Stellung! Sie blieb, bis sie bewußtlos wurde. Unsere Feuertaufe hatte 17 Minuten gedauert. Ähnlich verliefen auch die anderen Gefechte, in deren Verlauf wir noch die Zerstörer 719, 742 und 712 in Brand schossen oder versenkten. Inzwischen haben wir eine noch höhere Treffsicherheit erreicht und üben auch jetzt weiter. Wir sind bereit, jedes Kriegsschiff zu empfangen.“

Lest im nächsten elan:

Was das Pentagon unter „militärischen Zielen“ versteht

Bei den Helden an der Hamrong-Brücke

Piratenpiloten: Wie Schüler Pham Giao einen Major festnahm

Verbrannte Erde: Eine Fischereigenossenschaft entwickelt den Widerstand



Brief des Exekutivkomitees der Vereinigung vietnamesischer Jugend an die demokratischen Jugendverbände und die demokratische Jugend der Bundesrepublik Deutschland

Liebe Freunde!

Anlässlich des Besuches der Delegation der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend in der Demokratischen Republik Vietnam richten wir an Euch unsere herzlichen Grüße.

Wir danken Euch aus ganzem Herzen für Eure Unterstützung, für Eure Sympathie mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit.

Die SDAJ-Delegation kann Euch berichten, daß unsere vietnamesische Jugend die Solidaritätsbewegung der demokratischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland mit dem gegen die amerikanische Aggression kämpfenden vietnamesischen Volk hoch einschätzt.

Getragen von diesen aufrichtigen Gefühlen schreiben wir Euch diese Zeilen und wenden uns an Euch mit dem dringenden Appell:

Verstärkt Eure Aktionen gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam. Denn es ist nicht wahr, daß der Krieg in Vietnam an Härte abgenommen hätte und von allein zu Ende gehen wird, wie die amerikanische Regierung oft behauptet.

Es stimmt, daß nach der Tet-Fest-Offensive der südvietnamesischen Bevölkerung im Jahre 1968 die USA in diesem Krieg deeskalieren mußten. Die Tatsachen zwingen die USA zu der Erkenntnis, daß es trotz eines gigantischen Expeditionskorps in kurzer Zeit keinen militärischen Erfolg geben wird. Die USA mit ihrem militärischen und ökonomischen Potential sind auch nicht in der Lage, lange Zeit die schweren Verluste dieses Aggressionskrieges zu tragen. Diese Situation hat zu der „Entamerikanisierung“ des Präsidenten Johnson und zu der heutigen „Vietnamisierung“ des Präsidenten Nixon im Krieg geführt.

Das ist eine Politik, die darauf abzielt, durch den Einsatz der Marionetten-Armee anstelle der amerikanischen Truppen die materiellen und personellen Verluste auf ein für die USA erträgliches Maß zu reduzieren und dadurch den Krieg unbegrenzt lange zu führen.

Es ist offensichtlich, daß die Vietnamisierung nicht die Beendigung bedeutet und gar nicht eine Herabsetzung der Brutalität des Krieges beinhaltet. Die Tatsachen zeugen vom Gegenteil.

Es stimmt, daß die amerikanischen Truppen in die Defensive zurückgezogen sind und keine großen Operationen durchführen wie früher, um ihre Verluste herabzusetzen. Aber sie haben die Bombardements durch B 52-Bomber, durch Fernartillerie und den Einsatz von chemischen Giften vervielfacht.

Es ist richtig, daß die USA nicht mehr das Ziel stellen „das Rückgrat des Vietcong zu brechen“, aber dafür verstärken die USA ihren Ausrottungsfeldzug, um alles Leben, alle Lebewesen, von der Vegetation, von den Tieren bis zu den Menschen auszulöschen, wie z.B. das Massaker von Song My beweist.

Die Barbarei ist zur Methode und zur letzten Hoffnung der amerikanischen Aggressoren geworden.

Es ist evident, daß die USA ihre dunklen Absichten noch nicht aufgegeben haben, Südvietnam in eine Kolonie neuen Typs zu verwandeln und Vietnam für immer zu spalten.

Aber das vietnamesische Volk wird den USA niemals gestatten, diese Absichten zu verwirklichen. Das ist eine unerschütterliche Entschlossenheit.

Wir werden so lange kämpfen, bis sämtliche Truppen der USA und ihrer Verbündeten aus Südvietnam abgezogen sind, bis die USA-Regierung damit aufhört, der südvietnamesischen Bevölkerung das korrupte Saigoner Marionetten-Regime aufzubürden und dem vietnamesischen Volk die Regelungen seiner Angelegenheiten überläßt.

In dieser heutigen entscheidenden Phase des Kampfes für Unabhängigkeit und Freiheit des vietnamesischen Volkes rufen wir Euch alle auf:

Verstärkt Eure Solidarität mit unserem Volk!

Wir hoffen, daß Ihr uns Informationen, Flugblätter, Plakate usw. über Eure Solidaritätsaktionen mit Vietnam zuschickt.

Das ist für uns ein wertvoller Ansporn in unserem gerechten Kampf.

Noch einmal danken wir Euch recht herzlich. Wir wünschen Euch Erfolge bei Eurem gerechten Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, für eine lichte Zukunft der Jugend.

Mit freundlichem Gruß!

i.A. des Sekretariats des Exekutivkomitees

Der Sekretär: Do-van-Hien

Hanoi, 27.3.70



Kompaniechefin Kha: „Wir sind bereit, jedes Kriegsschiff zu empfangen!“



Massenhaft sind in der Provinz Quang binh Mutterbomben der Kugelbombe zu finden. Die vietnamesische Aufschrift: „Wir kämpfen bis zum Sieg über die amerikanischen Aggressoren.“



Zehn Gründe, die DDR jetzt völkerrechtlich anzuerkennen:

1. In diesem Jahrhundert sind von deutschem Boden zwei Kriege ausgegangen. Zweimal wurde versucht, die Grenzen zu verändern. Jedesmal wurde Deutschland kleiner davon. Für die Filcks und Krupps — für die Großaktionäre, Junker und Rüstungsgewinnler war es jedesmal ein profitables Geschäft. Die Zeche zahlten die kleinen Leute: die Meyer, Müller und Krause. Jetzt muß endlich Schluß sein mit dem Versuch, die Grenzen zu verändern; denn das würde Krieg bedeuten. Und — ein neuer Krieg wäre tödlich für unser Land und für unseren Kontinent. Friede in Europa kann nur sein, wenn die Ergebnisse des letzten Krieges respektiert, wenn die bestehenden Grenzen anerkannt werden. Das heißt: völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Das ist der nächste Schritt, den die Bundesregierung tun muß.
Damit wir in Frieden leben können!

2. Als die Krupps, die Filcks und der von ihnen in den Sattel gehobene Hitler den Karren 1945 in den Dreck gefahren hatten, da waren wir Krauses, die arbeitenden Menschen gut genug, ihn wieder herauszuziehen. Wir lebten von Malsbrod und Magermilch. Wir schafften es. Unser Fleiß machte die Städte bewohnbar. Unser Können machte aus einem riesigen Trümmerhaufen einen blühenden Industriestaat. Aber gesundgestoßen haben sich dabei die anderen: die Krupps & Co. Sie verdienen heute schon wieder an der Rüstungsproduktion. Sie sitzen wieder an der Schalttheile der Macht. Und sie wollen ihre Macht ausdehnen auf den Staat, in dem die Herrschaft der Abs und Krupp für immer zu Ende ist. Das ist gefährlich für uns. Deshalb: völkerrechtliche Anerkennung der DDR.
Damit dem gefährlichen Machtstreben, dem Appetit der Rüstungskönige auf die Betriebe und Menschen der DDR ein Riegel vorgeschoben wird.

3. Zwischen Oder und Elbe haben Arbeiter die Krupps und Filcks zum Teufel gejagt. Seitdem stehen die Arbeiter jetzt an der Spitze der Betriebe und des Staates. Das ist der Grund, weshalb es in der DDR keinen Mietwucher und keine Wirtschaftskrisen gibt. Niemand muß Angst davor haben, seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Das Können des Sohnes, nicht der Geldbeutel des Vaters entscheidet über den Bildungsweg. Jeder weiß nicht nur, wie er heute, sondern auch, wie er morgen arbeiten und leben wird. Das alles haben die Arbeiter der DDR erreicht, obwohl ihnen Knüppel zwischen die Beine geworfen wurden. Sie haben hart gearbeitet, aber — sie haben bewiesen: Ohne Kapitalisten geht es besser. Das muß anerkannt werden.
Weil in der DDR die Krauses die Macht haben!

4. Immer noch rüstet die Bundesrepublik, als würde morgen ein Krieg ausbrechen. Jede vierte Mark des Bundeshaushalts wandert in die Rüstung. Die Regierung spricht von Abrüstung, doch der Rüstungsetat erreicht 1970 die Rekordhöhe von über 20 Milliarden Mark. Durchschnittlich 18 000 Mark hat jede Familie in der Bundesrepublik — umgerechnet auf die letzten 20 Jahre — für die Aufrüstung, also für die Politik der Feindschaft gegen die DDR bezahlt. Das muß anders werden.

Schon morgen könnten wir uns mit der DDR darüber einigen, die Rüstungsausgaben in beiden deutschen Staaten um 50 Prozent zu senken. Ein entsprechendes DDR-Angebot — der von Walter Ulbricht vorgelegte Vertragsentwurf — liegt auf dem Tisch. Die Bundesregierung sollte dazu Ja sagen.

Weil die Abrüstung die größte menschliche Erleichterung für uns alle wäre!

5. Auf dem Boden der Bundesrepublik lagern sovjet Waffeln, daß Europa vom Erdball ausgelöscht werden könnte. NATO-Pläne sehen den Einsatz von Atomwaffen auf Erfurt und Leipzig vor. Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Schmidt hat diese Pläne gebilligt. Wofür? Um den vom Staat schon vor Jahren verkündeten „Fall Rot“ auszulösen und den westdeutschen Großkapitalisten ihre „Ostwerte“, die sie immer noch an westdeutschen Aktienbörsen handeln, zurückzuholen? Diese Politik gefährdet den Frieden und die Sicherheit. Die Tatsachen zeigen: Eine neue Politik kommt nicht von selbst. Man darf sie nicht „denen da oben“ überlassen. Wir alle müssen uns für die Anerkennung der DDR als Kernpunkt einer neuen Politik stark machen.

Damit wir sicherer leben können!

6. Strauß und Springer wüten gegen die Anerkennung der DDR. Kiesinger und von Thadden laufen Sturm dagegen. Das Rüstungskapital, die Krupps und die Generale der Bundeswehr wollen sie nicht. Das sind dieselben Kreise, die den Arbeitern die Mitbestimmung verweigern, die die Notstandsgesetze durchpeitschten und heute vor einer Koalition mit den Neonazis nicht zurückschrecken. Diese Kräfte sind die Störenfriede in Sachen ABRÜSTUNG und europäische Sicherheit. Sie führten die Bundesrepublik auf einen reaktionären, gefährlichen Weg. Ihr Einfluß muß eingeschränkt werden, bevor sie weiteren Schaden anrichten können. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR würde den Bankrott ihrer Politik sichtbar machen. Dafür müssen wir etwas tun.

Damit die „Krauses“ hierzulande mehr zu sagen haben!

7. Der Lebenslauf eines Arbeiters: Acht Jahre Volksschule, Weisheit aus dem vorigen Jahrhundert. Drei Jahre Lehre. 45 Jahre Arbeit an der Werkbank oder im Büro. — Rente. — Vielleicht einen VW, einen Prämiensparvertrag oder ein Häuschen, vom Munde abgespart. Wofür hat er gelebt? Er hat seine Arbeitskraft zu Markte getragen. Für ein paar Groschen mehr Lohn hat er kämpfen müssen. Wenn Konjunktur war, durfte er Oberstunden machen. Wenn die Krise kam, setzte man ihn auf Kurzarbeit, oder bekam die Papiere. In der DDR ist das anders. Da ist der Arbeiter wer.

Das nutzt auch uns in der Bundesrepublik. Deshalb muß es anerkannt werden: durch ANERKENNUNG der DDR.

8. Die Mieten steigen. Der Straßenbahnfahrtschein wird teurer. Die Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität werden hochgeschraubt. Die Teuerung nagt am Wert unseres Geldes. Hohe Preise — das bringt den Krupps neue

Profite. Für die „Krauses“ bringt es neue Lasten. Wer eine Politik machen will, die uns menschliche Erleichterungen bringt, der muß hier beginnen. Der muß ernsthaft mit inneren Reformen anfangen, die den Schutt wegräumen, den uns drei CDU-Regierungen hinterlassen haben: Bildungsnotstand und Lehrermangel, Mietwucher und Verkehrschaos, Krankenhausmisere und Wohnungsmangel. Nicht die „Krauses“ sollen weiter geschöpft werden, sondern die Krupps und Co. muß man endlich zur Kasse bitten. Die Anerkennung der DDR würde Mittel freimachen, um die dringenden inneren Reformen zu finanzieren, ohne daß die Lasten wieder auf den kleinen Mann abgewälzt werden! Deshalb sollte die Regierung diesen Schritt jetzt tun

Damit das Geld in der Lohntüte stümmt:

9. Zwischen Wladivostok und Marienborn bietet sich der Bundesrepublik ein riesiger Markt. Ein reger Handel mit den sozialistischen Ländern würde unsere Arbeitsplätze sicherer machen. Er könnte helfen, die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion zu vereinfachen. Friedlicher Handel setzt friedliche Koexistenz voraus. Also: Schluß mit der Politik der Todfeindschaft gegenüber der Sowjetunion. Die Oder-Nelbe-Grenze anerkennen. Auf alle

Gebietsforderungen gegen unsere Nachbarstaaten verzichten! Die Hallstein-Doktrin endgültig beerdigen. Also: die DDR völkerrechtlich anerkennen.

Damit wir mit unseren Nachbarn besser zusammenleben zum beiderseitigen Vorteil.

10. Niemand will die Grenzen der Bundesrepublik ändern. Niemand bedroht uns. Es gibt keinen Grund, die gefährliche Rüstung fortzusetzen. Wir werfen Geld zum Fenster hinaus, wenn wir Jahr für Jahr für 20 Milliarden Mark und mehr in die Rüstungskasse stecken. Heute wird in Europa darüber diskutiert, wie an die Stelle des „Kalten Krieges“ ein sicherer Friede gesetzt werden kann. Dabei ist das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten entscheidend. Sie können ein Beispiel bei der Abrüstung geben. Sie können die Atomwaffen vom deutschen Boden verbannen. Sie können an der Nahtstelle der beiden großen Weltssysteme friedliche Koexistenz vorleben! Die DDR hat dazu ihre Vorschläge gemacht. Ihr Vertragsentwurf über die Herstellung normaler und friedlicher Beziehungen liegt auf dem Tisch. Jetzt ist Bonn am Zuge.

Mit praktischen Schritten. Mit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR!

Zehn gute Gründe, die für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR sprechen. Zehn gute Gründe, die zeigen: Wir alle können nur gewinnen, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ein neues — besseres Verhältnis geschaffen wird. Aber das geht nur, wenn die Bundesrepublik die 20jährige Politik der Feindschaft und der Machtansprüche gegen die DDR aufgibt. Wenn sie bereit ist, die bestehenden Verhältnisse, die Grenzen und die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der DDR als souveränen Staat anzuerkennen. Deshalb ist die völkerrechtliche Anerkennung der DDR der erste Schritt zu neuen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Wer sich ein Auto kauft, läßt sich den Kraftfahrzeugbrief aushändigen. Sonst ist der Kauf ungültig. Wer mit der DDR Verträge schließen will, muß den Vertragspartner nach den Regeln des internationalen Rechts, das heißt: völkerrechtlich anerkennen. Sonst sind die Verträge wertlos. Wir brauchen die völkerrechtlich-gültigen Verträge, damit jede Regierung in Bonn — ganz gleich, wie sie zusammengesetzt ist, für heute und für die Zukunft, für immer zu normalen und friedlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik verpflichtet ist. Darum geht es.

Gespräche zwischen den Regierungen der beiden Staaten sind gut. Aber: Reden allein reicht nicht aus. Politik wird an den Taten gemessen, an Taten die uns, der Bevölkerung der Bundesrepublik wie den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik, nutzen. Wir müssen mithelfen, damit mit der CDU-Politik gebrochen wird, damit eine neue Politik gegen den Widerstand der „Kalten Krieger“ zum Durchbruch kommt. Deshalb müssen wir etwas tun für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR!

DDR anerkennen! DKP

Deutsche Kommunistische Partei



Traumfabrik



Weit verbreitete Mode in deutschen Teenagerzimmern sind bunte Starfotos als Wandschmuck. Erfolgreiche (weil gut verkäufliche) Schauspieler, Schlagersänger und Fernsehhelden – auswechselbare Abziehbilder der Saubermann-Gesellschaft – werden den Teenagern jede Woche von der Zeitschrift BRAVO vorgestellt und angeboten. Wie genau BRAVO die heimlichen Wünsche und Sehnsüchte der Fans zwischen 12 und 18 kennt und lenkt schildert Carsten Linde in einem Porträt von „Deutschlands größter Jugendzeitschrift“.

Das Geschäft mit dem Schlager

Pop-Musik ist zum „Big Business“ geworden. Der Erfolg von Pop-Musik und Schlagern richtet sich nach dem Absatz der Schallplatten. Über den Hintergrund des Geschäfts mit Musik und Stars einige Fak-

- Jeden Tag kommen in der Bundesrepublik zwischen 7-12 Schallplatten auf den Markt.
- Am Gesamtumsatz der deutschen Schallplattenproduktion hat die Pop- und Schlager-Musik einen Anteil von 92 Prozent.
- Die Hitparaden der Rundfunksender sind die am meisten gehörten Rundfunksendungen. Von den Jugendlichen zwischen 13 und 15 Jahren hören fast 80 % häufig oder regelmäßig Schlagersendungen im Radio.
- Über zwei Drittel der Schallplattenkäufer sind unter 25 Jahren alt. Schüler der ersten Klasse kennen mehr Schlagertexte als Volkslieder auswendig.

Weil Schlager sehr kurzlebig sind, ist in der Fülle der Angebote ein harter Konkurrenzkampf entbrannt. Nur von der Musik her äußerst eingängige und vom Text her einfache oder witzig-humoristische Schlager können sich durchsetzen und für einige Zeit große Umsätze erzielen. Eine wichtige Stellung beim Kampf um den kurzlebigen Schlagermusikmarkt kommt den Interpreten und Sängern zu. Viele Schlager verkau-

fen sich schon allein deswegen gut, weil die Stimme des Sängers bekannt ist oder aus irgendeinem Grunde bei den Zuhörern und potentiellen Käufern „gut ankommt“. Da der Schlager eng verbunden ist mit der Person, die ihn singt, wird von Schallplattenfirmen und Starzeitschriften alles Mögliche unternommen, um den Verkaufswert des Sängers zu vergrößern und sein Erscheinungsbild (Image) möglichst sympathisch und werbefreundlich erscheinen zu lassen. In der Bundesrepublik hilft den Stars und der Schallplattenindustrie vor allem die Massenzeitschrift BRAVO dabei, den Markt auszuwerten und die Welt der Stars zu erklären.

Wie man einen Star „aufbaut“

„Eure Stars als Sportkanonen – die schönsten Farbfotos“ – „Der neue Starschnitt: Robert Fuller“ – „Schätzchen sagt: so bin ich“ – „Udo Jürgens erzählt: so arm begann mein Leben“ – „Star des Monats – Roy Black“ – „Unsere Bosse sind die Beatles!“ – „Im Gepäck Weltreampillen und Kamillentee – Bravo bei der Udo-Jürgens-Tournee“. Die Überschriften sind typisch für das bunte Wunderland der Stars, dem BRAVO die meisten seiner Seiten (nach den geldbringenden Anzeigenseiten) widmet. Als Sensations-Stories aufgemachte Klatsch-Nachrichten sollen das Interesse der Fans an „ihren“ Stars wachhalten. Da die Beliebtheit der Stars und damit die Verkäuflichkeit ihrer Waren – der musikalisch-künstlerischen Eigenproduktionen – und ihrer Leistungen im Showgeschäft von ihrer Ausstrahlungskraft und dem persönlichen Stil entscheidend abhängen, geben sich die Stars, ihre Manager und auch die Publikationen, die bei der Imagepflege alle nur erdenklichen Handlungsdienste leisten, die größte Mühe, immer wieder zu zeigen, daß sie „gut ankommen“ und damit Aussicht haben, gute Absatzerfolge zu erzielen. Jeder Star braucht ein Image für die Eigenwerbung, das sich von denen anderer Stars unverwechselbar unterscheidet. BRAVO versteht es meisterhaft, die Stars mit prächtigen Farbfotos und eingängigen Kurzsatz-Texten nach dem BILD-Erfolgs-Rezept zu präsentieren und die treue Gefolgschaft der Fans zu Dauerkunden der Zeitschrift werden zu lassen.

Schauen wir uns einmal einige der typischen Image-Pflege-Berichte aus BRAVO an:

Da ist zunächst Pierre Brice, sensibler Winnetou-Darsteller der Karl-May-Filme mit seinem unkomplizierten Naturburschen-Image. „In Paris lebt er wie ein König. In seiner luxuriösen Pariser Wohnung trinkt er erlesene Weine aus kostbaren Gläsern. Wenn Pierre Brice Urlaub macht, vertauscht er das Leben eines bewunderten Stars mit dem Leben eines schlichten Landwirts“ berichtet BRAVO. Die Arbeit dieses „schlichten Landwirts“ wird von BRAVO verkürzt; der Bericht wirkt wie vieles in dieser Zeitschrift verlogen, realitätsfern und kitschig. Pierre Brice führt eine Modenschau vor mit teurer Kleidung, bunten Pophemden, Hosen mit Bügelfalten und eleganten Schuhen. Einen vor Sauberkeit blitzenden Traktor steuert der Star „ebenso gern wie den teuersten Sportwagen“. Ein Idol, das das „einfache Leben“ liebt, mit Tieren und schweren Maschinen umgehen kann, wirkt sympathisch und „gar nicht so hoch oben und unreichbar“. Dadurch bleibt die für den Starkult und seine wirtschaftliche Ausnutzung notwendige Identifikation des Fans mit dem Star möglich.

Uschi Glas wird von BRAVO vorgestellt als ein Mädchen, das aus dem Bravo-Leserkreis stammt und „es zu etwas gebracht hat“, obwohl sie sich „ständig wie die Axt im Walde benimmt“. Uschi gilt als „kess, frech, eigenwillig“. Sie ist sportlich, offen, ehrlich und „hat einen Dickschädel“. Mit Uschi – ganz der Typ „verständnisvolle große Schwester“ – kann man Pferde stehlen.

Für Tom Jones wurde der „hart erarbeitete Millionensegen“ zum Fluch: „Tom Jones wohnt in einem goldenen Käfig. Der in Armut aufgewachsene Bergmannssohn ist heute Millionär, er besitzt eine Prachtvilla und fährt zwei Rolls-Royces. Tom Jones hatte als Arbeiter wenig Geld und viel Zeit – als Star hat er Millionen und keine Sekunde mehr für sich.“

Die Flucht in die Illusion

Wenn man Lebensbeschreibungen und das Image verschiedener Stars miteinander vergleicht, so stellt man bald fest, daß sie in ihrer Allgemeinheit austauschbar sind. Es ist immer das Märchen vom Hans im Glück, der es geschafft hat, aus einfachen Verhältnissen nach oben zu kommen. Der Star verkörpert die Wünsche und Sehnsüchte der Menschen, aus ihrer eigenen bedrängten Existenz zu entkommen und Reichtum und Luxus zu erlangen. Das Beispiel des Stars erweckt in ihnen immer wieder die Hoffnung, irgendwann einmal selbst Glück zu haben und „ganz groß rauszukommen“, und sie versäumen es, sich ihre augenblickliche, unbefriedigende Situation bewußt zu machen und dadurch eher eine Änderung herbeizuführen.

Weil ihm selbst meistens nicht das „große Glück“ beschieden ist, hat der Fan wenigstens durch seinen Star Anteil am Über-

fluß, dem Glanz und den goldenen Seiten des Lebens. Durch scheinbar wichtige Informationen über den privaten Bereich der Stars (die von BRAVO stets geduzt werden) zählt er sich zur Gruppe der Eingeweihten und Freunde der Stars, zur sogenannten „In-Group“. Er lebt durch seinen Star in einer Welt, in der es selbstverständlich ist, das Düsenflugzeug so häufig zu benutzen wie andere die Straßenbahn, oder so viel Geld in wenigen Wochen zu verdienen wie andere nicht in 50 Jahren. Weil die Stars immer „als Menschen wie du und ich“ beschrieben werden, die bestimmte Vorlieben und fast ausschließlich sympathische Eigenschaften besitzen, werden sie den Fans schnell zu Vertrauten. Der Vertraute ist täglich zu Gast in den eigenen vier Wänden. Der Fan hört seine Stimme, liest über ihn oder betrachtet die Fotos von ihm, die er an seinen Wänden befestigt hat. Der Fan glaubt, daß der Star die gleichen Eigenschaften wie er selbst besitzt und ihn versteht. So kommt es schnell zur persönlichen Identifikation zwischen dem Fan und seinem Star. Zwischen dem tierliebenden Fan und dem tierliebenden Star besteht keine menschliche Distanz, auch wenn der Star mehrere Millionen verdient und der Fan unterbezahlte Arbeit verrichten und mit wenig Geld auskommen muß. BRAVO betont immer wieder, daß auch Stars Liebeskummer und Probleme haben und verwischt durch Berichte aus dem privaten Bereich der Stars die auf den Fotos gezeigten Klassenunterschiede. Für den Leser, der nicht in einer verklärten Welt des Glanzes lebt, sondern täglich beruflichen, schulischen oder privaten Repressionen ausgesetzt ist, bleibt nur der Ausweg in eine Welt der Illusionen und Träume, in der er am ihm immer wieder gezeigten Luxus und Erfolg Anteil hat.

Eine Hand wäscht die andere

Fans, Stars und Starzeitschrift sind eng aneinander gekettet, da keiner von ihnen allein erfolgreich bleibt: Der Star braucht Publicity (die ihm die Zeitschrift besorgt), die Zeitschrift verkauft sich durch Starporträts besser, und der Fan schließlich braucht „brandneue Informationen“ über sein Idol. Die Stars unterschätzen die Bedeutung der Massenzeitschrift BRAVO nicht. Weil BRAVO ihnen einen bevorzugten Platz einräumt, das Interesse an ihnen wachhält oder ihr Foto auf der Titelseite abdruckt, sind sie da, wenn BRAVO ruft. Für diejenigen von ihnen, deren Stern allmählich verblaßt oder auch für diejenigen, die noch „aufgebaut“ werden müssen, gilt dies in besonderem Maße. Wenn BRAVO wieder einmal Öffentlichkeit zelebriert, wie beispielsweise bei der „atemberaubenden und mitreißenden BRAVO-Super-Fete in Berlin, die sechs Tage und fünf Nächte dauerte“ kommen sie; oder auch, wenn BRAVO mit dem „BRAVO-Star-Kickerteam“ das „Fußballspiel des

Jahres“ ausrichtet. Da die Stars zum großen Teil von ihrer Beliebtheit und Bekanntheit willen von der Zeitschrift abhängig sind, machen sie jedes einfältige Spiel mit, das BRAVO von ihnen verlangt.

Die BRAVO-Masche

BRAVO hat ein System entwickelt, mit dem es seine Leser über einen langen Zeitraum als Käufer an sich bindet. Es gibt den Star-Schnitt in Lebensgröße, deren zerstückelte Körperteile sich zum Großbild zusammensetzen lassen. Durch vielerlei Aktionen, die am häufigsten in der Form von „Wahlen“ stattfinden und sich ebenfalls monatlang hinziehen, wird das Interesse der Leser, die ihre Fotos oder Bilder von Freunden einschicken, das „BRAVO Girl“ und der „BRAVO Boy“ gewählt. Sicher ist es für viele Fans ein Anreiz, ihr Foto in demselben Magazin abgebildet zu sehen, das sonst die Bilder der arrivierten Stars veröffentlicht. Der Traum, aus der großen anonymen Masse der Leser emporgehoben zu werden, Ruhm und Erfolg zu erlangen, kann sich durch diese Wahlen erfüllen: „Petra war ein Mädchen wie viele andere, bis BRAVO ihr Bild veröffentlichte und 10 212 BRAVO-Leser sie zum Mädchen des Jahres wählten. – Zum BRAVO-Girl 1970“ sagt BRAVO. Und Petra dachte: „Vielleicht hast du auch mal Glück, Petra.“ Petra wollte BRAVO-Girl werden, um ihren Star Barry Ryan zu treffen. „Petras Wunsch war BRAVO Befehl!“ Der Star kam „extra aus London nach Nürnberg geflogen“ und sagte: „Petra ist das erste Mädchen, für das ich nach Deutschland fliege.“ Petra gibt zu, daß sie „in der Schule schon Barry genannt“ wird, weil sie so von Barry Ryan schwärmt. Wie BRAVO die Illusionen der Jugendlichen nährt, liest man auch noch: „Das Schönste war, daß Barry und Ricky mich nach Hause gebracht haben und lange mit mir zusammen in meinem Zimmer saßen. Davon habe ich so oft geträumt. Aber ich habe immer gedacht, es wäre ein unerfüllbarer Traum – meine Stars ganz privat bei mir zu Hause.“ Deutlicher kann man das Besitzergreifen der Fans von ihren Stars nicht schildern. BRAVO zelebriert immer wieder die große Scheinöffentlichkeit und Verbundenheit mit dem Leser. Die „Aktion Wunschbriefkasten“ erfüllt „originelle Leserwünsche“. Für den 15jährigen Peter Drescher geht ein Traum in Erfüllung: „Am Arc de Triomphe in Paris traf er ein Mädchen, von dem er seit 2 Jahren schwärmt – France Gall. Von ihr bekam er den ersten Kuß seines Lebens.“ Sprachlos vor Glück oder sprachlos gefangen in ihrer Traumwelt bewundern Leser BRAVO als den Schlüssel zur schönen heilen Welt: BRAVO gibt den Lesern neuen Mut und hilft bei allen erdenklichen Problemen: „Du bist schöner als du glaubst“ verspricht BRAVO und schlägt Erfolgs-Make-Ups der großen Stars vor. Das Ergebnis: Isabella, der ungepflegte „Laus-

bus“, wird auf einmal sexy, konsum- und modebewußt. „Sie geht regelmäßig zum Haarschneiden und dreht ihre Locken alle paar Tage neu auf. Sie findet Lidschatten, Puderdose und Lippenstift schick und benutzt sie eifrig.“ Neben den Stars werden also auch Leser als Konsumkuppeler eingesetzt. In Anzeigen und im redaktionellen Teil spielen Werbung, Bedürfnisweckung und Geschäft eine große Rolle. Im redaktionellen Teil von BRAVO wurde mehrfach auf die Sensations-Messe „teenage-fair“ in Düsseldorf und auf die dort vertretenen Aussteller und Firmen hingewiesen.

Welt des Glanzes ohne gesellschaftliche Zwänge

Scheinbar hat BRAVO für die Probleme seiner Leser, und das sind insbesondere berufstätige Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren, immer ein offenes Ohr und einen guten Rat. Sexuelle Probleme und Benimmfragen stehen bei den Anfragen an „Dr. Vollmer“ in ihrer Häufigkeit an der Spitze. Niemals jedoch wird eine Leserfrage über berufliche Probleme, über die Ausbildung und Beschäftigung von Lehrlingen usw. abgedruckt. Die Welt der Illusionen und des Glanzes, die BRAVO aufbaut, verträgt sich nicht mit dem Alltag und seinen spürbaren Repressionen. Über Politik wird in BRAVO nicht geredet – und überall ist system-stabilisierende Ideologie enthalten. „Man hat's nicht leicht im Leben, besonders, wenn man ein Mädchen ist“, seufzt BRAVO scheinheilig. Wer hier jedoch einen Bericht über die Ausbildungs- und Verdienst-Chancen von Mädchen in unserer Gesellschaft erwartet hat, kennt BRAVO nicht. Hier müßte eine Jugendzeitschrift, deren Ziel es ist, die Interessen der hauptsächlich weiblichen Leser so zu vertreten, daß sich ihre Lebensbedingungen bessern, von der Unterprivilegierung der Mädchen und Frauen sprechen und Forderungen aufstellen, die politisierend wirken könnten. Was tut BRAVO? BRAVO schweigt darüber und bietet statt dessen den Test an „Bist du ein Mädchen von heute?“, der „Dir verrät, ob Du es mit Deinen Freundinnen, Beinahe-Freundinnen und Gar-nicht-Freundinnen im Kampf um ‚i h n' aufnehmen kannst“.

Statt Lustprinzip – Konsumprinzip

Am deutlichsten wird die konservativ-reaktionäre Linie von BRAVO bei den als „offen, sachlich und ohne Tabus“ angepriesenen Aufklärungsserien. Die sexuellen Standards, welche die beiden Wissenschaftler „Dr. Kirsten Kindstroem“ und „Dr. Vollmer“ in ihren Ratschlägen vertreten, sind patriarchalisch orientiert und stehen auf dem Niveau der traditionellen Frauenzeitschriften. „Wenn Mädchen Ausländer lieben“ meint BRAVO, steht einiges auf dem Spiel. Denn mit Ausländern ist nicht gut Kirschen essen, geschweige denn lie-

ben. BRAVO warnt deutsche Mädchen: „Gerade solche Ausländer (streben) eine feste Bindung mit einem deutschen Mädchen (an), die an Minderwertigkeitskomplexen leiden. Im Grunde fühlen sie sich nämlich den nordeuropäischen Mädchen gegenüber unsicher. Daraus entstehen dann: Eifersucht, Mißtrauen und am Ende sogar allzuoft Mord und Totschlag.“ BRAVO berichtet dann zur Abschreckung von Brigitte, die „sich herumkriegen ließ und hereingefallen ist“. Natürlich auf einen Ausländer, von dem sie schon mit 16 1/2 Jahren ein Kind bekommt, der sie schlägt und sitzenläßt. BRAVO gibt sich mit flottem Jargon viel Mühe, die Leser zur Schamhaftigkeit zu erziehen, oder ihnen doch so viel Negatives über ihre Geschlechtlichkeit zu sagen, daß sie eher sexualfeindlich werden. In fast jeder Folge der großen Aufklärungsserie wird berichtet, wie Mädchen von Jungen vergewaltigt wurden, wie ihre erste Liebesbegegnung schmerzhaft und gar nicht so schön und sanft ist, wie sie es sich erträumt hatten. Während die Stars von der süßen, goldenen, verzaubernden Liebe singen und erzählen und somit ein Bild der Schönheit und Attraktivität malen, wird die normale Liebesbeziehung Jugendlicher als „öde“ und „nicht besonders“ beschrieben und zwar in Form von Berichten Jugendlicher selbst. Diese unterschwellige Beeinflussung wird vom Leser kaum bemerkt, da sich diese Aufklärungsserie ein fortschrittliches Mäntelchen umhängt. So wird das Lustprinzip von BRAVO abgelehnt und durch das Konsumprinzip ersetzt. Wer sich nicht den Normen anpaßt, wird zum Außenseiter und Andersgearteten, den BRAVO diffamiert, und als durchweg gefährlich hinstellt.

BRAVO lenkt von gesellschaftlichen Problemen ab, indem es die bunte, heile Welt der Stars schildert, in der es Luxus, Liebe, Erfolg und Glück auf Grund der „großen Chance“ für jeden zu geben scheint. BRAVO spiegelt hierdurch seinen Lesern ein falsches Bild der Durchlässigkeit der Klassenschranken vor. Scheinbar eine unpolitische Zeitschrift, zeichnet sich BRAVO durch konservativ-reaktionäre Ideologie aus, die sich „zwischen den Zeilen“ findet. BRAVO beweihräuchert sich selbst als den „Vertrauten der Stars und Fans“, der viele geheime Wünsche erfüllen kann (Aktion Wunschbriefkasten). Durch Mischung und Stil der BRAVO-Artikel werden die Leser mehr und mehr in den Zustand des Träumens, der Illusionen und der Unmündigkeit gelockt. Demokratie braucht jedoch mündige Bürger, welche die Realitäten erkennen und sich keine Illusionen machen. Dort, wo BRAVO nicht schon offen manipuliert und verklärt, bereitet es in seiner Tendenz die Beeinflussbarkeit durch Konsumzwänge und Statusdenken sowie die reibungslose Anpassung an das unkritische, apolitische Leben der Saubermann-Gesellschaft vor.

Evamaria
Sonntag

FILM

Reinhard
Junge

Easy Rider

„Sie predigen die individuelle Freiheit, aber wenn sie ein freies Individuum vor sich sehen, bekommen sie Angst. Ein Gefühl, das sie gefährlich macht.“

Der dies sagt, ist ein der spleißigen Enge seiner nordamerikanischen Heimatstadt entfloher Rechtsanwaltschaft, der sich zwei Jugendlichen angeschlossen hat, die per Motorrad quer durch die Südstaaten der USA nach New Orleans wollen. Eine Stunde, nachdem er es gesagt hat, lebt der Sprecher nicht mehr: der Axthieb eines biederen Bürgers tötet ihn während des Schlafs am Biwakfeuer.

„Easy Rider“ („Leichter Reiter“) sollte trotz seiner unübersehbaren Mängel positiv eingeschätzt werden — die Wirkung auf den Zuschauer hebt ihn weit über das gegenwärtige Angebot der Filmindustrie empor. In beklemmenden Episoden entlarvt der junge Peter Fonda die „Ruhe-und-Ordnung“-Mentalität des Kleinbürgertums, das dem Faschismus stets die erste Massenbasis bot und, was die USA betrifft, Reaktionären wie Goldwater und Wallace ein sicheres Wählerreservoir stellt. Szenen, die wir alle schon miterlebt haben: lange Haare und ein üppiger Bartwuchs reichen aus, abgestumpfte Kleinbürgerseelen zutiefst zu beleidigen und gehässige Kommentare („Die stammen sicher von Gorillas ab!“) auszulösen. Und von solchen Bemerkungen bis hin zur Handgreiflichkeit, ja zur Gewalttat führt oftmals ein nur kleiner Schritt. In diesen Passagen liegt die Stärke des „Easy Rider“.

Seine Schwäche: Peter Fonda (Co-Autor des Drehbuches sowie Hauptdarsteller und Regisseur in einem) vermag es nicht, seine Helden über ihren eigenen kleinbürgerlichen Schatten springen zu lassen. Außerstande, eine kollektive Lösung der gesellschaftlichen Problematik erkennen zu können, suchen die Hauptpersonen des Films nach einem individuellen Ausweg und sind damit in Ihrer

Isoliertheit der herrschenden Reaktion hilflos ausgeliefert. Wenn sich Fonda mit dem „Easy Rider“, auch auf die richtige Seite der Barrikade geschlagen hat, so schleißt er dort nur in die Luft, anstatt gezieltes Feuer zu eröffnen: die Kenntnis von der Psychologie einer verkommenen Gesellschaftsordnung reicht nicht aus, man muß die materielle Basis dieser Verkommenheit erkannt haben, um sie an ihrer Wurzel bekämpfen zu können. So aber ist das Ende im Nichts unausbleiblich.

Was dem Film eine geradezu faszinierende Wirkung verleiht, ist die einfallsreiche, gekonnte Kameraführung des Ungarn Laszlo Kovacs: fernwehweckende Gemälde der grandiosen Landschaften von Nevada und Texas steigern die Eindringlichkeit der Spielabschnitte in den Zwang, über diesen Film intensiv nachzudenken.

Der Clan der Sizilianer

Im harten Konkurrenzkampf mit der profitträchtigen Sex-Masche stehen die Krimi-Regisseure vor einem mit jedem ihrer Filme schwieriger werdenden Problem: dem Zuschauer glaubhaft zu machen, daß es sich diesmal wirklich um das „größte Ding aller Zeiten“ handelt.

Henri Verneul ist an dieser Aufgabe gescheitert, der „Clan der Sizilianer“ wird seinem Anspruch nicht gerecht, worüber auch der Einsatz derart publikumswirksamer Darsteller wie Jean Gabin, Lino Ventura und Alain Delon nicht hinwegzutäuschen vermag. Über gähnend langweilige Viertelstunden hinweg lebt der Film von den Akteuren, nicht aber von der etwas schwindstüchtig konzipierten Story.

Wer für Gabin schwärmt und Lino Ventura anhimmelt — der mag sich diesen Film ansehen. Wer aber einen spannenden Krimi zu sehen wünscht, bleibt besser zu Hause.



Agitprop

In Heft 1-2/70 berichtete elan über das Treffen der Agitpropgruppen in Düsseldorf.

Man kann die Singebewegung in der DDR nicht unbedingt als Vorbild für die Arbeit in der BRD darstellen. Die Texte und Lieder sind für ihr eigenes Land gemacht. Aus diesem Grunde kann man nicht alles übernehmen, was aus der DDR kommt. Die Aufgabe der Singegruppen in der DDR ist es, einmal das Liedergut der Arbeiterklasse zu pflegen und zum anderen zum kollektiven Wirken innerhalb der Jugend beizutragen.

Die Arbeit der Singegruppen in der Bundesrepublik muß darin bestehen, demokratisches und sozialistisches Gedankengut zu vermitteln. Die Lieder sollten Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung mit dem Hinweis auf die Gesellschaftsordnung der Zukunft verbinden. Dabei sollten aber die neuen Lieder den Vorrang haben, denn sie treffen die Verhältnisse besser als die traditionellen Lieder. Das Ziel der Singegruppen in der BRD sollte es sein, das Bewußtsein der von BILD-Zeitungs- und Fernsehkopfwäsche betroffenen Bürger mit Informationen über die Probleme der Menschen am Arbeitsplatz zu stärken.

GERHARD WOLF, Hamburg

Lehre - Vakuum

Unser Testbogen in elan 1 / 2 1970 hat viel Anklang gefunden. Ein Leser wurde dadurch veranlaßt, uns aus seinem Betrieb zu berichten.

Ich arbeite als Lehrling in einem mittleren Handwerksbetrieb. Meine Arbeitszeit beginnt um 7 Uhr und endet um 15.45 Uhr. Frühstückspause eine Viertelstunde, Mittagspause eine halbe Stunde. Mein täglicher Arbeitsablauf im Betrieb sieht so aus: Bis zur Frühstückspause muß ich einkaufen. Nach dem Frühstück wiederum während meiner Ausbildungszeit, werde ich nochmals (bis zu achtmal) zum Einkaufen geschickt. Dann Mittagspause, danach dasselbe. Um 15.15 Uhr höre ich zu ar-

beiten auf, weil ich noch eine halbe Stunde den Betrieb ausfeigen muß.

RENE PETERS, Hamburg

Wurmstichig

Kaum ist Agitpropwurm Willi zur Stelle, schon verärgert er unsere Leser.

Am 12. 4. 1970 erhielt ich das erste Exemplar der von mir bestellten Zeitschrift elan. Auf der Titelseite war die Aufschrift „Im elan ist der Wurm drin!“

Ich kann nur sagen, daß es wahr ist. Bei mir war er so hungrig, daß er die Seiten 7, 8, 9, 10 und 31, 32, 33, 34 verschlungen hat.

ROSEMARIE KLAUSCHKE,
Münster



Abbestellung

Ein Leser bestellte den elan ab. Hier seine Gründe:

Mit Recht kritisieren Sie im elan an vielen Stellen das gesellschaftliche System in der Bundesrepublik und setzen sich mit Recht für die Belange unserer Linken ein. Dabei scheinen Sie aber nicht zu merken, daß Sie bei der Beurteilung der Verhältnisse in der DDR und besonders der FDJ genau denselben Fehler machen, indem Sie das System völlig kritiklos — Ich habe bisher in keinem Heft kritische Anfragen an das System der DDR, an Ihre gesellschaftspolitischen Interessen und an

der Arbeit der dortigen Jugendverbände bemerkt — beurteilen.

Sind Sie z. B. wirklich der Meinung, daß die dauernde Heraufsetzung der Norm in den Betrieben der DDR und das System, mit dem das betrieben wird, auch Züge von Ausbeutung aufweisen? Sicher, nicht für den einzelnen, aber für eine Staatsbürokratie, die mit dem von Marx, Engels und Lenin gemeinten Sozialismus m. E. sehr wenig zu tun hat. Wäre z. B. das jugoslawische Wirtschaftssystem nicht viel sozialistischer?

Da außerdem Ihre kritiklose Zustimmung zu den sexualpädagogischen Intentionen innerhalb der FDJ völlig unverständlich, denn wenn man die dafür zuständige Literatur in der DDR liest, kommt dabei ein sexualpädagogisches Grundmuster heraus, das schlimmste Bürgerlichkeit vertritt und heute in der Bundesrepublik noch nicht einmal mehr von den Gruppen der evang. Kirche vertreten wird, die sich über diese Fragen Gedanken gemacht haben. Was zum Beispiel ein Herr Kentler schreibt und von Ihnen ja berechtigterweise mit viel Zustimmung im elan veröffentlicht wurde, wäre in der DDR zu schreiben unmöglich.

**KLAUS METZKES, Diakon,
Ev. Jugendpfarramt, Hamburg**

Gegen- darstellung

Zum elan-Report „Beim ‚jour-fix‘ packen Lehrlinge aus“ in Nr. 4/70 schrieb uns die Hamburger Gewerkschaftsjugend einen Brief mit der Bitte, ihn als Gegendarstellung abzdrukken.

Sehr geehrter Herr Sander, über Ihren Artikel über die Aktivitäten des „jour-fix“ der Hamburger Gewerkschaftsjugend haben wir uns gefreut. Ein Punkt in Ihren Ausführungen bedarf jedoch einer Korrektur. Sie schreiben: „... die Mitglieder von Arbeiterjugendorganisationen und Lehrlingsgruppen können hier ihre Aktionen koordinieren und gemeinsam planen, wovon besonders Jungsozialisten und SDAJ Gebrauch machen.“

Der „jour-fix“ versteht sich als offener Arbeitskreis für gewerkschaftspolitische Bemühungen in Sachen Berufsausbildung. Hier ist jeder willkommen, der bereit ist, sachgerechte Beiträge zu dieser Aufgabenstellung zu leisten. Der „jour-fix“ ist kein pluralistisches Sammelbecken für politische Jugendorganisationen aller Art. Junge Gewerkschafter arbeiten hier solidarisch an der Lösung ihrer Probleme. Welchen politischen Standort sie haben, bleibt ohne Belang.

Ihre Ausführungen erwecken den Eindruck, als würden Jungsozialisten und SDAJ den „jour-fix“ für ihre verbandswidrigen Ziele benutzen. Die Gewerkschaftsjugend Hamburg ist als Trägerin des „jour-fix“ nicht bereit, speziell parteipolitisch bestimmte Aufgabenstellungen zu unterstützen, sofern sie nicht in das Grundsatzprogramm des DGB passen, und sie ist ebenfalls nicht bereit, einen Treffpunkt für politische Verbände anzubieten.

Sollten einige Anwesende im „jour-fix“ diesem Selbstverständnis des „jour-fix“ nicht folgen wollen oder können, wäre gemäß DGB-Satzung eine Fortführung der Aktivitäten nicht möglich.

Der „jour-fix“ hat auf seiner Sitzung vom 8. April 1970 beschlossen, sich von Ihrer Art der Darstellung in diesem Punkt zu distanzieren.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Kreis Freie und Hansestadt
Hamburg
— Kreisjugendausschuß —
Mit freundlichem Gruß
Peter Deutschland
(Vorsitzender)

Briefkontakte?

**Liebe Leser, schreibt
uns Eure
Adressenwünsche.
Wir werden Euch gern
Anschriften aus den
verschiedenen Ländern
übersenden.**

Redaktion elan

Es lohnt sich!



Preise stark herabgesetzt
für Schreibmaschinen aus
Vorführung und Retouren,
trotzdem Garantie u. Umtausch-
recht. Kleinste Raten. Fordern
Sie Gratiskatalog C 286

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Jagow versichert (fast) alles —
auch Deinen Jugendclub und
Deine Jugendgruppe und DICH!

Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93

SONDERANGEBOTE

Flugpauschalreisen

nach Moskau 15. 5. — 18. 5. 70 ab Berlin nur 320 DM
nach Moskau u. Leningrad 14. 5. — 19. 5. 70 ab Berlin nur 456 DM
nach Moskau u. Uljanowsk 25. 5. — 30. 5. 70 ab Berlin nur 452 DM
Bei den Flugpauschalreisen sind Vollpension, Besichtigungen und
Stadtrundfahrten eingeschlossen. Weitere sehr günstige Reisen in
die UdSSR auf Anfrage. Prospekt wird zugeschickt.

Jugendreisen in die UdSSR

Mindestteilnehmerzahl 25 Personen. Treffen mit sowj. Jugendlichen,
Besuch von Jugendklubs, Sportplätzen usw.
Sehr preiswerte Angebote senden wir Gruppen und Einzelpersonen
gern zu.

Campingreisen in die UdSSR

Die Zusammenstellung der Fahrtroute kann von uns übernommen
oder von Ihnen selbst ausgearbeitet werden. Vom Reisebüro
„Intourist“ empfohlene Autorouten senden wir gern zu.
Parkplatz für den Pkw pro Tag 2,30 DM
Campingplatz im eigenen Zelt pro Person und Tag 3,60 DM
Alle sanitären Anlagen sind vorhanden. Die Benutzung von Duschen
und Kochstellen ist eingeschlossen.

Urlaubsfahrten zum Plattensee nach Ungarn

23. 7. — 14. 8. nach Siofok, einschließlich 3 Tage Budapest;
8. 8. — 30. 8. nach B.-Földvar, einschließlich 3 Tage Budapest.
Vollpension in Ungarn, Zwischenübernachtungen bei Salzburg.
Hin- und Rückfahrt ab Essen für nur 626 DM
(Prospekte über Reisen nach Ungarn werden zugeschickt.)

Kurreisen in die CSSR

Sehr preisgünstige Angebote für die Bäder
Karlsbad, Marienbad Franzensbad Plstany, Podobradý, Gräfenberg

Jugendreisen in die Volksrepublik Polen

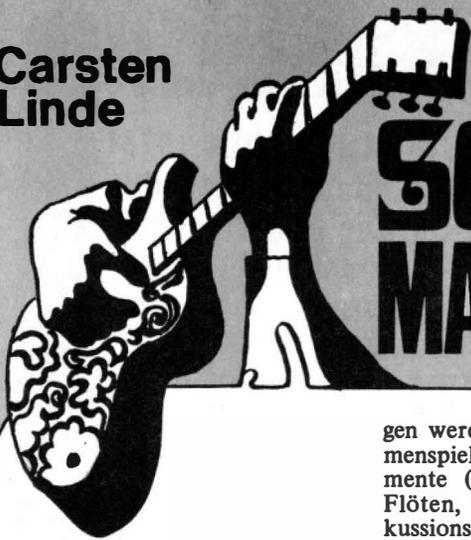
Verschiedene Reiserouten sind möglich. Anreise mit der Bahn, Bus
oder Pkw. Anfragen von Jugendgruppen oder Einzelpersonen.
(16 — 30 Jahre) werden umgehend hier bearbeitet.

Vermittlung von weiteren preiswerten Reisen im In- und Ausland.
Vertretung von Neckermann und Reisen, Ameropa, GUT-Reisen
u. a. m.

**FERIEN- und STUDIENFAHRTEN
REISEDIENST ESSEN GmbH**

43 Essene, Hindenburgstraße 38, Telefon 23 81 77

SONG MAGAZIN



B O L D M U S I C (MPS 15239 St, 19 DM) heißt die neue LP der JOACHIM KÜHN GROUP. „Bold Music“, das ist Kühns eigene Musik, sehr kühn, Formen sprengend, unbegrenzter Free Jazz. In scharfem Kontrast zueinander spielen die beiden Schlagzeuger Steve Martin und Jacques Thallot. J. Kühn versucht sich an den für ihn neuen Instrumenten Altsaxophon, Antilopenhorn, Shamai, Indischen Glocken, Gong und Stahltrommeln aus Jamaica. Die uneingeschränkten Improvisationen der Musiker, ihr sensibles Zusammenspiel und die fremdartigen Klänge machen diese europäische Jazzplatte zu einem kühnen Vorgriff auf Elemente zukünftiger Musik.

Wenn die den Markt beherrschenden Plattenfirmen junge Talente und Gruppen nicht fördern wollen, weil deren Musik zu experimentell und kompromißlos ist, müssen sich diese Außenseiter des kapitalistischen Musik-Marktes ihre Produktionsmittel selbst schaffen. Die Verbreitung deutscher Avantgarde-Musik ist das Ziel des „Clubs für progressive Musik“ (Erlangen) und seiner CPM-Schallplattenproduktion. Fünf Sterne gebühren dem Außenseiter-Förderer und der überragenden Gruppe LIMBUS 3 für ihre kollektive Produktion der LP NEW ATLANTIS, zu beziehen für 19 DM über G. Kraus, 69 Heidelberg, Rohrbacherstr. 70. Limbus 3 erregte nicht nur bei Kennern große Bewunderung durch ihre Auftritte beim 69er Waldeck Festival und den Frankfurter Jazz-Tagen 1970. Ihr Ideenreichtum scheint unerschöpflich: immer neue Klangstrukturen von großer Intensität und geradezu kosmischen Sphärenklän-

gen werden durch das Zusammenspiel unverstärkter Instrumente (u.a. viele Arten von Flöten, Valiha, Tablas, Perkussionsinstrumente, Cello, Violinen, Gitarren) erzielt. Die musik – die fast ausnahmslos improvisiert wird – ist eine Zeremonie, an der die Zuhörer von Live-Konzerten nach kurzem Einspielen der drei begabten Heidelberger Odysseus Artner, Bernd Henninger und Gerd Kraus selbst aktiv teilnehmen kann. Und jeder hört auf den anderen und macht die Erfahrung, daß spontane Musik befreiend wirkt. Limbus 3 erscheint nach dieser unglaublichen Debut-Schallplatte neben Amon Düül II das einzige deutsche Musik-Kollektiv zu sein, das im Vergleich mit internationalen Gruppen bestehen kann.



Das bekannte „SCHNUCKENACK REINHARDT QUINTETT“ hat eine zweite LP mit Zigeuner-Folklore, Musette-Walzern, Swing-Jazz und – unter Mitwirkung des Cymbalisten LASZLO NYARI – auch erstmals Csardas-Musik bespielt. Auf der Platte „Musik deutscher Zigeuner 2“ (Da Camera Song SM 95020, 19 DM) sind noch die packenden Soli des Gitarristen Daweli Reinhardt zu hören, der sich mittlerweile vom Quintett getrennt hat. Neben den zigeunerischen Folklore-Liedern gefallen die Swing-Walzer und die ungarische Csardas-Musik mit glasklaren Tönen des Cymbals und furiosen Geigen-soli besonders.

Auf der Rückseite ihres erregenden Doppelalbums „UMMA GUMMA“ (Harvest SMH 2212/13, 38 DM) sind die Instrumente und die technische Ausstattung der PINK FLOYD abgebildet. Schon hieraus kann man schließen, mit welchen musikalischen Ausdrucksformen diese psychedelische Avantgarde-Gruppe arbeitet. Als erste benutzten Pink Floyd gekoppelte Laut- und Lichteffekte, und heute verwenden sie ein 360-Grad-Stereo-System. Ihre Musik besteht aus wellen- und strahlenförmigen Orgel- und Gitarrenklängen. Diese Klänge fesseln den Hörer und erschließen ihm neue musikalische Erfahrungswerte. Die Live-LP des Albums umfaßt Stücke, die schon auf anderen Pink-Floyd-LPs erschienen waren (A Saucerful of Secrets) in neuen, mitreißenden Fassungen. Die Studio-LP ist aus genialen Ton-Collagen zusammengesetzt. „Ummagumma“ ist wegen seiner richtungsweisenden, gekonnt realisierten musikalischen Einfälle unbedingt empfehlenswert.

Jazz und Pop Musik lernen wechselseitig voneinander. Ob verjazzte Pop-Songs oder verpoppte Jazz-Musik: die Melodien ändern sich plötzlich und werden reizvoller, sind nicht mehr so glatt arrangiert, langweilige, versponnen oder einfalllos kommerzialisiert. BARNEY WILEN, französischer Saxophonist mit großem Einfluß im europäischen Jazz, hat eine Gruppe aus Free-Jazz-Musikern und Pop-Musikern zusammengestellt, die sich AMAZING FREE ROCK BAND nennt. Sie spielen romantisch-lyrisch den Beatles-Titel „Fool on the Hill“ und Ornette Colemans „Lonely Woman“ oder einander jagend, sich gegenseitig steigernd „Respect“ (O. Redding) und die „Ode to Billy Joe“. Höhepunkt ist das Stück, nach dem die Platte ihren Namen hat: DEAR PROF LEARY (MPS 15191 St, 19 DM).

HEIN & OSS KRÖHER stellen für ihre 6. LP BERTOLT BRECHT - LIEDER BALLADEN UND SONGS zusammen (Da Camera SM 95021, 19 DM). Sie berücksichtigten hauptsächlich die Texte aus Brechts 1927 erschienener „Hauspostille“. Diese Lieder und die Stimmen der Pirmasenser Zwillinge sind wie geschaffen füreinander. Vital, mitreißend und bestechend in

der Gradlinigkeit der Gitarrensätze singen Hein und Oss z.B. „Die Legende vom toten Soldaten“, „Die Ballade von der Hanna Cash“, „Die Ballade von den Selbstheilvern“. Am längsten wirkt jedoch „Gegen Verführung“ beim Hörer nach: Hein und Oss singen es ohne jede Begleitung (wer wagt das heute noch in unserer pop-effekt-überladenen Musik?) in einer sich steigernden, nachklingenden Interpretation. Hein & Oss, Bardens von Natur und Sänger sozialkritischer Lieder haben auf dieser LP auch weniger bekannte Lieder aufgenommen (z.B. Lied des Pfeifenpieter, Ballade vom Förster und der Gräfin). Der Stellenwert der Brechtschen Liedtexte geht aus einem auch heute noch gültigen Satz ihres Plattentextes hervor: „Kein Deutschlehrer und kein Gesangspädagoge lehrte unsere Generation die Lieder, die von Weill, Dessau und Eisler in Noten gesetzt sind.“



Nach der Reihe „Jazz meets the World“ erschien bei MPS-Schallplatten wiederum eine beachtenswerte experimentelle Platte: „WILD GOOSE“ (MPS 15 229 St, 19 DM) mit COLIN WILKIE, SHIRLEY HART, ALBERT MANGELSDORFF, JOKI FREUND und dem Jazzensemble des Hessischen Rundfunks. Hier begegnen sich Free Jazz und der Folk-Song anglo-amerikanischer Prägung. Fünf der schönsten Lieder des zeitgenössischen Liedermachers Colin Wilkie sind von Joki Freund einprägsam arrangiert. Sehr eindrucksvoll wirken die Texte von „Snowy Sunday“ und „Willow and Rue“ durch die herben, unverfälschten Folkstimmen von Colin und Shirley. Die Jazzer steigern diese Wirkung noch: sie greifen die Melodien auf, variieren sie, zerlegen sie sehr frei, führen sie wieder zusammen. Das Experiment „Folk meets Jazz“ ist gelungen und sollte weitergeführt werden.

**DER NEUE
WARTBURG 1000**



WARTBURG 1000

Limousine de Luxe
Limousine



Dreizylinder-Zweitaktmotor,
Hubraum 992 cm³,
Leistung 45 PS (50 SAE-PS) bei 4200 U/min,
max. Drehmoment 9,3 kpm bei 3000 U/min,
wartungsfreie Pumpenumlaufkühlung mit Lüfter und
Thermostat,
Batterie 12 V 42 Ah,
Einscheibentrockenkupplung,
Vierganggetriebe mit Sperrsynchonisierung und
sperrbarem Freilauf,
Frontantrieb über nadelgelötete Doppelgelenk-
wellen,
Ganzstahlkarosserie auf verwindungssteifem Kasten-
profilrahmen,

vorn Einzelradaufhängung an Doppelquerlenkern,
hinten an Schräglenkern,
Schraubenfederung mit Gummizusatzfedern,
Querstabilisator,
Teleskopstoßdämpfer,
Zahnschubstangenlenkung,
hydraulische Fußbremse,
Bereifung 6.00-13,
Rodstand 2450 mm,
Spurweite 1260/1300 mm,
Wagenabmessungen 4220×1640×1495 mm,
Zuladung 400 kg,
Höchstgeschwindigkeit 125 km/h,
Verbrauch 8,0 bis 10,0 l/100 km.



Redaktion UZ
Hoffnung Str. 18

P 1861

2835



PENTACON six

Neben Umkehrprisma, Lichtschacht und Lupeaufsatz gibt es jetzt zur PENTACON six den TTL-Prismenaufsatz mit der PENTACON-Innenmessung. Das Messen durch das Objektiv verbürgt hohe Meßgenauigkeit. Die PENTACON six ist die Kamera für den Reporter und den sehr anspruchsvollen Amateur. Dementsprechend ihre technischen Merkmale: Das günstige Mittelformat 6x6, das einmalige Suchersystem der echten Einäugigen, der schnelle Schlitzverschluss (1/1000 s), alle Wechselobjektive zwischen 50 mm und 1000 mm Brennweite, die beiden Filmademöglichkeiten (Rollfilm 220 für 24 Aufnahmen und Rollfilm 120 für 12 Aufnahmen) und das Zubehörprogramm für Spezialaufnahmen. Im übrigen ist die PENTACON six in ihrer Klasse die Leichteste und damit zweifellos die Handlichste.



Kombinat VEB PENTACON DRESDEN
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK